

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Politische Berichte



31. Oktober 1987  
Jg. 8 Nr. 22

G 7756 D

Preis:  
2,50



Affäre Barschel: Der Dienst an Konzerninteressen fördert Verrohung der öffentlichen Sitten Seite 8



Baskenland/Euskadi: Spanisch-französischer Polizeiterror gegen baskische Befreiungsbewegung Seite 15



DKP und Nation: Nation – Vom Klassenbündnis gegen den Feudalismus zur imperialistischen Zugnummer für die Expansion Seite 34

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658. Preis. 2,50 DM

## Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Steuerreform 1990: Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wird systematisch verschärft . . . . . 4

Öffentlicher Dienst: Manteltarif benachteiligt weiter Teilzeitkräfte . . . . . 7

Stahlindustrie: Konzerne wollen Stahl-Tarife „abkoppeln“ . . . . . 7

Affäre Barschel: Der Dienst an Konzerninteressen fördert Verrottung der öffentlichen Sitten . . . . . 8  
Chronologie der Ereignisse . . . . . 9

BRD-Türkei: Die Förderung des „Asylantenstroms“ durch den türkischen Staat . . . . . 10

Golfkrieg: USA greifen Ölproduktion des Iran an . . . . . 11

## Auslandsberichterstattung

Sri Lanka: Geschichtliche Hintergründe des Bürgerkriegs . . . . . 12

Schweden: Diskussion um die Bofors-Waffenexporte . . . . . 13

Finnland-EG: Finnische Kapitalisten wollen Annäherung an die EG 14

Chile: Streik gegen Wirtschaftspolitik und Diktatur . . . . . 14

Sozialpaktverhandlung in Spanien: Rechnung ohne den Wirt gemacht . . . . . 15

Baskenland/Euskadi: Spanisch-französischer Polizeiterror gegen baskische Befreiungsbewegung . . . . . 15

Internationale Meldungen . . . . . 16

## Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:  
DGB zum Transport gefährlicher Güter . . . . . 18  
Reaktionäre Umtreibe: EAP, Patrioten . . . . . 18  
Die Celler Staatsbombe . . . . . 18  
Arbeitsbedingungen in der Krankenpflege . . . . . 19

Entgelttarif Chemie: Untere Lohngruppen abgekoppelt - Differenzierung als Leistungsstacheld . . . . . 19

## Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten . . . . . 21

## Demonstration gegen den Krieg Iran-Irak

Etwa eintausend Menschen beteiligen sich am 26. Oktober an einer zentralen Demonstration in Köln gegen das iranische Regime und den Krieg Iran-Irak. Zu der Demonstration hatten u.a. die „Partei der Arbeit Irans“ (TOUFAN), die „Sympathisanten der Guerillaorganisation der Volksfedayin Irans“ und andere antiimperialistische iranische Organisationen in der BRD aufgerufen. In Flugblättern griffen sie das Khomeni-Regime und die Waffenexporte westdeutscher Kapitalisten an: „Die Bundesrepublik ist im Augenblick der größte Exporteur von Industriegütern, insbesondere von Waffen und Kriegsmaterial an den Iran ... Zur Weiterführung des Krieges leistet die Bundesrepublik Deutschland keinen geringen Beitrag, indem sie diesen reaktionären Krieg zwischen Iran und Irak mit Waffen versorgt.“ Gleichzeitig unterdrückte die Bundesregierung Flüchtlinge aus dem Iran: „Flüchtlingen aus Iran wird von den zuständigen deutschen Behörden empfohlen, sich an die iranische Botschaft zu wenden und ein Reuezeugnis abzulegen! Dies zeigt die wahrhaft katastrophale Lage der iranischen Flüchtlinge, wie sie zum Spielball der geheimen Machenschaften der bundesrepublikanischen Herren mit dem Regime der Islamischen Republik werden.“ (aus einem gemeinsamen Flugblatt der Organisatoren der Demonstration) – (rül)

## Wahlanalyse der SPD

Eine Kommission des Parteivorstands der SPD hat vor kurzem einen Bericht zur Analyse und zu Konsequenzen aus der Bundestagswahl 1987 vorgelegt. Unter dem Stichwort „Mehrheitsfähigkeit der SPD“ bringt die Kommission, Vorsitz hatte der ehemalige Bundesgeschäftsführer Glotz, programmatische Verschiebungen nach rechts ein. Glotz stellt fest, daß „die soziale Ausdifferenzierung unserer Gesellschaft sich in der Wählerschaft der SPD deutlicher als in der Wählerschaft der Unionsparteien niedergeschlagen“ hat. Das dient aber nicht etwa dazu, diese differenzierten sozialen Interessen darzulegen, ihre Vereinbarkeit zu untersuchen, um daraus Bündnisstrategien abzuleiten. Über den vielfältigen Widerstand verschiedener Bevölkerungsschichten, woran er sich mit welchen Forderungen entzündet, darüber schweigt die Kommission. Stattdessen entwickelt Glotz aus den rückläufigen Stimmzahlen, daß die SPD einen Drahtseilakt zu vollbringen hätte: Einerseits müsse sie ihre „Stammwähler (Arbeiter) stabilisieren“, andererseits müsse sie „jene

neuen sozialen Aufsteiger und das technokratisch-liberale Milieu dazugewinnen, die im Gefolge von industriellen Strukturveränderungen an Bedeutung gewinnen werden“. Nun sind viele SPD-Mitglieder mit dabei, gegen die gesellschaftliche Strömung zu kämpfen, die rücksichtslos hinweggeht über alle, die in der Laufbahnkonkurrenz nicht auf der Seite der Gewinner stehen. Darüber zu reden, meidet Glotz sorgfältig. Die „Integrationsstrategie“ wird gelöst von den sozialen Interessen der Schichten, die man gewinnen will, und so kann Glotz ungeniert vorschlagen, man solle doch den Konservativ-Liberalen ihre ideologischen Kernbegriffe, mit denen sie in diesen Schichten auf Stimmenfang gehen, streitig machen: „Solange der SPD die Modernisierung der Gesellschaft nicht zugetraut wird, sondern sie alleine für die soziale Absicherung dieses Modernisierungsprozesses zuständig ist, solange wird es um die Mehrheitsfähigkeit der SPD schlecht bestellt sein. Eine Partei, die mit dem Anspruch auf politische Führung antritt, darf nicht nur soziale Sicherung für die strukturellen Umbrüche anbieten – sie muß auch deutlich machen, welche Leistungen sie von den Menschen zur Bewältigung und Steuerung dieser strukturellen Umbrüche erwartet und daß sie solche Leistungen auch belohnt.“ Johannes Rau pflichtet der Annäherung an den konservativ-liberalen Schlachtruf „Leistung, muß sich wieder lohnen“ gleich praktisch konkretisierend bei: „Allerdings muß unsere Kritik dann sowohl gegen leistungsloses Einkommen auf der Kapitalseite wie gegen leistungsverweigende Trittbrettfahrer in den Systemen sozialer Sicherung gehen.“ – (alk)

## Terrorismusdiskussion: Regierung in der Offensive

In der Koalitionsvereinbarung vom März 1987 hatten CDU, CSU und FDP u.a. beschlossen: „Strafausetzung zur Bewährung sowie Aussetzung von Strafresten bei terroristischen Straftaten nur noch, wenn bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen der Verurteilte sich glaubhaft vom Terrorismus losgesagt hat ...“ Der ehemalige RAF-Gefangene Jünschke ist diesem Vorhaben bereits zum Opfer gefallen: Ihm wurde die Haftentlassung zum Zeitpunkt der obligatorischen Haftüberprüfung nach 15 Jahren Gefängnis verweigert. In der Aktuellen Stunde des Bundestages am 14.10. zur „jüngsten Terrorismusdiskussion“ bekräftigten die Regierungsparteien ihren Vernichtungswillen: Der CDU/CSU-Redner Kalisch erklärte, daß die Haftentlassung zum frühestmöglichen Zeitpunkt für diejenigen, die sich vom Konzept des bewaffneten Kampfes distanzierten, eine Sonderstellung für RAF-Gefangene

bedeutet – tatsächlich hat die Bundesregierung doch beschlossen, ein neuerliches Sonderrecht für die politischen Gefangenen zu schaffen. Sein Fraktionskollege Zeitmann propagierte kaum verhüllt die Vernichtung politischer Gefangener zum Zwecke der öffentlichen Abschreckung: „Es geht doch nicht darum, daß wir Verrückte durch Zureden überzeugen, sondern es geht darum, daß wir mit den Gesunden so deutlich reden, daß diese nicht in Versuchung kommen, mit den Verrückten zu sympathisieren.“ Die Grünen-Bundestagsfraktion hatte der CDU/CSU/FDP-Offensive nichts entgegenzusetzen. Ihre Forderung nach Amnestie für diejenigen, die sich „distanzieren“, ist nicht weitgehend, sondern entgegenkommend, greift die Koalitionsvereinbarung nicht an, sondern erweckt den Eindruck, daß die Grünen den staatlichen Versuch, fdGO-Gesinnung unter Androhung auch der Todesstrafe auf Raten zu erpressen, hingehen lassen wollen. – (scc)

#### Bürgerkriegsartiger Polizeieinsatz in Stuttgart

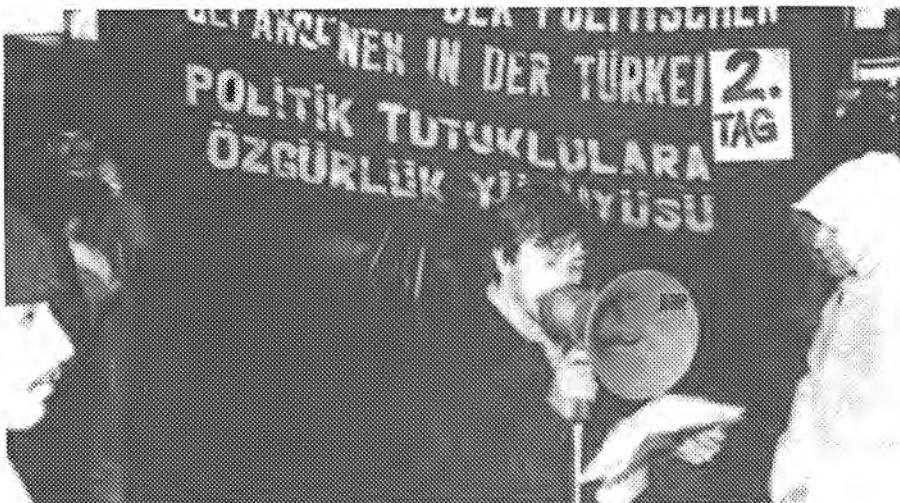
Am 17.10.87 wollten etwa 600 Menschen in Stuttgart aus Anlaß des zehnten Todestages der politischen Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe demonstrieren. Sie wollten die politischen Gefangenen in den BRD-Gefängnissen grüßen und gegen die Vernichtungshaft protestieren. Das Amt für Öffentliche Ordnung hatte die Demonstration nur mit der Auflage eines Vermummungsverbots genehmigt. Sogar die Redebeiträge sollten vorher vorgelegt werden. Damit war der Polizei genügend Handhabe gegeben, um gegen die Demonstration vorzugehen.

Bereits in den frühen Morgenstunden waren sämtliche Einfallstraßen

nach Stuttgart von massiven Polizeikräften abgeriegelt. Ebenso die gesamte Innenstadt. Hubschrauber kontrollierten das gesamte Stadtgebiet aus der Luft. Bereits vor Beginn der Demonstration wurden 691 Autos kontrolliert. 27 Personen wurden vorübergehend festgenommen. Am offiziellen Versammlungsort wurden die Demonstrationsteilnehmer sofort in die Zange genommen. Nach einer Stunde wurde die Demonstration wegen Verstoß gegen das Vermummungsverbot verboten und die Versammlung aufgelöst. Jeder weitere Versuch der Demonstrationsteilnehmer, sich in der Innenstadt zu versammeln, um eine Kundgebung durchzuführen, wurde von den überall präsenten Polizeikräften sofort unterbunden.

Innenminister Schlee dankte hernach dem „überzeugenden Einsatz“ der Polizei und betonte, daß es beim Vermummungsverbot „kein Wackeln“ geben könne. FDP-Chef Döring meinte, die Polizei hätte alle Vermummten sofort festnehmen sollen. Der Polizeieinsatz hatte offenbar von vorneherein zum Ziel, eine generalstabsmäßige Bürgerkriegsübung durchzuführen, das Vermummungsverbot als Straftatbestand durchzusetzen und jede Kritik an der Vernichtungshaft zu unterdrücken und mit geballter Präsenz zu demoralisieren und einzuschüchtern.

Der Landesverband der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg und der Bунdevorstand des BWK hatten Grußadressen an die Demonstration geschickt. An einem Informationsstand der Volksfront Stuttgart wurden während der Aktion 1200 Flugblätter verteilt und Bücher und Broschüren zu den Haftbedingungen der politischen Gefangenen und gegen neofaschistische Organisationen im Wert von 500 DM verkauft. – (rac)



Zur Unterstützung der Forderung nach Generalamnestie für die politischen Gefangenen in der Türkei und nach Abschaffung der Todesstrafe führen das Komitee „Hilfe für die politischen Gefangenen in der Türkei“ und die „Türkei-Informationen“ einen 15tägigen Protestmarsch nach Bonn durch. An den Veranstaltungen in verschiedenen Städten beteiligten sich bisher mehrere 100 Menschen. Am 2.11. findet in Köln eine zentrale Veranstaltung statt. – (scc)

NF-Zentrum: Demonstration zeigte Fortschritte antifaschistischer Bündnispolitik . . . . . 22

Reaganbesuch: Untersuchungshaft als Strafe gegen Demonstranten . . . . . 22

Papiererzeugende Industrie: Jahresarbeitszeit vorbereitet . . . . . 23

adidas: Protest gegen Massenentlassungen . . . . . 23

Continental-Konzern: Rationalisierung und Lohnsenkung sind Grundlage der Expansion . . . . . 24

Schleswig-Holstein: Grundlagen für ganz große Koalition . . . . . 25

Hamburg: Gewalttäter gesucht! Prozeß gegen AKW-Gegner . . . . . 25

Bergbaukrise: Zechensterben und Arbeitsplatzvernichtung – Bangemanns Energie-Programm soll durchgezogen werden . . . . . 26

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung . . . . . 28

Hamburg-Hafenstraße: Mietvertragsbedingungen wie bei „schlimmsten Spekulanten“ . . . . . 29

#### Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Bücher: Entwicklung einer eigenständigen Literatur in Afrika . . . . . 30  
Kampf gegen Kolonialismus in Kenia . . . . . 30  
Britische Terrorherrschaft in Kenia 30  
Soziale Interessen im Biafra-Krieg 30  
Leben eines Emporkömmlings . . . . . 30  
Südafrika/Azania: Schattentage . . . . . 30  
Probleme der Literatur in Afrika . . . . . 30

Verlagsankündigung: Quellenheft Dokumente zur chinesischen Kulturrevolution . . . . . 31

Aus der Diskussion der Organisation: Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen mit der VSP . . . . . 32  
Beschluß der Bundesdelegiertenkonferenz vom 17.10.87 . . . . . 33

#### Spezialberichte

DKP / Nation: Nation – Vom Klassenbündnis gegen den Feudalismus zur imperialistischen Zugnummer 34  
Nationaldemokraten in der DDR . . . . . 38  
Wiedervereinigung und deutsche Nation in DDR-Dokumenten . . . . . 39

## Steuerreform 1990

## Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wird systematisch verschärft

Bereits das Steuerreformgesetz 1986 trug die Überschrift „Gesetz zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Förderung der Familie“, und auch aus dem jetzt vorliegenden Konzept für die Steuerreform 1990 entnimmt man, daß die Bundesregierung diese reaktionäre marktwirtschaftliche Gesamtlinie weiterverfolgt.

### „Leistungsfördernd“ ...

Insbesondere die SPD kritisiert, „die Masse der Normalverdiener“ werde Stoltenbergs Reform bezahlen müssen, nur die Spitzerverdiener würden entlastet. Diese Kritik geht daneben, weil sie von einer Fiktion ausgeht. „Normalverdiener“ umschreibt den gesellschaftlichen Zustand, daß der größere Teil der Lohnabhängigen mehr oder minder ähnliche Einkommens- und damit Lebensumstände hat. Nun haben die Kapitalisten in den letzten Jahren die betriebliche Einkommenshierarchie weit spreizen können: Die Lohnabschlüsse waren niedrig und ohne Festgeldkomponenten, wer für schlechte Arbeiten neu eingestellt wurde, kam kaum über den Tarif, während in besser bezahlten Tätigkeiten mannigfacher Aufstieg möglich war und die Zulagen stiegen. Die Steuerpolitik setzt hier jetzt nach.

Der bisherige Steuertarif mit seiner starken Progression im Bereich der besser verdienenden Facharbeiter bis hin zu sehr gut verdienenden Angestellten hat eine gewisse nivellierende Wirkung bei den Nettoeinkommen und trägt so dazu bei, daß trotz stärke-

rer Differenzierung bei den Bruttolöhnen und Gehältern bei den verfügbaren Einkommen die Unterschiede gemildert erscheinen. Die im Tarif 1990 enthaltene starke Abschwächung der Steuerprogression bei den mittleren und höheren Einkommen von Lohnabhängigen bewirkt nun im großen und ganzen eine nach Einkommen und Eigentum progressiv ansteigende Entlastung. Die Folge: Die von den Kapitalisten durchgesetzte Spreizung bei den Bruttoeinkommen wird sich viel schroffer bei den Nettoeinkommen bemerkbar machen und so die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und in den beruflichen Laufbahnen noch einmal verschärfen. Zahlreiche Einzelheiten der vorgesehenen Steuerreform wirken in Richtung einer stärkeren Spreizung der Einkommen:

– Lohnzuschläge für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, die eine Obergrenze (Betrag ist noch nicht bekannt) überschreiten, werden künftig besteuert. Die Belastung liegt bei den gedrücktesten Schichten, bei dem Arbeiter, der wegen Geld oder der Arbeitsmarktlage gezwungen ist, Dauernachtsschichten zu machen, oder bei dem, der sich als sogenannter Wochenendschichtler verpflichten muß.

– Ähnlich sozial diskriminierend wirkt, daß künftig Essenzuschüsse von den Kapitalisten nicht mehr steuermindernd geltend gemacht werden können.

– Besteuerung von Krankengeld, Unfallrente u.ä.: Noch von der sozial-liberalen Koalition war der sogenann-

te Progressionsvorbehalt fürs Arbeitslosengeld beschlossen worden. Bei der Einkommensteuererklärung bzw. beim Lohnsteuerjahresausgleich wurden Zahlungen des Arbeitsamts in das zu versteuernde Einkommen eingerechnet. Künftig soll das auch bei den übrigen sogenannten Lohnersatzleistungen (Krankengeld, Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung, Erziehungsgeld u.ä.) gelten. Der Grundsatz, daß Notfälle, gleich welcher Art, bei der Besteuerung besonders zu berücksichtigen seien, ist damit hin.

Stoltenberg beabsichtigt das Steuergesetz systematisch von allen solchen Bestimmungen zu befreien, in denen es besonders schwere, besonders unangenehme, kurzum nicht normale Umstände des Verkaufs der Arbeitskraft als außergewöhnliche Belastung und damit steuermindernd anerkennt. Die Zusammenfassung des Arbeitnehmer- und des Weihnachtsfreibetrages in einer entsprechend höheren Werbungskostenpauschale bewirkt, daß sich ein Antrag auf Lohnsteuerrückstättung wegen Fahrtkosten, hoher Ausgaben für Arbeitskleidung, besonders langer Arbeitszeiten u.ä. in den unteren Lohngruppen in der Regel nicht mehr lohnt.

Und schließlich wollen wir noch einmal daran erinnern: Alles was unter dem Titel „familienfreundlich“ in den Steuertarif eingehen soll, wirkt diskriminierend gegen die Ausländer, deren Familien nicht in der BRD leben.

### „Lage der Nation“: Kohl bekräftigt Revanchismus

Vier Wochen nach dem Besuch Honeckers hat die Bundesregierung am 15.10. bei der Debatte zur „Lage der Nation“ ihre aggressiven Ansprüche gegen die DDR und die anderen Staaten Osteuropas bekräftigt. Kohl erklärte: „Erstens. Unsere Deutschlandpolitik ist Dienst an der Einheit der Nation“. Er unterstützte befriedigt die Forderung von US-Präsident Reagan nach Abbau der Mauer in Berlin und fuhr fort: „Uns liegen die Menschen- und Freiheitsrechte unserer Landsleute in Mittel-, Ost- und Südosteuropa in ganz besonderem Maße am Herzen.“ Er skizzierte dann die militärischen Mittel, die die Bundesregierung zur Verfolgung dieses Programms auch künftig vermehren will, und schloß mit der Ankündigung, Europa könne nur dann eine starke Rolle in der Welt wahrnehmen, wenn die

„deutsche Frage“ gelöst sei. Bei diesem „europäisch“ verkleideten Revanchismus hat die SPD keine Probleme. Antwort von SPD-Vogel: Sowohl hinsichtlich der Beurteilung grundsätzlicher Gegensätze zur DDR wie bei der „Bejahung des ... (deutschen) Selbstbestimmungsrechts“ sei die SPD mit der Regierung einer Meinung. – (rül)

### Von Weizsäcker hetzt gegen kurdischen Befreiungskampf

Mit einer bislang nicht erlebten Deutlichkeit hat sich Bundespräsident von Weizsäcker für eine Niederschlagung des kurdischen Befreiungskampfes ausgesprochen. Anlaß war die Verleihung des von dem Militärs gestifteten „Atatürk-Friedenspreises“ an von Weizsäcker in Ankara am 19.10. Von Weizsäcker nutzte die Preisverleihung, um zur Niederschlagung des kurdischen Befreiungskampf aufzurufen: „Das Kriegsrecht ist heute aufgehoben. Dieser Schritt verdient umso

mehr Anerkennung, als in den südöstlichen Provinzen Ihres Landes Terror und Gewalt immer wieder unschuldige Opfer finden ... Wir haben die Hoffnung, daß sich auch dort im Sinne Atatürks das Recht der Gewalt überlegen erweisen wird.“ Mit dem Namen Atatürks verbinden sich in der Türkei furchtbare Massaker an Armeniern wie Kurden. Von Weizsäckers Aufforderung an die Junta ist ungeheuerlich. (Bulletin der Bundesregierung, 20.10.87 – rül)

### Kurdistan-Komitee: Hungerstreik in Köln

Mit einem Hungerstreik wollen Anhänger des kurdischen Befreiungskampfes die Herausgabe der 700000 DM erzwingen, die die Kölner Staatsanwaltschaft seit mehreren Monaten beschlagnahmt hat. Die am 26.10. in Köln begonnene Aktion wird von Feyka Kurdistan und dem Kölner Kurdistan-Komitee unterstützt. Nachfor-



Ihre Bereicherung soll künftig noch weniger durch Steuern beeinträchtigt werden: CSU-Generalsekretär Tandler auf der Hochzeit des Grafen Thurn und Taxis.

### Steuern auf Konsum statt Steuern auf Einkommen

Geschickt hat es Stoltenberg verstanden, die Kritiker ins Leere laufen zu lassen, die prophezeit hatten, er werde mit der Senkung der Einkommensteuer 1990 eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und anderer Verbrauchsteuern vorschlagen. Fallengelassen ist dieses Vorhaben aber nicht. Aus der EG-Kommission wurden jetzt „Vorstellungen der EG-Kommission“ zur Harmonisierung der indirekten Steuern in der Gemeinschaft lanciert. Danach müßten ab 1992 in der BRD die Mineralöl- und Tabaksteuer deutlich steigen, eventuell auch die Mehrwertsteuer, da die BRD am „unteren Rand der Steuersätze“ läge. Eine so mit der Herausbildung europäischer Staatsgewalt begründete Erhöhung verschiedener Verbrauchsteuern böte einer konservativ-liberalen Regierung vielfältige Möglichkeiten: Erneute Senkung der

direkten Steuern oder, wenn nötig, Finanzierung der „bis dahin unverdauten Reste aus der Großen Steuerreform“, wie es das „Handelsblatt“ formuliert. Und die SPD-Opposition wäre mit der Kritik in Nöten, da sie das Ziel eines starken Europas befürwortet.

Höhere indirekte Steuern auf den Konsum bei Senkung der direkten Steuern auf Einkommen gehören zum Standardrepertoire angebotsorientierter Wirtschaftspolitik. Hohe Steuern auf den Lohn rufen stets eine Diskussion hervor, welche öffentlichen Aufgaben damit zu finanzieren seien. Wie reformistisch verdreht das auch manchmal werden mag, der Gedanke, daß damit vor allem Dinge zu bezahlen seien, die für die Reproduktion der Lohnabhängigen nötig sind, liegt nahe. Eine Politik, die alle öffentlichen Ausgaben weg haben will, die die Konkurrenz der Arbeiter unterein-

schungen des Kurdistan-Komitees haben inzwischen interessante Verbindungen aufgedeckt. So ist der für die Kurdenrassen verantwortliche Leiter der Politischen Polizei in Köln mit einer Angestellten des türkischen Konsulats verheiratet. – (rül)

### DIHT für Enquete-Kommission „Bildung 2000“

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, hat sich für die Einrichtung einer Enquete-Kommission „Bildung 2000“ durch den Bundestag ausgesprochen. Die Kommission soll u.a. nach weiteren Zugriffsmöglichkeiten der Kapitalisten auf Berufsschulen und andere Weiterbildungseinrichtungen forschen. Von Amerongen kritisiert die Eigenständigkeit dieser Einrichtungen und verlangt: „Vielmehr sollten sich auch staatliche Bildungseinrichtungen verstärkt als Teil einer pluralistischen Weiterbildungsstruktur

verstehen. Dies bedeutet: Staatliche Bildung darf nicht verschenkt, sondern muß zu marktgerechten Preisen angeboten werden.“ Verteuerung der beruflichen Weiterbildung für die Lohnabhängigen ist also eine der Forderungen der Kapitalisten. Weitere angestrebte Ziele läßt von Amerongen noch im Dunkeln. Auf jeden Fall gelte für die vom Bundestag einzurichtende Enquete-Kommission: „Die Wirtschaft als Hauptabnehmer der Absolventen des staatlichen Bildungswesens sollte darin unbedingt vertreten sein.“ (DIHT-Informationen 10/87 – rül)

### „Börsenschock“ – „made in USA“?

Daß der Absturz der Kurse für Aktien an so ziemlich allen imperialistischen Börsen der Welt in der letzten und vorletzten Woche von den USA verursacht gewesen sei, darüber ist sich die bürgerliche Presse in der BRD weitge-

ander mildert, bevorzugt daher die Besteuerung des Konsums.

### Privat statt öffentlich

Die Wirkungen der Steuerreform auf die Kommunalfinanzen haben wir bereits in einem früheren Heft behandelt: Zahlreiche öffentliche Leistungen der Kommunen müssen eingeschränkt werden, weil sinkende Einkommen- und Lohnsteuertarife zu geringeren Einnahmen der Gemeinden führen. Die Gewerbesteuer steht bei einer eventuellen Mehrwertsteuererhöhung zur Disposition.

Man kann noch zahlreiche solche Maßnahmen zur Beseitigung öffentlicher Versorgungseinrichtungen in dem verbreiteten Katalog der „Subventionskürzungen“ mehr oder minder versteckt finden:

Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften, die sich nicht auf Vermietung beschränken, werden künftig besteuert, ebenso entfällt die bisher bestehende Grundsteuergünstigung für den sozialen Wohnungsbau. Die sogenannte „Quellensteuer“ auf Kapitalerträge führt auch dazu, so berichtet das „Handelsblatt“, daß die Gewerkschaften auf die Kapitalerträge ihrer mit Darlehen finanzierten Wirtschaftsunternehmen künftig 10% Steuern abzuführen haben. Stoltenberg setzt damit die mit der „Neuen-Heimat-Kampagne“ begonnene Liquidierung gewerkschaftlicher und gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen fort.

Auch wenn Details noch nicht bekannt sind, deutet die Ankündigung der Kürzung von Mitteln der Regionalförderung eine Verschärfung der Widersprüche zwischen den verschiedenen Wirtschaftsräumen an: Verschärfung der Konkurrenz der Kapitalisten und der darüber vermittelte stärkere Druck auf die Löhne und Ar-

hend einig. Tatsächlich war zweierlei geschehen: Zuerst hatte der Zentralbankrat der Bundesbank die Zinsen für Kredite an Banken angehoben. Dann hatte die US-Regierung ihre neuesten Handelsbilanzzahlen veröffentlicht – mit einem neuen Rekorddefizit, untrügliches Zeichen, daß die USA auf den Weltmärkten sich weiter verschulden müssen, um Devisenverluste zu decken und ihr Haushaltsdefizit zu finanzieren. Anlaß des Kurssturzes an den Börsen war also eine Schwäche der USA und die Entscheidung der Bundesbank, den US-Imperialisten die Kreditaufnahme auf den Weltmärkten künftig noch teurer zu machen. Daß sich bei Gelegenheit dieser Börsenpanik dann viele große Anleger zu Lasten von Kleinaktionären, die in Panik verkauften, bereicherten, gehört zum üblichen Börsengeschäft. Kurssturz „made in USA“ das jedenfalls gehört in den Bereich der Legendenbildung. (rül)



### In Notlagen greift die Steuer umso härter: Verkäuferinnen bei McDonalds

beitsbedingungen in den „strukturschwachen Regionen“ könnten das lange gehegte Projekt regional differenzierter Tarifabschlüsse befördern.

#### Bindung an imperialistische Expansion

Demagogisch geschickt hat Stoltenberg die Diskussion auf die sogenannte „Quellensteuer“ gelenkt. Die vorgesehenen 10% Steuern auf Kapitalerträge beträfe sowieso nur den, der bisher solche Einkünfte verheimlicht habe; der ärmere Sparer sei ausgenommen. Die Börse reagierte mit Kurseinbußen, die Banken maulten; die SPD mußte schweigen, weil sie ähnliche Pläne hatte, als sie dran war – und so lobte dann fast die ganze Presse Stoltenberg und berichtete, das sei die soziale Komponente beim Abbau von Steuergünstigungen.

Einiges deutet allerdings in eine ganz andere Richtung: Bereits jetzt schon müssen weniger verdienende

Lohnabhängige sich bemühen, z.B. für eine Autoanschaffung, größere Geldreserven zurückzulegen. Diese Summen werden noch beträchtlich wachsen müssen, wenn die Renten sinken, wenn die Krankenversicherung für vieles nicht mehr aufkommt und was sonst noch an Regierungsvorhaben zur Aushöhlung der gesetzlichen Versicherungen besteht. Die vorgesehene „Quellensteuer“ umfaßt so ziemlich alle möglichen Formen solcher Art Reservebildung: Mit 10% auf die Zinsen von langfristigen Sparverträgen, von Staatspapieren bis hin zur Lebensversicherung eröffnet Stoltenberg hier eine in absehbarer Zeit immer reichlicher sprudelnde Steuerquelle.

Die Besteuerung der Erträge aus aller Arten von Geldvermögen sowie der „Subventionsabbau“ beim privaten Wohnungsbau wird zudem die Mittelklassen mit Geldvermögen zur

Aktie hindrängen, die jetzt nicht mehr „steuerlich benachteiligt“ ist.

Was in der öffentlichen Diskussion fast schon wieder vergessen ist: Der gesenkte Spaltensteuersatz bei der Einkommen- wie der Körperschaftsteuer spült zusätzliche Geldmittel in die Kassen der Kapitaleigner.

Das Gesellschaftsbild, wie es den Konservativ-Liberalen vorschwebt, rundet sich so ab: Jeder ein Aktionär, jeder interessiert an der Blüte der deutschen Wirtschaft. Und dann gibt es noch welche, die es zu nichts gebracht haben – aber die haben ja selber schuld.

\*

Der Widerstand gegen verschiedene Maßnahmen der Steuerreform ist beträchtlich: In einigen Betrieben vor allem der Druckindustrie fanden während der Arbeitszeit Protestversammlungen gegen die Besteuerung der Schichtzulagen statt. Die Reaktion versucht, diese Gegenwehr zu isolieren mit dem Hinweis, daß zwar vielleicht der eine oder andere (sowieso unberechtigte) Vorteil weg müßte, dafür aber so vieles andere besonders günstig für diesen und jenen sei. Die Reaktion will Leistung zum gesellschaftlichen Maßstab machen, die wiederum an der Einkommenshöhe abzulesen sei. Dagegen könnte man gut eine Diskussion erzwingen, was mindestens zu einem menschlichen Leben gehört und daß ein Einkommen, das dafür nicht oder gerade so eben reicht, auf keinen Fall besteuert werden darf. Eine Forderung wie etwa 2000 Mark steuerfrei für jeden durch Anhebung des Grundfreibetrags könnte ein gemeinsamer Samelpunkt für den Widerstand gegen die Steuerreform sein.

Quellenhinweis: Handelsblatt, Welt jeweils 12.–16.10.87 – (alk, rül)

#### Jetzt auch die CDA für Renten auf Sozialhilfenebene

Linksentwicklung bei den CDU-Sozialausschüssen, nachdem sich Blüm als Vorsitzender verabschiedet hat? Man sollte die Beschlüsse der jüngsten Bundestagung der CDA ansehen, die auf Initiative des neuen Vorsitzenden Ulf Fink, Sozialsenator in Westberlin, verabschiedet wurden: „Jeder alte Mensch muß über ein soziales Existenzminimum verfügen. Die Rentenversicherungsträger sollen bei der Verwirklichung dieses Ziels Hilfestellung leisten. Die diesen alten Menschen zustehende Sozialhilfe soll gleich mit der Rente ausgezahlt werden. Der Ergänzungsbeitrag muß, wie bei der Sozialhilfe üblich, aus Steuermitteln bezahlt werden.“ Umstritten war dann noch, ob hierbei wie bei der Sozialhilfe vorgesehen auf die Kinder „durchgegriffen“ werden soll. Eine Mehrheit lehnte das allerdings ab. Mit

der „Bedarfsrente“ ist die Frage weg, ob die Kapitalisten nicht so hohe Rentenbeiträge zu zahlen haben, daß davon eine existenzdeckende Rente für jede von ihnen verschlissene Arbeitskraft herauskommt. Stattdessen bewegt sich nun auch die CDA in Richtung von FDP-Bangemann, der die gesetzliche Rente aufs Sozialhilfenebene reduzieren will. – (alk)

#### Österreichs Verteidigungsminister in Bonn

Am 13.10. empfing Wörner einen seltenen Gast: Der Verteidigungsminister der Republik Österreich kam auf die Hardthöhe. Über den Zweck des Besuchs verlautet von Wörner Nichtsagendes: „Beide Politiker werden ... einen allgemeinen Meinungsaustausch über sicherheits- und rüstungskontrollpolitische Fragen führen. Der österreichische Verteidigungsminister wird anschließend Einsatzverbände und Ausbildungseinrichtungen aller

drei Teilstreitkräfte im norddeutschen Raum besuchen“, heißt es in der Pressemitteilung des BMVg. Der Republik Österreich ist durch den Staatsvertrag von 1955 jedes politische, wirtschaftliche und militärische Bündnis mit der BRD strikt untersagt, um eine Neuaufklage des „Großdeutschen Reiches“ ein für alle Mal zu unterbinden. Die BRD versucht auf vielfältigen Wegen, diesen Staatsvertrag außer Kraft zu setzen. Dem diente auch der Besuch. – (rül)

#### Bundeswehr im Mittelmeer: Debatte im Bundestag

„Wir sind ein Land, das in ganz besonderem Maße vom Import und Export abhängig ist ... Die risikofreie Benutzung der internationalen Seefahrtstraßen sichert letztlich auch bei uns eine Menge von Arbeitsplätzen.“ Mit dieser unverhüllt aggressiven Begründung rechtfertigte am 16. Oktober der CDU-Abgeordnete Kossendey bei ei-

## Öffentlicher Dienst

### Manteltarif benachteiligt weiterhin Teilzeitkräfte

Die ÖTV und öffentliche Dienstherrn haben sich auf neue Manteltarifbestimmungen für Teilzeitbeschäftigte geeinigt. 650000 Arbeiter, Angestellte und Beamte waren 1985 im Organisationsbereich der ÖTV (unmittelbarer öffentlicher Dienst ohne Bahn und Post) teilzeitbeschäftigt, das ist ein Anteil von über 18% an allen Beschäftigten. Die rasante Ausdehnung der Teilzeitarbeit nutzten die Dienstherrn u.a. zum Unterlaufen bestehender Tarifverträge. Während die Tarifverträge für die Arbeiter des Bundes und der Länder für jeden Beschäftigten gelten, gilt der Bundes-Angestellten-Tarif (BAT) und der Tarif für Gemeindearbeiter (BMT-G II) nur, wenn die individuelle Arbeitszeit mindestens die Hälfte der regulären Arbeitszeit beträgt. Für alle anderen waren die Arbeitsbedingungen bestimmt durch einseitig von den Dienstherrn diktierte Richtlinien. So stand zu Recht im Mittelpunkt des Forderungskataloges der ÖTV, den tariflosen Zustand für alle Angestellten und alle Gemeindearbeiter, die weniger als 20 Stunden arbeiten, aufzuheben.

Im Ergebnis ließ sich die ÖTV aber darauf ein, die – im Falle genereller Arbeitszeitverkürzungen flexible – 20-Stunden-Grenze auf fixe 18 Stunden zu senken. Für die Zusatzversorgung, die Zuwendung (Weihnachtsgeld), den Rationalisierungsschutz, das Urlaubsgeld und die vermögenswirksamen Leistungen wurde ebenfalls die 18-Stunden-Grenze vereinbart. Demgegenüber hat auf Beihilfen bei Geburts-, Krankheits- und Todes-

fällen und die tariflichen Unkündbarkeitsbestimmungen weiter nur Anspruch, wer mindestens die Hälfte der regulären Arbeitszeit beschäftigt ist.

Positive Wirkung hat die Ausdehnung des Geltungsbereichs der Tarifverträge insbesondere für Frauen, die das Erziehungsgeld in Anspruch nehmen. Nach dem Arbeitsförderungsgesetz steht ihnen das Erziehungsgeld nämlich nur zu, wenn sie weniger als 19 Stunden arbeiten. Frauen, die aus diesem Grunde 18-Stunden-Verträge vereinbart haben, kommen nun in den Schutz der Tarifverträge und können die daraus resultierenden Leistungen beanspruchen.

Eine grobe Schätzung aufgrund von Einzeldaten aus Teilbereichen des öffentlichen Dienstes ergibt, daß durch die neuen Bestimmungen ca. 100000 Teilzeitbeschäftigte neu in den Geltungsbereich der Tarifverträge kommen, während 70000 weiterhin ungeschützt sind. Damit hat die ÖTV diejenigen, die kollektive Rechte am alten Nötigsten brauchen, draußen vor gelassen; diejenigen, die am wenigsten verdienen, bekommen weiterhin kein Weihnachtsgeld, keine vermögenswirksamen Leistungen etc.

Eine besondere Hinterhältigkeit der neuen Vereinbarungen ist, daß Teilzeitbeschäftigte Vollzeitbeschäftigte bezüglich des Bewährungsaufstieges nur dann gleichgestellt werden, wenn sie auf Dauer Teilzeitbeschäftigte bleiben. Wechselt der Teilzeitbeschäftigte jedoch z.B. in eine Vollbeschäftigung, so wird die bis dahin zurückgelegte Bewährungszeit nur in dem Verhältnis angerechnet, in dem die bisher vereinbarte Arbeitszeit zur neuen Arbeitszeit steht. So soll mit längerer Bewährungszeit, sprich niedrigerem Gehalt, bestraft werden, wer von einer Teilzeitbeschäftigung in eine Vollzeitbe-

schäftigung wechselt.

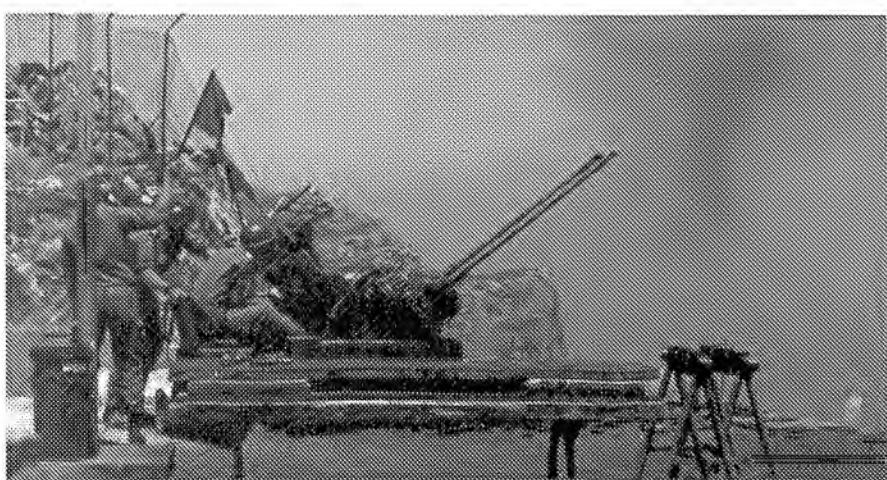
In einer Reihe von anderen Fragen, wie Bezugsfristen für Krankenbezüge, Kündigungsfristen etc. konnten zwar Verbesserungen erzielt werden, aber keine Gleichstellung. Eine direkte Verschlechterung besteht darin, daß Beurlaubungen, die bisher für den Aufstieg nach Lebensaltersstufen unschädlich waren, diesen zukünftig hemmen. Das wird in der Regel dazu führen, daß die Endstufe einer Vergütungsgruppe erst später erreicht wird.

Wegen der zunehmenden Zergliederung des Beschäftigtenkörpers im öffentlichen Dienst in Stammbelegschaft und eine durch Teilzeit, Zeitverträge und AB-Maßnahmen entstehende Reserve waren die Manteltarifverhandlungen für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von großer Bedeutung. Mit dem schnellen Abschluß und den gravierenden Zugeständnissen hat die ÖTV eine Chance vertan, die gewerkschaftlichen Aktivitäten auf die Interessen der gedrücktesten und entrichtesten Lohnabhängigen zu konzentrieren. – (kar)

## Stahlindustrie

### Konzerne wollen Stahl-Tarife ein für alle Mal „abkoppeln“

Die westdeutschen Stahlkonzerne sind entschlossen, ein für alle Mal eine Abkoppelung der Stahl-Tarife von der Metallindustrie durchzusetzen. Bereits Anfang des Jahres schrieb der Arbeitgeberverband Eisen und Stahl in seinem Bericht 1984/86: „Seit 1981 verfolgen wir kontinuierlich eine Tarifpolitik des Stahlabschlags ... Zukünftige Stahlabschläge müssen die Branche nicht nur für die Laufzeit des



In elf NATO-Ländern unterhält die Bundeswehr militärische Depots, Kasernen und Versorgungsanlagen, in 44 weiteren ist sie mit militärischen Vertretern präsent. 5242 Mann waren 1986 im Ausland stationiert. Die Ausgaben für Erhaltung und Erweiterung dieser militärischen Anlagen bzw. Vertretungen stiegen 1986 auf 66 Mio. DM, gegenüber 52 Mio. DM in 1980. Das berichtet die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen im Bundestag. Bild: Bundeswehr-Übungsgelände in Kreta. (Bt-Ds. 11/901 vom 7.10.87 rül)

ner von den Grünen beantragten aktuellen Stunde die Entsendung von drei Kriegsschiffen der Bundesmarine in das Mittelmeer. Einzig die Grünen protestierten gegen diesen Flotteneinsatz. Ihr Abgeordneter Dr. Mechtersheimer verurteilte die Entscheidung zur Entsendung der Schiffe. „Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wird sich ein deutscher Einsatzverband in dieser Region aufhalten. Diese Entscheidung des Verteidigungsministers ist eine indirekte Einmischung in den irakisch-iranischen Krieg ... Die Reagan-Administration betreibt am Golf eine besonders widerwärtige Form von Kanonenbootpolitik, und die Bundesregierung unterstützt sie dabei mit der Entsendung der Bundesmarine ins Mittelmeer. Das ist eine Stellvertreter-Kanonenbootpolitik ... ist ein folgenschwerer Rückfall in eine unselige Tradition großdeutscher Außenpolitik.“ (BT-Protokoll vom 16. 10.87 rül)

jeweiligen Entgelttarifvertrages vor der vollen Belastung eines etwa bei Metall gefundenen Tarifergebnisses bewahren.“ Als jetzt die IG Metall über ihre Tarifforderungen für die Stahlindustrie beschloß, drohte der Kapitalistenverband prompt mit „zusätzlichen Abbaumaßnahmen“, also Massenentlassungen, für Anfang der 90er Jahre.

Zum 31.10.1987 läuft der Lohntarifvertrag für die Stahlindustrie NRW aus, zum Jahresende der Tarifvertrag über die Arbeitszeit. Die Forderungen der IG Metall entsprechen den Forderungen, mit denen sie in der metallverarbeitenden Industrie antrat: 5% mehr Lohn und Gehalt; 40 DM mehr Ausbildungsvergütung; Einführung der 35-Stunden-Woche; Einschränkung der Mehrarbeit. Die Verhandlungen beginnen am 4. November.

Nach der „Stahlrunde“ der Bundesregierung vom 2.10.1987 ist ohnehin ein Abbau von insgesamt 35000 Stahl-Beschäftigten bis 1990 beschlossene Sache. Durch die dort von Kapitalisten, Bundesregierung und IG Metall getroffene Vereinbarung sind Massenentlassungen zwar vorerst vom Tisch. Allein zur „sozialen Abfederung“ des Belegschaftsabbaus konnten die Konzerne jedoch erneut 600 Mio. DM aus öffentlichen Mitteln erpressen: 300 Mio. DM aus dem Bundeshaushalt, 150 Mio. DM von den Ländern, weitere 150 Mio. DM von der EG. Noch nicht einmal „Ersatzarbeitsplätze“ haben die Konzerne zusagen müssen, was Thyssen-Chef Kriewet naßforsch hervorhob.

Den Stahlkonzernen wird durch die Vereinbarung nicht nur die Rationalisierung in den Stahlbereichen erleichtert. Vielmehr sind Frühverrentungen erstmals in den Gesamt-Konzernen möglich. Im Verbund mit Umsetzungen können die Stahlmonopole so in noch nie dagewesenen Umfang ältere Arbeiter aussondern. Thyssen hat bereits in den letzten Wochen über 700 Stahl-Beschäftigte allein aus Oberhausen in Duisburger Konzern-Betriebe versetzt. Viele werden langfristig Lohnverluste hinnehmen müssen.

Nach Berechnungen der IG Metall ist es den Stahlkonzernen schon von 1984 bis 1986 gelungen, die Lohnstückkosten um 4,6% zu senken, bei Metall stiegen sie um 0,5%. Die Verhinderung weiterer „Abkoppelung“, weiterer Lohnsenkung, ist dringlich. Dies wird erschwert, weil die IG Metall auch bei Stahl keine besondere Anhebung der unteren Lohngruppen fordert. Dadurch werden vor allem die Interessen ausländischer Arbeiter mißachtet, die auch von Rationalisierung am meisten getroffen werden. Schwach ist auch die Kritik an Flexibilisierung, insbesondere der ohnehin verbreiteten Conti-Schichtarbeit. Quellenhinweis: „Handelsblatt“ 16.9.; „WAZ“ 3.10.87; „Der Gewerkschafter“ 10/87 (wof)

## Affäre Barschel

# Der Dienst an Konzerninteressen fördert Verrohung der öffentlichen Sitten

Nachdem mit dem Tode Barschels seine Schuld offenbar gesühnt ist, geht die „Frankfurter Allgemeine“, die sich noch am 9.10. an der Jagd auf Barschel beteiligt hatte, am 24.10. schon wieder daran, ihn reinzuwaschen. Seine Schuld wird darauf reduziert, den ehemaligen Medienreferenten Pfeiffer in die Staatskanzlei eingestellt zu haben. Ebenso bemühen sich auch die Mitglieder des Untersuchungsausschusses, die Pfeiffer am 21. und 23.10. anhörten, ihn wegen einiger Widersprüche als unglaubwürdig hinzustellen. „Ratte“ kann ihn der Barschel-Anwalt Samson ungestraft nennen, wie die „Bild“ am 24.10. in der Schlagzeile kolportiert. So billig wird es nicht gehen. Ist doch sowohl durch Aussage des Finanzministers

CDU und SPD haben beide einen Wahlkampf geführt, der eng auf den Charakter des jeweiligen Spitzenkandidaten zugeschnitten war. Sie konnten das deshalb, weil ihre bürgerlichen Zielvorstellungen und die Programme besonders hinsichtlich der Wirtschaftspolitik eng beieinanderliegen. Beide Parteien wollen durch High-Tech-Projekte die anstehende Umstrukturierung der Wirtschaft auf Konzerninteressen hin nachhaltiger fördern, wenn auch die CDU mit mehr Brutalität als die SPD. Die CDU hat dafür Interessen des alten Mittelstandes und der Bauern geopfert. Offenbar war sie dann nicht mehr sicher, ob sie aufgrund dieser Lage die Stimmenmehrheit erlangen würde, und hat die Hetz- und Schmutzkampagne ge-



Ob Stoltenberg sich auf dem Landesparteitag am 7.11.87 als Landesvorsitzender wiedergießen kann? Kratzer hat er immerhin schon.

erwiesen, daß Barschel an der anonymen Steuerhinterziehungsanzeige gegen Engholm beteiligt war, wie auch durch Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, daß er bezüglich des besagten Telefonats am 8.10. mit Pfeiffer in Sachen „Wanze“ gelogen hat. Ohnehin steht fest, daß Pfeiffer an CDU-Wahlkampfbroschüren mitgearbeitet hat. Inwieweit sich Barschels Rolle als Auftraggeber auch in Sachen Einsatz von Privatpolizei gegen Engholm, Einschüchterung mit Aids, Zersetzung der UWSH, Ausforschung von Grünen-Kandidaten und Fälschung einer Presseerklärung der Grünen wird nachweisen lassen, wird man sehen. Fest steht, daß diese Machenschaften aus der Staatskanzlei, die übrigens von Barschel um 20 Beamten- und 10 Angestelltenstellen aufgestockt wurde, heraus begangen wurden und daß etliche Minister, Staatssekretäre und andere wußten davon.

gen die SPD, genauer gegen Björn Engholm, in Gang gesetzt. Die SPD, die immer die Gewerkschaftsbewegung für sich reklamiert, hat Arbeiterinteressen nicht einmal zur Sprache gebracht, ebensowenig wie Interessen der neuen Mittelklassen, obwohl sie auch deren Vertretung in Konkurrenz zu den Grünen, zu sein beansprucht. Sie konnte daher nicht als Vertreterin von Klasseninteressen gegen die CDU-Anwürfe auftreten. Der Kampf zwischen CDU und SPD wird so zur innerbürgerlichen Konkurrenz zwischen Barschel und Engholm um die Fleischköpfe, ausgetragen mit ähnlichen Schmutzmethoden, wie sie die großen Monopole im Kampf um Geschäftssanteile praktizieren.

Die Menschen, die in diesen Auseinandersetzungen verbraucht werden, sind typische Karriereleute, abgerichtet auf Brauchbarkeit. Barschel hat seine Bilderbuchlaufbahn nicht als Ver-

### Chronologie der Ereignisse

7.9. „Der Spiegel“ berichtet von der Bespitzelung Engholms sowie der anonymen Anzeige wegen Steuerhinterziehung gegen Engholm. Als Hintermann wird der Barschel-Freund und Geschäftsführer der Schwarzkopf GmbH Ballhaus genannt.

12.9. Durch einen Vorabdruck der Spiegelausgabe von Montag wird bekannt, daß dem Spiegel eine eidesstattliche Erklärung vorliegt, in der ein Mitarbeiter der Kieler Staatskanzlei – der mit einem Zeitvertrag beschäftigte Reiner Pfeiffer – erklärt, er habe im Auftrag von Ministerpräsident Barschel die anonyme Anzeige verschickt und die Bespitzelungsaktion in Auftrag gebracht.

Ministerpräsident Uwe Barschel bezeichnetet in Fernsehinterviews alles als „erstunken und erlogen“.

15.9. Die CDU-Fraktion spricht Barschel „ihr volles Vertrauen und ihre menschliche Solidarität“ aus.

18.9. In einer vierstündigen Pressekonferenz erklärt Barschel, untermauert durch eidesstattliche Erklärungen von ihm und acht seiner untergebenen Mitarbeiter sowie seiner Frau, sämtliche Vorwürfe für falsch. Das Landgericht untersagt Pfeiffer unter Androhung eines Ordnungsgeldes von 500000 DM, die Vorwürfe gegen Barschel zu wiederholen.

20.9. Der Landesausschuß der CDU (kleiner CDU-Parteitag) stellt sich demonstrativ hinter Barschel.

Der Landesgeschäftsführer der CDU Rolf Rüdiger Reichardt bestätigt, daß Pfeiffer als „Chef vom Dienst“ am CDU-Blatt „Schleswig-Holstein am Wochenende“ mitgearbeitet hat.

22.9. Es wird bekannt, daß Pfeiffer

versucht hat, vom Verfassungsschutz Material über die Kandidaten der Grünen zu erhalten. Ebenfalls soll Pfeiffer am 8. oder 9. September beim Kriminalpolizeiamt Kiel versucht haben, eine Wanze zu besorgen.

Der FDP-Vorsitzende Wolf-Dieter Zumpfort erklärt, er „wolle künftig nicht mehr mit Barschel vor den Kameras Rede und Antwort stehen.“

23.9. Die Sprecher der einzelnen Ministerien dürfen in der Affäre keine Auskunft mehr erteilen, sondern nur die, die Regierungssprecher sind.

Der FDP-Vorsitzende Zumpfort spricht von einem „Saustall“ in Kiel.

24.9. Regierungssprecher Behnke räumt ein, Ministerpräsident Barschel habe bereits am Mittwoch vor seiner Rechtfertigungs-Pressekonferenz Hinweise erhalten, daß Pfeiffer beim Kriminalpolizeiamt versucht habe, eine Telefonwanze zu erhalten.

25.9. Barschel kündigt seinen Rücktritt für das Ende der Legislaturperiode, den 2. Oktober, an. Der Minister für Bundesangelegenheiten Schwarz soll geschäftsführend die Regierung weiterführen.

27.9. Konstituierende Landtagssitzung, Einsetzung des Untersuchungsausschusses, Barschel tritt zurück und geht in Urlaub.

6.10. Klaus Kribben wird einstimmig von der CDU-Fraktion zum Kandidaten für die Ministerpräsidentenwahl am 22. 10. bestimmt.

7.10. Finanzminister Asmussen sagt vor dem Untersuchungsausschuß aus, Barschel habe im Januar/Februar bei Staatssekretär Schleifer angerufen und sich nach dem Stand der Steuerermittlungen gegen Engholm erkundigt. Barschel hatte behauptet, er wisse davon erst aus dem Spiegel. Die Staatsanwaltschaft stellt, gestützt auf einen „Anfangsverdacht“, gegen Barschel

den Antrag auf Aufhebung seiner Immunität.

8.10. Der Obmann der CDU im Untersuchungsausschuß Trutz Graf Kerssenbrock äußert, daß es „deutliche Anzeichen“ gäbe, daß „Teile von Barschels Darlegungen „nicht der Wahrheit entsprechen“.“

Der Untersuchungsausschuß ruft Barschel zur Vernehmung aus dem Urlaub zurück.

9.10. Kribben gibt bekannt, daß die Landtagsfraktion Barschel auffordert, sein Landtagsmandat niederzulegen. Stoltenberg stützt diesen Beschuß.

Die SPD gibt bekannt, daß Pfeiffer ab Juli viermal Kontakte zu dem SPD-Sprecher Nilius hatte und dabei über seine Machenschaften berichtete. Auch SPD-Landesvorsitzender Jansen hatte eine Woche vor der Wahl im Beisein eines Anwalts eine Besprechung mit Pfeiffer. Engholm soll erst am Abend der Wahl darüber informiert worden sein.

11.10. Uwe Barschel wird tot in einem Genfer Hotel aufgefunden.

17.10. Stoltenberg setzt sich von der Haltung Kribbens ab, gesteht Fehler in der Behandlung von Barschel.

19.10. Die Junge Union rückt von Spitzenkandidat Kribben ab und kritisiert auch Generalsekretär Reichardt und Parteisprecher Kohl.

23.10. Pfeiffer nimmt vor dem Untersuchungsausschuß keinen seiner Vorwürfe zurück.

Der Axel-Springer-Verlag bestätigt, daß er dem an die Staatskanzlei ausgeliehenen Pfeiffer die Lohndifferenz zwischen 5600 und 9000 DM monatlich durch eine einmalige Zahlung von 50000 DM für ein Gutachten gezahlt hat.

26.10. Die Staatsanwaltschaft teilt mit, daß aus Barschels Auto am 8.9. mit Pfeiffer telefoniert wurde.

walter eines Vermögens gemacht, sondern als politischer Sachwalter der Reichen. Sein Vermögen bestand in der umfassend ausgebildeten Fähigkeit, sich brauchen zu lassen, um dafür reichlich belohnt zu werden. Solche Leute setzen den Staatsapparat für Interessen ein, gehen dabei weit und schaffen die passende Rechtsmeinung hinterher. Barschel hat vernichtet und wurde vernichtet: Die CDU verlor die absolute Mehrheit, die Machenschaften, für die Barschel die Hauptverantwortung trug, flogen auf und die CDU ließ ihn zwecks Schadensbegrenzung fallen. Wie aus dem Interview Kribbens in der „Morgenpost“ vom 24.10. deutlich wird, haben er und Stoltenberg, die bereits am 28.9. die Aussage des Finanzministers kannten, diese Barschel in ihren Gesprächen am 28. und 30.9. vorenthalten und ihn damit bewußt ins offene Messer laufen las-

sen.

Den Kribben kommt das teuer zu stehen. Er ist als Ministerpräsidentenkandidat schon aus dem Rennen, bevor er überhaupt richtig angetreten ist. Daß er, wie auch der Finanz- und Innenminister, den Barschel so kalt absevriert haben, verzeiht ihnen die CDU-Basis nicht so leicht. Hunderte von Parteiaustritten soll es gegeben haben, wohl kombiniert aus all den o.g. Gründen: mangelnde Interessenvertretung, Schmutzkampagne und innerparteiliche Intrige. Das kostet wieder Köpfe. Die SPD ist jetzt auch in die Enge getrieben, weil sie von der Affäre mehr wußte als anfangs zugegeben; wenn sie auch zurecht darauf hinweist, daß man Opfer und Täter nicht in einen Topf werfen dürfe. Davor warnen am 26.10. auch die „Kieler Nachrichten“ mit der deutlichen Absicht, nicht den Weg für eine

Große Koalition zu verstellen.

Es ist zu befürchten, daß gegenüber den schmutzigen Verhältnissen im Zusammenhang mit der Affäre Barschel der Ruf nach Ordnung, „starkem Mann“ und „starkem Staat“ an Boden gewinnt, bei Neuwahlen eine Sammlung der Faschisten zur Kandidatur gelingt. Demgegenüber gilt es, die antifaschistische Propaganda zu verstärken und deutlich zu machen, daß nur der Kampf für Klasseninteressen die öffentliche Verrohung durch Kräfte, die Konzerninteressen auf ihre Fahnen geschrieben haben, zügeln kann. Dazu müssen die Grünen in den Landtag, und eine Kandidatur links von ihnen für Arbeiterrechte ist erforderlich. Anzustreben ist, daß das antifaschistische Lager, zu dem die DKP gehört, inhaltlich und möglichst auch mit Stimmen gestärkt aus dem Wahlkampf hervorgeht. (brb, kau)

BRD-Türkei

## Die Förderung des „Asylantenstroms“ durch den türkischen Staat

Es ist bekannt, daß Hunderttausende von Asylbewerbern aus zahlreichen Ländern hier in der BRD leben. Asyl ist ein Akt der Hilfe an die Menschen, die in ihren Ländern Repressionen, Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückungen ausgesetzt sind. In der hiesigen Diskussion unter den Linken über das Asylrecht wird nur die eine Seite der Medaille betrachtet, während die andere Seite der Asylpolitik nicht in Betracht gezogen wird. Die andere Seite der Medaille ist, daß Asyl auch als Vernichtungsmethode gegen Befreiungsbewegungen benutzt wird. In diesem Sinne ist Asyl nicht nur ein Akt der Hilfe, sondern auch eine Methode der Liquidierung von, für das imperialistische System gefährlichen, Befreiungsbewegungen. Hierzu kann man das Beispiel der Palästinenser erwähnen.

In der BRD gibt es auch zahlreiche Asylbewerber aus Kurdistan. Die Zahl der kurdischen Asylbewerber hat sich insbesondere in den letzten Monaten stark erhöht. Allein seit Januar dieses Jahres haben um die 5000 Kurden – 833 davon im September – in der BRD Asylrecht gefordert. Türkische Nachrichtenorgane berichten, Hunderte von Kurden aus Mardin seien am Frankfurter Flughafen eingetroffen. Etwa 100 Kurden seien unter dem Vorwand, ein Fußballspiel einer türkischen Mannschaft in Italien verfolgen zu wollen, nach Italien gefahren und dort „verschwunden“. Man erwarte, daß sie in einigen Tagen in der Bundesrepublik eintreffen werden, um Asyl zu beantragen. Einer der in Frankfurt angekommenen Kurden soll erklärt haben: „Ein Fremder aus Istanbul ist gekommen und hat gesagt: „Je Person 1,5 Mio. Türkische Lira, und Ihr könnt nach Deutschland.“ (Die türkische Zeitung Tercüman, 22.9.87) Für den Transport der Kurden, die alle aus Mardin stammen, wurden spezielle Flüge von Istanbul nach Frankfurt organisiert. Was ist der Hintergrund dieses Asylbewerber-„Stroms“ aus Kurdistan?

Diese Problematik muß man im Rahmen der Deportationspolitik der Türkischen Republik (TR) betrachten. Diese Politik der TR stützt sich auf zwei Methoden der Deportation. Die eine ist die klassische Deportation, so wie sie zu Beginn des Jahrhunderts in Kurdistan praktiziert wurde. Hierzu kann man das Beispiel von Dersim geben. Hier wurden während des Dersim-Aufstandes bis 1983 über 600000 Kurden zwangsdeportiert. Ihre Dörfer wurden niedergebrannt. Sehr viele von ihnen starben in den Taurus-Ge-

birgen. Diese Methode stützt sich allein auf die Gewalt. Die andere und moderne Methode, die insbesondere seit den 70er Jahren angewandt wird, ist die, die Menschen durch die sanftere Methode und durch das Versprechen besserer Lebens- und Arbeitsbedingungen von ihrem Boden zu entreiben und sie in die westlichen Metropolen der Türkei oder nach Europa oder anderswo umzusiedeln. Mit der Entwicklung des Nationalbewußtseins in Kurdistan ab den 70er Jahren wurde diese Methode insbesondere gegen die Jugend von Kurdistan angewandt. Das Ziel dieser Methode ist es, die kurdischen Menschen durch die Ansiedlung in Gebieten, die gesellschaftlich, kulturell und sozial anders sind, zu integrieren, sie ihrer eigenen natio-

schen. Im Ausland und insbesondere in der Bundesrepublik beträgt die Zahl der Menschen, die aus Karakocan stammen, über 5000. Dersim ist die einzige Provinz in Kurdistan, in der die Geburtenrate zurückgeht, während die Geburtenrate in der Türkei und in Kurdistan über 2,3% liegt. Das liegt darin, daß die Jugend aus Dersim entweder in die Metropolen der Türkei oder nach Europa ausgewandert ist. Die Zahl der Kurden, die aus Pazarcik stammen, beträgt in Europa über 10000. Das Ziel dieser Politik besteht eben darin, die kurdische Jugend von ihrer nationalen Identität zu entfernen, sie in die Gesellschaft und in die Kultur des Landes, in dem sie leben, wie die BRD, die Türkei usw., zu integrieren und somit zu verschmelzen.

Die TR hat 1984 begonnen, diese Deportationspolitik in Koordination mit der klassischen Deportationspolitik zu praktizieren. D.h., während sie auf der einen Seite die Menschen durch Versprechungen von äußerst



Kurdische Asylbewerber bei der Ankunft auf dem Flughafen Frankfurt

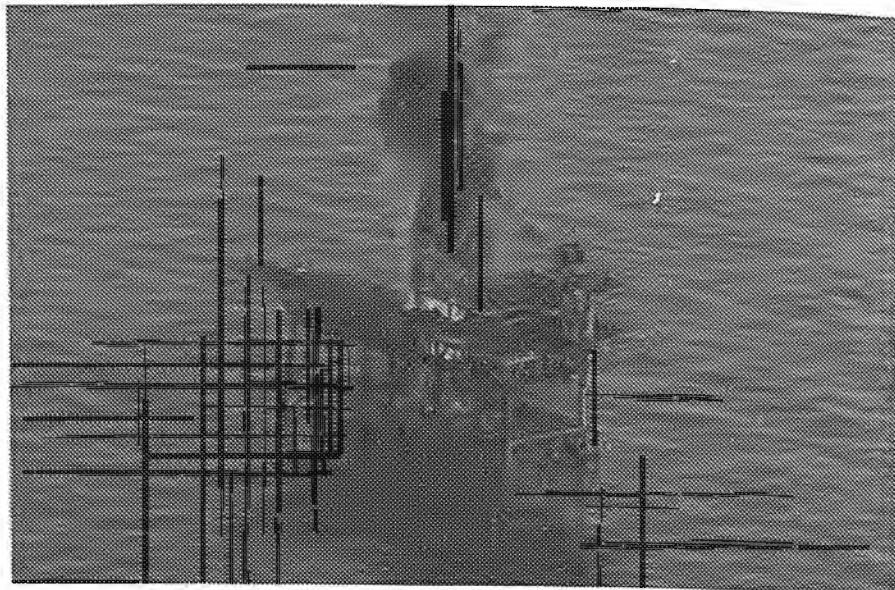
nalen Identität zu entfremden. Um diese Tatsache zu verdeutlichen, kann man hierzu einige Beispiel anführen. Die Gebiete, in denen diese Methode praktiziert wird, sind ausgewählte Pilotengebiete, wie z.B. Karakocan, Pazarcik (Maras), Bingöl und Dersim. Die Wahl dieser Gebiete ist nicht zufällig. Sie stellen alle Gebiete dar, in denen das Potential der Jugend und Intelligenz am stärksten und das Nationalbewußtsein, unter der Jugend insbesondere, am entwickeltsten ist. Der Jugend dieser Gebiete wurden sehr großzügige Angebote, ins Ausland zu gehen, gemacht. So leben z.B. gegenwärtig in Karakocan ca. 5000 Men-

güngigen Angeboten von ihrem Land weglockte, hat sie auf der anderen Seite die Gewalt als Mittel der Deportation angewandt. Dersim wurde als Ziel dieser Politik ausgewählt, die Deportation von 50000 Menschen wurde geplant. Von 1984 bis heute wurden insgesamt 115000 Menschen deportiert. Auch in anderen Gebieten Kurdistans wurden ganze Dörfer der zwangsweisen Deportation ausgesetzt.

Eines der Gebiete, das sowohl aus der Sicht der TR als auch aus der Sicht der Befreiungskräfte Kurdistans eine wichtige Rolle spielt, ist Mardin. Es ist ein Gebiet, in dem die kurdischen Menschen ihre nationale Identität

tät bewahrt haben. Ein anderes Merkmal von Mardin ist, daß hier kurdische religiöse Minderheiten wie die Yesiden leben. Die Menschen in diesem Gebiet Kurdistans sind sehr schnell für die Befreiungsbewegung zu gewinnen, und es ist ein großes Potential an Jugend vorhanden. Schließlich stellt Mardin eines der Gebiete dar, in denen die Beteiligung insbesondere der Jugend an der Guerilla am höchsten ist. Die TR hat wie überall in Kurdistan auch hier zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die Entwicklung des Befreiungskampfes zu verhindern. Neben Deportationen, Operationen, Folterungen hat die TR insbesondere in diesem Gebiet auf die Organisierung von Milizkräften („Dorfschützer“) gesetzt. Die Bevölkerung wurde gegeneinander aufgehetzt. Hierfür wurde insbesondere der religiöse Widerspruch zwischen den Muslimen und den Yesiden ausgenutzt. Die TR versucht, durch die Ausnutzung dieses Widerspruchs die Beteiligung der Yesiden am Widerstandskampf zu verhindern. Doch haben die Guerillakräfte in diesem Gebiet der türkischen Armee und ihren Unterstützern – den Dorfschützern – die schwersten Schläge versetzt. Das unter dem Namen „Dorfschützertum“ organisierte konterrevolutionäre Milizbandensystem wurde durch Überzeugungsaktivitäten und Bestrafungsaktionen funktionsunfähig gemacht. Insbesondere seit Beginn dieses Jahres hat die Guerilla die Initiative übernommen und bis heute bewahrt. Infolgedessen haben in den Gebieten, wo die Guerilla die Initiative im Kampf behält, auch die Widersprüche unter der Bevölkerung an Schärfe verloren. Durch Überzeugungsarbeit wurden diese Widersprüche verringert. Aus diesem Grunde hat sich nun auch die Haltung der TR gegenüber den religiösen Minderheiten geändert. Sie versucht nun, durch Versprechungen und durch das Angebot von besseren Möglichkeiten, ins Ausland auszureisen, erstens der Guerilla die Grundlage zu entziehen und zweitens diese Minderheit gegen die Befreiungsbewegung aufzuhetzen.

Die letzten Ereignisse, der „Asylbewerber-Strom“ aus Kurdistan, müssen in diesem Rahmen betrachtet werden. Die TR hat sogar denjenigen Jugendlichen, die einen Monat vor dem Beginn ihres Armeedienstes stehen, die Möglichkeit geschaffen, ins Ausland zu reisen. Vorher wäre das undenkbar gewesen. So versucht die türkische Regierung, den Befreiungskampf mit einer neuen Methode von „Deportationen“ zu schwächen, und die Bundesregierung übernimmt dann gegenüber den hier eintreffenden Asylbewerbern die Aufgabe, sie an Protestaktionen gegen die Kolonialpolitik der türkischen Junta zu hindern. (vic. Kurdistan-Komitee Köln)



Die von US-Kriegsschiffen in Brand geschossene iranische Ölplattform

#### Golfkrieg

## USA greifen Ölproduktion des Iran an

Voll von Lob für die „gemäßigte Reaktion“ der USA war die bundesdeutsche Presse am 20.10., nachdem am 19.10. vier US-amerikanische Zerstörer iranische Ölplattformen im persisch-arabischen Golf angegriffen hatten.

An der Aktion war nichts „gemäßigt“, es handelte sich um einen schweren, kalkulierten Angriff direkt auf die Grundlagen der iranischen Kriegswirtschaft.

Dabei wurde nicht nur die Plattform Rostam attackiert, sondern nach verschiedenen Presseberichten auch die Plattform Rakhsh sowie Produktionsanlagen im Sassan-Feld. „Nach Berichten aus dem Golf wurde versucht, den gesamten Komplex um die Insel Lavan herum auszulöschen, der insgesamt ein Produktionspotential von 200000 Barrels pro Tag hat, also etwa ein Zehntel der gegenwärtigen iranischen Ölproduktion“, schreibt die Financial Times am 20.10.1987.

Der US-Angriff folgte einem Raketenangriff des Iran auf den unter amerikanischer Flagge fahrenden kuwaitischen Tanker „Sea Isle City“. Auf den US-Angriff antwortete der Iran mit einer Attacke auf den kuwaitischen Verladeterminal Sea Island, der etwa 20 km vor der Küste liegt.

Der Iran macht Kuwait dafür verantwortlich, daß die US-Marine im Golf operiert, denn Kuwait hatte Unterstützung für seine Ölexporte verlangt. Gleichzeitig ist Kuwait ein enger Verbündeter des Irak, und die zahllosen irakischen Luftangriffe sowohl auf die iranische Verladestation Kharg Island wie auch auf Tanker mit

iranischem Öl erschweren die Ölexporte Teherans beträchtlich.

Der Iran bot am 23.10. zum wiederholten Male die Einstellung aller Kriegshandlungen im Golf an, wenn der Irak seinerseits keine Schiffe mehr angreife. Irans Parlamentspräsident Rafsanjani: „Entweder ihr befehlt dem Irak, unsere Schiffe im Golf nicht mehr anzugreifen, oder ihr erklärt formell eure Neutralität im Krieg und stoppt die finanzielle und militärische Unterstützung für den Irak durch Kuwait und Saudi-Arabien, oder ihr brandmarkt den Aggressor.“ In jedem dieser Fälle werde es keine iranischen Angriffe mehr geben (SZ, 24.10.)

Die USA wollen sich auf solch eine Erklärung nicht einläßt. Ihr Ziel ist es gerade, den Krieg zu verlängern und auf jeden Fall einen Sieg des Iran zu verhindern. Ihr Einfluß im Golf ist stark gewachsen. Dabei spielt die Regierung Reagan das Ausmaß ihrer Kriegsführung in der Öffentlichkeit herunter, um die Opposition in den USA gegen die imperialistische Intervention klein zu halten.

Die US-Intervention macht die Aufgabe, den Krieg zu beenden, noch schwerer für die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen der beiden kriegsführenden Länder. Im Gegenteil: die iranische Führung beschwört die Volksgemeinschaft gegen die US-Aggression. Im Irak hat das Regime nach großen Zugeständnissen wirtschaftlich und militärisch wieder Luft zum Atmen bekommen.

Quellen: Financial Times, Independent, Süddeutsche Zeitung, FAZ, 20.10. bis 24.10. (hef)

Sri Lanka

## Geschichtliche Hintergründe des Bürgerkriegs

Die jüngsten – angeblich von tamilischen Guerillagruppen – angerichteten Massaker an singhalesischen Bevölkerungssteilen Sri Lankas und die blutige Gegenaktion des indischen Militärs im Norden Sri Lankas zeigen, daß mit der indischen Truppenpräsenz die Auseinandersetzung nicht beendet ist. Die Geschichte der Unterdrückung des tamilischen Bevölkerungssteils ist ein Erbe des Kolonialismus. Die Widersprüche führen Sri Lanka immer tiefer in die Abhängigkeit von außenstehenden Staaten, vor allem den imperialistischen.

Über mehrere Jahrhunderte hinweg wanderten aus Indien Singhalesen und Tamilen nach Ceylon, das heutige Sri Lanka. Feudale tamilische und singhalesische Regimes kämpften um die Vorherrschaft auf der Insel. Zu Beginn der Kolonialisierung durch Portugal ab 1505 existierten drei Königreiche. Den Kolonialisten gelang es, gegen erbitterten Widerstand die Küstenzonen der Insel zu erobern. Bis 1658 stützte sich Portugal bei der kolonialen Unterdrückung und Ausbeutung auf den singhalesischen Adel des Südens und Südwestens, konnte das Königreich Kandy jedoch nicht unterwerfen. Die nachfolgenden holländischen Kolonialisten verwandelten die Landwirtschaft vollends in eine koloniale Plantagenwirtschaft zur Exportproduktion von Zimt, Kaffee, Baumwolle, Gewürze und Tabak. Ende des 18. Jahrhunderts verdrängten die Briten die Holländer. Erst ihnen gelang die vollständige Eroberung und Unterwerfung der Insel. Sie brachten aus Indien tamilische Kolonialbeamte mit sowie zu hunderttausenden tamilische Landarbeiter, die im zentralen Hochland auf neuangelegten Teeplantagen arbeiten mußten. Durch das 19. Jahrhundert zieht sich eine Kette von Aufständen gegen die Briten und ihre Kolonialbeamten. Der 1919 gegründete ceylonische Nationalkongress, der sich als Sammelbecken aller nationalistischen Kräfte verstand, konnte diesem Anspruch nicht gerecht werden.

1948 errang Ceylon die Unabhängigkeit. Der Kolonialismus hatte die Selbstversorgung der Insel mit Nahrungsmitteln zerstört, eine industrielle Produktion existierte nicht. Die ceylonischen Tamilen stellten 40% der Offiziere und höheren Beamten (bei einem Bevölkerungsanteil aller Tamilen von ca. 20%)

Die sich in der Regierungstätigkeit abwechselnden singhalesischen Parteien UNP und SLFP verfolgten im Innern eine rassistische Politik gegenüber dem tamilischen Bevölkerungsanteil. Während die UNP die großgrundbesitzenden Singhalesen aus dem Süden und Südwesten repräsentierte, war die SLFP unter Führung der Familie Bandaranaike eng verknüpft mit der Aristokratie des ehemaligen Königreiches Kandy und dem buddhi-

stischen Klerus. Bereits 1948 entzog die regierende UNP den 850000 indischen Tamilen das Wahlrecht und die ceylonische Staatsbürgerschaft.

Der sich ausbreitende „Pansinghalismus“ führte 1956 unter der Regierung des Ehemannes von Frau Bandaranaike zum Verbot der tamilischen Sprache. Sozialer Hintergrund waren die zunehmende Organisierung der Arbeiterbewegung und ihre Streitaktivität. 1958 waren über 700000 gewerkschaftlich organisiert, gegenüber 1947 eine Verviersfachung. 75% der Gewerkschaftsmitglieder kamen aus dem Tee- und Plantagensektor und waren zumeist sogenannte indische Tamilen. 1962 und 1963 führten die Gewerkschaften große Massenstreiks durch, die zuletzt nur mit indischer Militärhilfe niedergeschlagen werden konnten. 1964 wurden über 200000 tamilische Plantagenarbeiter durch das indisch-ceylonische „Repatriierungsabkommen“ nach Indien deportiert, einige zehntausend erhielten die ceylonische Staatsangehörigkeit, aber 560000 leben noch immer staatenlos im heutigen Sri Lanka.

Am 27. Mai 1970 gewann Frau Bandaranaike mit ihrer Sri Lanka Freedom Party (SLFP) an der Spitze einer Koalition die Wahlen. Zu dieser Koalition gehörten auch die Kommunistische Partei und die LSSP (Sri Lanka Sama Samaj Party), früher eine Sektion der 4. Internationale. Der

Wahlkampf war mit äußerster Härte geführt worden, und das Ergebnis brachte die Hoffnungen des sri lankischen Volkes zum Ausdruck auf die im Programm angekündigten Verbesserungen: höhere Subventionen für den Reisanbau, Preissenkungen, Herabsetzung der Arbeitslosigkeit, Verstaatlichung wichtiger Industriezweige und staatliche Kontrolle des Außenhandels.

1971 kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit Jugendlichen, denen nach der Universitätsausbildung kein Arbeitsplatz zur Verfügung stand, und mit tamilischen Jugendlichen, denen der Zugang zur Universität verwehrt werden sollte. Gleichzeitig bildeten Teile dieser Jugendlichen die bewaffnete „Nationale Befreiungsorganisation“ JVP, die blutig niedergeschlagen wurde. Die Regierung nahm die Erschießung einiger mit der Regierung kooperierender Tamilen zum Vorwand, die Nord- und Ostprovinzen unter Ausnahmezustand zu stellen.

Der bewaffnete Aufstand hatte keine ausreichende soziale Basis unter der Bevölkerung, die nach wie vor auf die Reformversprechen der Regierung hoffte. Die militärische Bedrohung (der Ausnahmezustand für die Nord- und Ostprovinzen wurde unter Ausbau der Militär- und Polizeipräsenz beibehalten) führte zum Zusammenschluß verschiedener tamilischer Parteien und Interessengruppen in der TULF (Tamil United Liberation Front) im Jahre 1974, im wesentlichen mit der Forderung nach Gleichberechtigung und Autonomie.

Unter der Regierung von Frau Bandaranaike (1970-77) wurden einige halbherzige Reformen durchgeführt, die aber nach wirtschaftlichen Einbrüchen auf Druck der Gläubigerbanken rückgängig gemacht wurden. Am 22. Mai 1972 wurde die Abschaffung der parlamentarischen Monarchie Ceylon und die Einrichtung der Republik Sri Lanka mit einer neuen Verfassung proklamiert. Wesentlicher Bestandteil



Bewaffnete tamilische „Tiger“ während einer Demonstration im Norden Sri Lankas vor einigen Monaten

der neuen Verfassung: die Limitierung des Landbesitzes bei Reisland auf 10 ha und bei Nutzland auf 20 ha. Eine Autonomie für die Tamilen war nicht vorgesehen, singhalesisch blieb Staatssprache. Der Koalition gelang es nicht, den Wirtschaftskurs so zu halten, daß die Bevölkerung eine Besserung spüren konnte. Es kam sogar zu extremen Problemen bei der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln.

Der haushohe Wahlsieg der oppositionellen UNP (United National Party) unter J.R. Jayawardene dokumentierte die Unzufriedenheit mit der Entwicklung. War die UP noch 1965 gemeinsam mit einer tamilischen Partei an der Regierung gewesen, ging sie bereits zwei Wochen nach dem Wahlsieg mit massivem Einsatz von Polizei und Militär in den tamilisch sprechenden Regionen gegen die Bevölkerung dort vor. Jetzt wurden erstmals auch die von den Kolonialisten nach Sri Lanka verschleppten Plantagenarbeiter angegriffen (Tee ist wichtigstes Exportprodukt). 200 000 Indien-Tamilen flohen in den Norden Sri Lankas.

Ab diesem Zeitpunkt nahm die Bekämpfung der Tamilen und ihrer Organisationen einen Umfang an, der sich am besten in der Entwicklung des Militärhaushaltes zeigen läßt: die Ausgaben allein für die Marine stiegen von 13 Mio. Rs 1977 auf über 250 Mio. Rs 1984.

Die anti-tamilischen Maßnahmen der Regierung Jayawardene haben System und lassen sich im wesentlichen in die folgenden Bereiche aufgliedern: Bildung bewaffneter Banden mit staatlicher Unterstützung („Stand by task force“), eine Art Bürgerwehr, die auch für gezielte Pogrome verantwortlich sind, diese Banden bestehen aus Singhalesen; Einbeziehung ausländischer Söldner aus Israel und Pakistan in die Armee und Ausbildung; Ansiedlung von Singhalesen in Tamilengebieten nach der Zerstörung tamilischer Dörfer und Siedlungen; unbegrenzte Beibehaltung des Ausnahmezustandes in Tamilengebieten; Schaffung von Sicherheitszonen und gezielte Bombardements.

Durch eine Verfassungsänderung war es der 1977 gewählten Interessenvertretung im sri lankischen Parlament verunmöglicht worden, dort weiter zu bleiben. Die meisten Parlamentsabgeordneten der TULF flüchteten nach Südinien. Die Verfassungsänderung stellte die Forderung nach Autonomie unter Strafe. Die TULF hat stets, zwar in sehr abgemilderter Form, Autonomie und Selbstbestimmung der Tamilen verlangt und war auch mit dieser Forderung in das Parlament gewählt worden. Verbot oppositioneller Parteien und Gewerkschaften waren weitere Maßnahmen.

1983, nach monatelangen Provokationen durch die Militärs, war ein Handgranatenanschlag gegen eine

Militärstation das Startsignal für ein landesweites Pogrom gegen Tamilen. In Colombo wurden gezielt tamilische Häuser in Brand gesteckt, im ganzen Land wurden hunderte tamilische Familien ermordet.

Auch auf Druck der Bewohner des südindischen Bundesstaates Tamil Nadu, wohin Tausende von Tamilen geflüchtet waren, wurde eine All-Parteien-Konferenz einberufen, bei der unter Beteiligung von Indira Gandhi ein Memorandum verfaßt wurde, daß eine Regionalautonomie für Tamilen im Norden und Osten vorsah. Die Vertreter der TULF erklärten sich bereit, die Forderung nach einem eigenen Staat fallen zu lassen, wenn dies realisiert würde. Nachdem aber Jayawardene seine Zustimmung später zurückzog, hatten die militärischen tamilischen Befreiungsorganisationen größeren Zulauf. Im Dezember 1983 endet die All-Parteien-Konferenz mit dem Zugeständnis von „Distrikträten“ (diese gab es bereits seit 1981 ohne nennenswerten Erfolg). In dieser Zeit häuften sich wieder die militärischen Übergriffe auf die Zivilbevölkerung, was einen neuen Flüchtlingsstrom nach Südinien zur Folge hatte.

Am 18.6.85 wurde ein Waffenstillstandsabkommen zwischen den Guerillaorganisationen und der sri lankischen Regierung geschlossen, das im wesentlichen die Handschrift des indischen Ministerpräsidenten Gandhi trug. Jayawardene kaufte in dieser Zeit vor allem Flugzeuge und andere Bewaffnung ein. Am 16.3.85 ermordeten sri lankische Militärs im Nordosten 200 Zivilisten.

Im Dezember 1985 erklärte Jayawardene nochmals, daß er lediglich Provinzräte befürwortet. Die TULF schlug die Etablierung einer „linguistischen Region“ (tamilisch sprechende Gebiete im Norden und Osten werden mit ausgedehnten Machtbefugnissen versehen) vor, ähnlich strukturiert wie die indische Union. In einem Interview mit der indischen Massenillustrierten „India today“ erklärte der Leiter der Liberation Tigers of Tamil Eelam, Balasingham: „Wenn die sri lankische Armee aus den tamilischen Gebieten abgezogen wird und wenn die Regierung die Kolonialisierung unserer Gebiete (mit Singhalesen) beendet und uns eine umfassende regionale Autonomie gewährt, können wir uns mit ihr verständigen.“ (15.12.85)

Seit Januar 1986 wurden die militärischen Aktionen durch die Regierung Jayawardene weiter ausgedehnt und führten zu Bombardements von Jaffna und weiten Teilen des Nordens.

Die Verschuldung des Landes durch die Militärausgaben stieg rapide (von 1985 2,8 Mrd. Dollar Auslandschulden auf 3,9 Mrd. Dollar 1986). Das Haushaltsdefizit ist durch den jährlichen Schuldendienst von 20% Zinsen 1986 auf 1 Mrd. Dollar ange-



Tamilische Arbeitskräfte: rechtlos und billig, zu hunderttausenden auf Plantagen im zentralen Hochland

stiegen. Die Weltbank (IWF) hat bereits gefordert, daß der Konflikt beendet werden müsse. Die sri lankische Regierung hat in dieser Lage die indischen Interessen mit einbezogen und militärische Präsenz gefordert, die auch prompt erfolgte, nachdem Indien bereits mehrere Male verstärkt versucht hatte, militärisch einzutreten. Quellenhinweis: Blätter des Iz3W, 112/1983; Südasiens-Info, div. Ausg. 1985/987; NZZ div. Ausg.; Publ. d. Tamil Zelan Information Unit, Okt. 83; O. Weggel, Sri Lanka, Konfliktpotential und Außenpolitik, 1978 – (cog. sie)

## Schweden

### Diskussion um die Bofors Waffenexporte

Der Waffenproduzent Bofors, Tochter von Nobel-Industries, ist Zielpunkt kritischer Diskussionen. Es wurde bekannt, daß Bofors, um einen Auftrag über 400 Panzerhaubitzen von Indien zu erhalten, Schmiergelder in Höhe von 319 Mio. skr. gezahlt hat. Der Auftrag hatte ein Volumen von 1,25 Mrd. \$. Es geht auch um weitere illegale Lieferungen an Oman, Libyen, Irak, Iran und Waffenschmuggel nach Bahrain und Dubai. Die Schmiergeldgeschichte wurde über die Presse Indiens bekannt. In Schweden führte dies erneut zur Debatte um die Waffenexporte überhaupt. Die Intensität der Debatte hängt mit dem öffentlichen Bild Schwedens in der Welt zusammen. Es wird in Schweden die Frage aufgeworfen, wie man international seine Neutralität zur Schau stellt und Pazifismus predigt und trotzdem solche Geschäfte betreibt. Rune Borg von Nobel-Industries erklärte dazu, daß Schweden nur eine leistungsfähige Waffenindustrie für die eigene Sicherheit haben kann, wenn sie auch exportieren könne, da der eigene Markt in Schweden zu klein sei. Diese Argumentation soll ein Stillhalten erwir-

ken. Seit 1981 gibt es zwar strikte Richtlinien gegen Waffenexporte in „Konfliktzonen“. Bofors hatte schon im Falle Dubai und Bahrein diese Bestimmung mit einer Zwischenfirma in Singapur umgangen. Dorthin wurden die Waffen offiziell geliefert. Auch die Sozialdemokraten geraten mehr und mehr unter Druck, da sie in die Geschäfte verwickelt sind oder waren. Das Mitglied der liberalen Opposition im Parlament, Daniel Tarschys, sagte über Olof Palme: „Kurz vor seinem Tod fuhr er nach Indien zu einer Fünf-Kontinente-Friedens-Initiative und verkaufte dort die meiste Zeit seines Aufenthalts Waffen“. Auf dem Parteitag der Sozialdemokraten am 19. und 20. September spielte die Auseinandersetzung um die Waffenexporte eine große Rolle. Außenminister Sten Andersson versuchte, die Problematik herunterzuspielen, als auf dem Parteikongress, in der großen Debatte um die Außenpolitik, die Bofors-Affäre im Mittelpunkt stand. Er meinte, die Regierung hätte lediglich leichtgläubig gehandelt. Parteiinterne Abrüstungsexperten wie Inga Thorsson, Maj Britt Theorin und die Außenhandelsministerin Anita Gradin sahen das anders. Sie setzten sich für eine Verschärfung der Kontrolle ein. Auf dem Kongress lagen 38 Anträge vor, die von totalem Exportverbot bis zu starker Einschränkung von Waffenexporten reichten. Es wurde beschlossen, daß eine Redaktion neue Regeln für den Waffenexport ausarbeiten soll. Quellenhinweis: Dagens Nyheter, 10.-22.9.; The Christian Science Monitor, 12.10.. - (uwb)

## Finnland-EG

### Finnische Kapitalisten wollen Annäherung an die EG

Am 20.05.87 unterzeichneten EFTA-Länder und die EG die ersten multilateralen Übereinkommen: Das „Übereinkommen zur Vereinheitlichung der Formalitäten im Warenverkehr“, wonach ein neues Einheitsdokument für die Zollabwicklung zwischen den 18 EG- und EFTA-Mitgliedern eingeführt werden soll, sowie eine Konvention über ein gemeinsames Transitverfahren. Damit wird das bestehende Versandabkommen zwischen Österreich, der Schweiz und der EG auf die skandinavischen Länder ausgedehnt. Drei Jahre nach der Luxemburger Ministerkonferenz von EG- und EFTA-Staaten nimmt der gemeinsame westeuropäische Wirtschaftsraum bedrohliche Ausmaße an.

Die finnischen Konzerne und die bürgerlichen Parteien forcieren die Integration Finnlands in den westeuropäischen Markt. Bereits 1961 wurde Finnland assoziiertes Mitglied der

EFTA, 1973 schloß die finnische Regierung ein Freihandelsabkommen mit der EG, ab 1986 ist Finnland EFTA-Vollmitglied und somit an die EG/EFTA-Vereinbarungen gebunden. Eine Art Brückenkopffunktion hat dabei das EG-Land Dänemark, 60 finnische Konzerne besitzen dort Fabriken oder Niederlassungen. Verstärkt seit 1985 beteiligen sich finnische Konzerne an allen wesentlichen Projekten der EG, darunter Eureka, ESA usw. Ca. 40% der finnischen Exporte gehen in die EG. So vertreibt z.B. der Konzern Lohja Corporation von der Jahresproduktion von 260000 Fernsehern 85% im Export, davon ein Viertel in die BRD über das Versandhaus Quelle. Lohja hat einen Marktanteil von über 30% am westdeutschen TV-Versandhandel. Ebenso der Konzern Nokia (Chemie und Elektronik), der 60% seiner Produkte zumeist in die EG exportiert. Betreiber der EG-Orientierung sind ferner finnische Großwerften, die weltweit führend im Bau von Spezialschiffen wie Fähren und Eisbrecher sind, sowie Konzerne der holzverarbeitenden Industrie und des Maschinenbaus.

Ein derzeitiges Hindernis stellen der 1947 geschlossene Friedensvertrag mit den Alliierten Siegermächten des 2. Weltkrieges und der 1948 mit der SU geschlossene Freundschaftsvertrag dar. Im Pariser Friedensvertrag verpflichtet sich Finnland zu strikter Neutralität sowie dazu, „den Gegensätzen zwischen den Interessen der Großmächte fernzubleiben“. Dieser Vertrag richtet sich gegen eine „Wiederholung der deutschen Aggression“ gegenüber der SU über finnisches Territorium und schließt andere mit „Deutschland verbündete Staaten“ ein. So hat Finnland z.B. gegen die Beteiligung von BRD- und anderen NATO-Truppen an Manövern in Norwegen wegen der gemeinsamen Grenze immer Bedenken erhoben. Die Neutralität findet breite Zustimmung in Finnland, eine schnellere Annäherung an die EG würde auf größeren Widerstand stoßen.

1986 löste die BRD die SU als größter Exporteur nach Finnland und seit dem 1. Quartal 1987 auch als größter Handelspartner Finlands ab. Die finnischen Exporte in die SU sind seit dem Preisverfall für Erdöl, das Hauptexportprodukt der Sowjetunion, rückläufig, da der bilaterale Handel als Warenaustausch durchgeführt wird. Schon wird Kritik am Handelsvertrag mit der Sowjetunion laut, und der Vizepräsident von Nokia erklärt öffentlich, daß er sich durch die Entwicklung im sowjetisch-finnischen Handel darin bestätigt sieht, daß „Finnlands Zukunft im Westen liegt“. Quellenhinweis: The Christian Science Monitor, 12.10.87; Rheinischer Merkur, 18.09.87; NZZ, 30.09.87 (sie)

## Chile

### Streik gegen Wirtschaftspolitik und Diktatur

Das Nationale Arbeiterkommando CNT in Chile hatte für den 7.10. zu einem Generalstreik aufgerufen, der – so seine christdemokratischen Führer – „eine Markierung im Wiederaufbau Chiles“ darstellen sollte. Die wesentlichen Forderungen waren: 22% Lohnerhöhung bzw. Inflationsausgleich sowie die Anhebung des Mindestlohnes auf umgerechnet ca. 250 DM. Daneben wurde gefordert: Demokratie jetzt – freie Wahlen!

Den Aufruf und die Vorbereitungsaktionen für Oktober unterstützten Parteien aus dem Mitte-Links-Spektrum und zahlreiche soziale und Massenorganisationen (Studenten, Elendsviertelbewohner, Frauen usw.). Die christdemokratische Partei – bewegt durch den Druck ihrer gewerkschaftlichen und studentischen Basis und ihrer Jugendorganisationen, die von Anfang an in aller Form den Aufruf zum Streik mitgetragen hatten – befürwortete in letzter Minute die Durchführung und eigene Teilnahme am Streik. Es war zweifelsohne die breiteste Mobilisierung der Opposition in diesem Jahr: 70-80% der Schüler aller Schulen blieben dem Unterricht fern; 80% der privaten Transportunternehmen beteiligten sich aktiv am Streik; fast alle Geschäfte wurden mittags geschlossen. In 1700 Betrieben in ganz Chile legten die Beschäftigten die Arbeit nieder, hauptsächlich in der metallverarbeitenden und Baubranche. Die Arbeiter der großen Kupferminen schlossen sich aus Angst vor Entlassungen nicht dem Ausstand direkt an. In den Betrieben wurden aber z.T. Gewerkschaftsversammlungen oder der Boykott der betriebseigenen Kantinen durchgeführt.

In Santiago und allen größeren Städten Chiles kam es ab Mittag zu Kundgebungen und Demonstrationen im Stadtzentrum, die von Militärs und Polizei brutal unterdrückt und verfolgt wurden. Im Verlauf des Generalstreiks ermordeten die Polizeikräfte zwei Menschen und verhafteten mehr als 500. Die Staatsanwaltschaft erhob in 39 Fällen Anklagen wegen Aufwiegelung und Landfriedensbruch gegen Vertreter von Gewerkschaften und oppositionellen Gruppen. In den städtischen Rand- und Elendsvierteln gab es vielfältige Aktionen des Protests und Widerstands. Fast überall errichteten die Leute Barrikaden, um den Repressionskräften den Zugang zu ihrem Viertel zu erschweren. In diesen Gebieten gab es Aktionen gegen Patrouillen der bewaffneten Polizei mit Molotowcocktails u.ä. In Santiago und zwei anderen Städten wurden Anschläge auf Einrichtungen verzeichnet.

net, die die wirtschaftliche und militärische Macht der Diktatur symbolisieren. Stellenweise gab es Anschläge auf das Stromleitungsnetz.

Der christdemokratische CNT-Vorsitzende Bustos erklärte den Generalstreik für einen Erfolg. Er betonte das Recht und die Notwendigkeit der sozialen Mobilisierung der Arbeiter und Armen gegen die Diktatur, in deutlicher kritischer Abgrenzung gegenüber der Haltung der christdemokratischen Partei (PDC), welche sich durch Eintragung in Parteien- und Wählerregister auf die betrügerische Wahlkampagne des Regimes eingelassen hat.

Der Ablauf des Streiks zeigt neben dem Opportunismus der Christdemokratie die Profilschwäche, das Zögern und mangelnde Klarheit der Parteien des Parteienbündnisses der Vereinigten Linken, die zwar die offensive soziale Mobilisierung propagieren – auch getrieben von ihrer sozialen Basis –, in der Praxis jedoch mehr und mehr sich in den von der Diktatur gesetzten institutionellen Rahmen ein- bzw. unterordnen. – (med)

#### Sozialpaktverhandlung in Spanien

##### **Rechnung ohne den Wirt gemacht**

Der Plan der sozialistischen Regierung für das „Spanien 2000“ gewinnt an Kontur. Als Gonzalez vor sechs Jahren die Regierungsgeschäfte übernahm, versprach er zweierlei. Zum einen wolle er Spanien aus der jahrzehntelangen, durch den Faschismus verursachten Isolation führen, indem die Demokratisierung der Gesellschaft vorangetrieben werden sollte. Zum andern müsse Spanien auch ökonomisch die Bindung zu den übrigen europäischen Staaten suchen, um die materiellen Voraussetzungen für ein modernes Spanien zu schaffen.

Nach nunmehr sechs Jahren hat sich gezeigt, wie die Gonzalez-Regierung diesen Plan umsetzen will und wie er tatsächlich inhaltlich besetzt ist. Nachdem das Mißtrauen der EG-Staaten und der USA durch den Betrug mit dem NATO-Referendum einigermaßen abgebaut war, schickt sich Gonzalez nun an, die Katze vollends aus dem Sack zu lassen. Neben der optischen Abkoppelung von den USA auf militärischem Gebiet, womit er die Bevölkerung ködern will, was aber en detail gar nicht stimmt, da die USA heute über mehr Basen in Spanien verfügen als vor der Regierungsübernahme der PSOE, soll die ökonomische und politische Einbindung in die EG tatkräftig betrieben werden. Der spanischen Industriebourgeoisie soll die Möglichkeit zu einem großartig angelegten Strukturwandel verschafft werden, der notwendig ist,

wenn diese mit ihren Produkten auf dem Weltmarkt konkurrieren können will. Dazu ist der Import von modernen Produktionsanlagen, Spitzentechnologie und entsprechendem Know How erforderlich. Der Preis, zu dessen Zahlung Gonzalez seine Bereitschaft gezeigt hat, ist die Öffnung aller Schleusen für die Einfuhr ausländischen Kapitals. Die Folgekosten dieser Flurschäden aber sollen die bezahlen, die von der durch Rationalisierung betriebenen Produktivkraftentwicklung nichts haben: die Arbeiter, die Bauern, die Fischer und die kleineren und mittleren Händler.

Und gerade die hat die Regierung zu Sozialpaktgesprächen eingeladen, um sie für einen gewissen Zeitraum ruhig zu stellen. Insbesondere nach den Demonstrationen der Studenten und Massenstreiks in allen möglichen Branchen schien es der Regierung klug zu sein, die Gewerkschaften zu konzentrierten Gesprächen einzuladen. Nach langen Streitereien über das Procedere der Verhandlungen

wartete Wirtschaftsminister Solchaga mit dem grandiosen Vorschlag auf, die Löhne und Gehälter 1988 um 4% zu erhöhen. Er legte dieser Berechnung eine angenommene Inflationsrate von 3% für das gleiche Jahr zu grunde, was real auf 1% Lohnerhöhung hinauslief. Die kommunistischen Commissiones Obreras (CCOO) wiesen Solchaga allerdings nach, daß die von ihm vorgelegte Inflationsrate schlichtweg ein betrügerisches Manöver darstellt. Dieser Argumentation schloß sich sogar die sozialistische UGT an. Beide Gewerkschaften erklärten daraufhin die Sozialpaktverhandlungen für geplatzt. Die CCOO kündigten unter Hinweis auf das dreiste Vorgehen der Regierung, „die unter Beteiligung der Opfer eine soziale Flurbereinigung“ plane, einen heißen Herbst an, „viel heißer als der Frühsommer“.

Der Landschaftsgärtner Gonzalez wird wohl weiterhin auf sein Verwertungsparadies „Spanien 2000“ warten müssen. – (gem)

#### Baskenland/Euskadi

### **Spanisch-französischer Polizeiterror gegen baskische Befreiungsbewegung**

Die Polizei-Razzien vom 03.10. in Iparralde (französisches Baskenland) werden von vielen Bewohnern, die die Besetzung durch die Nazis erlebten, mit SS-Methoden verglichen. 2000 Polizisten, darunter Sondereinheiten aus Paris, besetzen in einem bisher nie dagewesenen Ausmaß das Gebiet, errichten ein Netz von Straßensperren, durchsuchen ca. 120 Häuser, schlagen mit Axten die Türen ein. 67

Personen werden verhaftet, darunter 12 kleine Kinder, von denen einige mit vorgehaltener Pistole verhört werden.

In den folgenden Tagen wird die Polizeioperation fortgesetzt, weitere Personen verhaftet. Es sind zum größten Teil baskische Flüchtlinge, die seit Jahren mit Flüchtlingsstatus oder offizieller Duldung dort leben. Unverzüglich werden in wenigen Tagen 65 Ver-



Demonstration in San Sebastian gegen den spanisch-französischen Polizeiterror, gegen Verhaftungen und Abschiebungen



Am 15.10.87 fand in Frankreich ein eintägiger Streik im öffentlichen Dienst statt. Der Protest richtete sich gegen den erneuten Kaufkraftverlust 1987 (die Lohnerhöhung für 1987 soll 2,1% betragen, die Preissteigerungsrate liegt bisher schon bei 2,7%), gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, gegen Privatisierung, für sichere Arbeitsplätze und gewerkschaftliche Rechte. Die höchste Streikbeteiligung war im staatlichen Erziehungswesen und bei der Post (75%) zu verzeichnen, hier sind für den Bereich Telekommunikation umfangreiche Privatisierungen vorgesehen. In allen großen Städten fanden Demonstrationen statt. (Bild: Paris). – (sur)

#### Polen: Kritik an der „innerdeutschen“ BRD-Politik

Die Zeitung „Trybuna Ludu“ hat in einem Kommentar zur bundesdeutschen Beurteilung des Honecker-Besuchs Kritik an der Herabminderung der völkerrechtlichen Bedeutung des Treffens der beiden Staatsdelegationen der DDR und BRD geübt. Verschiedene westdeutsche Stellungnahmen seien darum bemüht gewesen, der Zusammenkunft einen „innerdeutschen“ Anstrich zu geben. Mit ihrer Forderung nach „mehr Durchlässigkeit der Grenze für den Personenverkehr“ versuche die bundesdeutsche Seite, den Charakter der Grenze als einer normaler Grenze in Frage zu stellen. Damit wolle die BRD günstige

Bedingungen für die Verwirklichung ihrer „Wiedervereinigungs“-Bestrebungen schaffen. – (huh)

#### UdSSR: Streik in Automobilwerk

Wie die „Neue Zürcher Zeitung“ am 16.10. unter Berufung auf eine sowjetische Wochenzeitung berichtet, haben die 700 Beschäftigten eines Automobilwerks drei Tage lang gegen den Versuch der Werksleitung gestreikt, die Herabsetzung der Bandgeschwindigkeit zur Kürzung der Prämienzahlungen zu nutzen. Auch wandten sie sich mit dem Streik dagegen, für angeblich schlechte Qualität der produzierten Autobusse mit Lohnkürzung bestraft zu werden. Der Werksdirektor wurde entlassen. – (scc)

haftete an die spanische Polizei übergeben, zwölf nach Algerien deportiert und sechs in die Nähe von Paris zwangsverwiesen. Amnesty International protestiert am 05.10. gegen die Auslieferungen, insbesondere wegen der systematischen Folter in Spanien unter dem Antiterror-Gesetz. Viele der Ausgelieferten erklären, daß sie gefoltert, mißhandelt oder unter Drogen gesetzt wurden.

Zeitgleich zur Operation der französischen Polizei, an der auch spanische Polizisten in der Koordination beteiligt waren, werden in wenigen Tagen im spanischen Baskenland über 60 Personen verhaftet. In beiden Teilen des Baskenlands kommt es in vielen Orten sofort zu spontanen Protesten: Demonstrationen, Straßenblockaden, Barrikaden. Die Strategie der spanischen und der französischen Polizei ist gleich: die Proteste sofort brutal abwürgen. In zahlreichen Orten

kommt es zu stundenlangen Straßenschlachten. In San Sebastian prügelt die Polizei die Menschen aus den Kneipen. KAS (Revolutionäre Koordination) ruft für den 07.10. zum Kampftag auf, der von einer Reihe von Organisationen unterstützt wird. Zahlreiche Demos werden im Ansatz zerschlagen, Schulen bleiben geschlossen, Komitees verschiedener Fabriken organisieren Versammlungen. In Pamplona streiken die Gymnasiasten, und es kommt zu Straßenkämpfen.

In Frankreich, insbesondere in Iparralde, wird von einem breiten politischen Spektrum gegen das brutale Vorgehen und gegen die Politik der französischen Regierung protestiert. Die drei baskischen Parteien EMA, EA und EUSKAL BATASUNA geben erstmals eine gemeinsame Erklärung heraus, verschiedene Menschenrechtsorganisationen schicken eine Delega-

#### Azianischer Journalist spurlos verschwunden

„Seit dem 7. Oktober 1987 ist der schwarze Journalist Mudini Maivha aus Soweto/Johannesburg (Südafrika) verschwunden. Freunde und Kollegen befürchten, daß ihn die südafrikanische Polizei (SAP) verhaftet hat, obgleich sie angeblich davon nichts weiß. Nach einem Bericht der Wochenzeitung „Weekly Mail“ (Ausgabe vom 16. bis 22.10.1987) ist er von der Recherche nach einem seit drei Wochen vermißten Mitarbeiter der Media Workers' Association of South Africa nicht zurückgekehrt. – Mudini Maivha ist Reporter beim „Star“, der größten Tageszeitung des Landes mit weißer und schwarzer Leserschaft. Er ist außerdem Regionalsekretär bei der Journalistengewerkschaft MWASA und zudem stellvertretender Vorsitzender der „Mafube Arts Commune“, einer Künstlervereinigung. Er ist 28 Jahre, verheiratet und Vater eines Kindes. – Nach Auskunft des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC) ist Mudini Maivha bis zum 22.10.1987 nicht wieder gesehen worden. In einem Telex vom 22.10.87 schreibt der Leiter der Kommunikationsabteilung des SACC, M.O. Mtshali: „Ich bitte Sie und alle Menschen guten Willens in Deutschland dringend, Ihre Solidarität zu zeigen, indem Sie sich für die sofortige Freilassung unseres Kollegen einsetzen, der auf ungesetzliche Weise „verschwunden“ ist.“ – Im Rahmen eines Programmes für sechs Journalisten aus Südafrika war Mudini Maivha auf Einladung des Südafrikanischen Kirchenrates und von „Dienste in Übersee“ vom 4. bis 18. September 1987 in der Bundesrepublik zu Besuch ...“ – (dü-informations, Hamburg, 22.10.1987)

tion zum Innenministerium, die CGT verurteilt die brutale Repression; 80 Bürgermeister und Stadträte aus Iparralde fordern zum gemeinsamen Protest auf, die Pfarrervereinigung erklärt sich solidarisch mit dem verhafteten und abgeschobenen Pfarrer.

In der spanischen Presse – wie dann auch in der westdeutschen – wird der „moderate Sieg“ über den Terrorismus gefeiert. Der spanische Vize-Präsident A. Guerra lobt die französischen Regierung, die einen „wichtigen Schritt nach vorne“ gemacht habe. In Frankreich werden vom Sicherheitsbeauftragten Pandraud neue Polizeioperationen angekündigt, zum Beweis, daß Frankreich kein Rückzugsgebiet für die ETA sei. In den ersten Tagen verbreiten die Medien einheitlich die Version, die Verhaftungswelle sei einem Zufall zuzuschreiben: der „zufälligen“ Verhaftung von S. Arrospide, der als mili-

### Philippinen: Streiks für höhere Mindestlohn

Am 12.10. begann ein Generalstreik zur Durchsetzung eines höheren Mindestlohnes, zu dem der Gewerkschaftsverband „Bewegung des 1. Mai“ (KMU) aufgerufen hatte. Auch der Gewerkschaftsverband TUCP unterstützte den Streik. Zehntausende beteiligten sich daran. Am 19.10. demonstrierten über 10000 Arbeiter in Manila gegen die Wirtschaftspolitik der Aquino-Regierung. Unterdessen kündigte Frau Aquino an, künftig Sondereinheiten der Polizei gegen Streikende einzusetzen. – (sie)

### Österreich: Studentenstreik gegen Sozialkürzungen

Vom 21.-26.10. streikten Zehntausende von Studenten aller österreichischen Hochschulen gegen die Haushaltspolitik der ÖVP-SPÖ-Regierung. Am 21.10. demonstrierten in Wien mehr als 10000 Studenten. Zahlreiche Hochschullehrer beteiligten sich an den studentischen Aktionen. Der Protest richtete sich gegen die geplante Herabsetzung der Kinderbeihilfen von 27 auf 25 Jahre, gegen Stipendienkürzungen sowie gegen die räumlichen und baulichen Mißstände an den meisten Hochschulen. – (sie)

### Argentinien: Regierung verordnet Lohnstopp

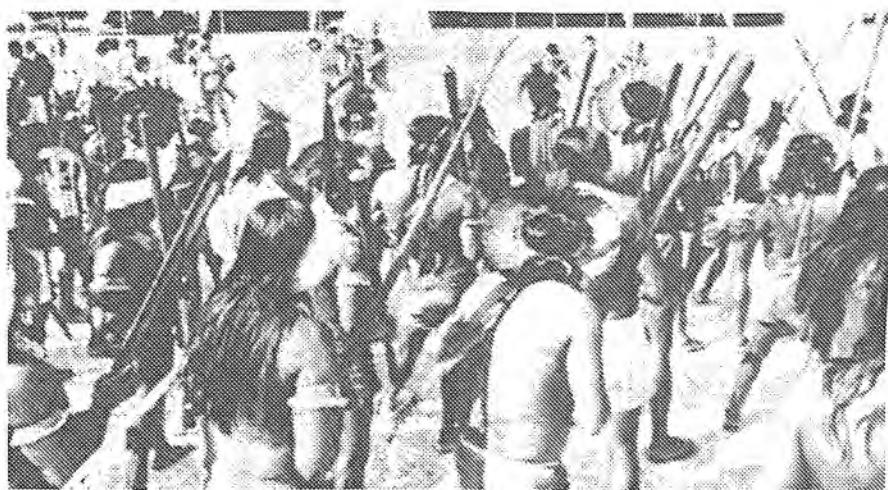
Die argentinische Regierung hat ein Sanierungsprogramm beschlossen und die Landeswährung zum zweitenmal innerhalb weniger Wochen um 11% abgewertet. Kernstück des Programms ist ein unbefristeter Lohn- und Preisstopp. Etliche Güter des täglichen Bedarfs werden vom Preisstopp ausgenommen. Die Imperialisten haben den Plan begrüßt. Nur einen Tag nach seiner Bekanntgabe stellten die US-

Imperialisten einen 500 Mio. US-\$ Überbrückungskredit zur Verfügung. Die argentinischen Gewerkschaften haben das Sanierungsprogramm scharf zurückgewiesen. Sie wollen in den nächsten Tagen einen „Kampfplan“ beraten, um eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Zur Zeit müssen 60% der Lohnabhängigen von weniger als umgerechnet 200 DM im Monat leben. – (sie)

### Brasilien: Lohnkürzungen und Entlassungen bei VW/Ford

Die Geschäftsleitung der brasiliani-

schen Autolatina (Fusion von VW und Ford in Brasilien und Argentinien) hat 2000 streikende Arbeiter entlassen. Am 21. Oktober waren ca. 40000 Beschäftigte der Autolatina do Brasil in den Streik getreten. Sie fordern Lohnerhöhungen von 66%. Die Autolatina-Geschäftsleitung, vertreten durch Ex-VW do Brasil-Chef W. Sauer, machte lediglich ein Angebot von 20%. Bereits bei Gründung der Autolatina Mitte d.J. wurden 2000 Arbeiter wegrationalisiert. Mit einem Billigauto wollen VW und Ford Marktanteile auf dem US-Markt erobern. – (sie)



Ende September wurden in der brasilianischen Stadt Goiania 243 Menschen durch Cäsiumkapseln, die in einer Spezialklinik gestohlen worden waren, radioaktiv verstrahlt, einige davon lebensgefährlich. Die brasilianische Regierung beabsichtigt nun, den Boden der verseuchten Fläche von 3000 qm abtragen und in einem Testgebiet der Armee im Bundesstaat Pará endlagern zu lassen. Dagegen fanden in mehreren Städten des Bundesstaates Pará Demonstrationen statt. Auch der Gouverneur von Pará protestierte bei der Bundesregierung und kündigte gerichtliche Schritte an. Über 100 Indianer mehrerer Stämme der Region (Bild) demonstrierten in der Bundeshauptstadt Brasilia gegen die Endlagerungspläne der Regierung, denn gerade ihre Stammesgebiete wären davon am meisten betroffen. – (sie)

tärischer Führer der ETA bezeichnet wird, und der dabei angeblich gefundenen Dokumente. Wirklich wird am Tag nach seiner Verhaftung durch oben genannte Razzien ein Teil der organisatorischen Infrastruktur der ETA aufgedeckt, jedoch blättert diese „Zufalls“version immer mehr ab. Es wird deutlich, daß es sich um eine von Spanien und Frankreich seit längerer Zeit vorbereitete, koordinierte Aktion handelt.

Spanische Polizei ist seit langem permanent in Iparralde. Zwischen beiden Polizeiapparaten herrscht reger Informationsaustausch. In kurzen Abständen finden regelmäßige Koordinationstreffen bis zur höchsten Ebene statt. Seit den ersten Deportationen, Auslieferungen und Morden 1984 ist die jetzige Aktion nur in einer Hinsicht ein „qualitativer Schritt“: Es sollen als Führung der ETA angesehene Personen verhaftet und ausgeliefert

werden.

Die spanische Regierung setzt voll auf die Unterstützung ihrer europäischen Freunde und die koordinierte Antiterrorbekämpfung im Rahmen eines europäischen Rechtsraums. Nach „El País“ vom 12.10. hat die PSOE „dank ihrer pädagogischen Arbeit in internationalen Gremien Unterstützung erhalten“. Nach offiziellen Quellen „forderte die spanische Regierung von den USA, der BRD und Italien politische Unterstützung im Kampf gegen ETA, v.a. im Rahmen von TREVI (Antiterrorismus-Koordination der westeuropäischen Innenminister) und Europarat. Die ständige „Druckausübung dieser Länder auf Frankreich“ habe zum „Grand Salto“ der französischen Regierung im Kampf gegen ETA geführt.

Die spanische Regierung hat mit ihren bisherigen Methoden den Kampf der Basken nicht zerschlagen können.

Die im Sommer von der Regierung als „Verhandlungen“ bezeichneten Kontakte zur ETA wurden von dieser als „Manöver“ abgelehnt. Die baskischen Flüchtlinge erklären, daß die jüngste militärisch-polizeiliche Aktion sich in die Strategie des Counter-Insurgency-Plans ZEN einreihet. Für die Flüchtlinge, für Herri Batasuna und EMK erfolgten diese Maßnahmen jetzt, weil die bisherigen Versuche der Reintegration für Abschwörer weder im Knast noch bei den Flüchtlingen Erfolg hatte und die „Verhandlungen“ gescheitert sind.

Neu an der Situation ist, daß die PNV in traitem Einklang mit der PSOE, mit der sie die baskische Regierung bildet, die Polizeiaktion für eine notwendige und positive Maßnahme gegen den Terrorismus hält. Die anderen baskischen Parteien haben bis Mitte Oktober keine offiziellen Erklärungen ab. (he)

## — Veröffentlichungen —

### DGB zum Transport gefährlicher Güter

Aus Anlaß einiger schwerer Unglücke mit Lastwagen, die gefährliche Chemikalien transportierten, wendet sich der DGB in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, die im Transportgewerbe tätig sind, an die Öffentlichkeit und das Bundesverkehrsministerium. Die Gewerkschaften fordern: Erstens, daß gefährliche Güter nur von Kraftfahrern mit besonderer Berufsausbildung transportiert werden dürfen (bisher benötigt ein Fahrer den Führerschein Kl. 2 und einen Schein über eine mehrstündige Schulung über den Gefahrguttransport). Zweitens verlangt der DGB eine besondere Konzession für die Unternehmen, die gefährliche Güter transportieren. Den Unternehmen soll die Konzession entzogen werden, wenn mehrfach Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen über die Lenkzeiten der Fahrer, über den technischen Zustand der Fahrzeuge, wegen Überladung usw., festgestellt werden. Drittens verlangt der DGB, daß die Verordnung über den Gefahrguttransport so geändert wird, daß künftig gefährliche Stoffe nur noch dann mit Lastkraftwagen transportiert werden dürfen, wenn das beliefernde Unternehmen nicht per Schiene, Wasserweg oder Pipeline erreicht werden kann. Unternehmen, die regelmäßig gefährliche Stoffe in größerem Umfang beziehen, sollen gesetzlich verpflichtet werden, Gleis- oder Wasserstraßenanschlüsse herzustellen. Die Transportstrecke im Straßenverkehr soll für gefährliche Güter höchstens 200 km betragen. Viertens erhebt der DGB Forderungen zur technischen Ausstattung der LKWs, wie nach verpflichtender Einführung von Anti-Blockier-Bremssystemen, Verlagerung des Schwerpunkts bei Tanklastwagen usw. Fünftens sollen die zuständigen staatlichen Ämter mit mehr Kontrollpersonal für Speditionen, die die Fahrtstrecken und -zeiten der Fahrer festlegen, ausgestattet werden. In der Hauptsache erhebt der DGB Forderungen, die die Konkurrenz unter den Transportunternehmen und den Fahrern dämpfen sollen. Er berücksichtigt, daß immer mehr Fahrer nicht förmlich Lohnabhängige sind, sondern als selbständige Unternehmer mit nur einem Fahrzeug, dafür aber abhängig vom Speditionenunternehmen, arbeiten. Dennoch wäre – auch angesichts des Arbeitszeitgesetzentwurfes der Regierung eine Forderung, die sich direkt gegen die im Transportgewerbe üblichen überlangen Arbeitszeiten, auch am Wochenende und bei Nacht, wendet, nützlich gewesen. (DGB, Vorschläge zum Transport gefährlicher Güter)

### Reaktionäre Umttriebe: EAP, Patrioten ...

Seit 1974 tritt in der BRD die EAP (Europäische Arbeiterpartei) öffentlich, auch bei Bundestags- und Landtagswahlen, auf, seit 1985 tritt dieselbe Verein unter dem Namen „Patrioten für Deutschland“ mit einem faschistischen Programm bei Wahlen an. Die Organisation arbeitet international, ihre stärksten Aktivitäten entfaltet sie in den USA und in der BRD, ist aber auch in Schweden und anderen europäischen Staaten tätig. Sie erscheint in einer Vielzahl von Institutionen und Publikationen. Ihre Leitung liegt in den Händen weniger Personen, vor allem bei dem Ehepaar La-



Demonstration des Schiller-Instituts 1985 in Bonn: Demagogische Propaganda für „Deutsche Technik für die Dritte Welt“.

Rouche. Die Journalisten H. Lorscheid und Leo A. Müller untersuchten die Entstehung der Partei, ihre zahlreichen Nebenabgeleger und ihre Finanzquellen. Ihre Absicht beschreiben sie in der Einführung: „Es ist nicht die Aufgabe der Journalisten, die Arbeit der Sicherheitsbehörden zu machen. Sie können staatliches Handeln nicht ersetzen. Wir wollen mit unserer Milieustudie über die LaRouche-Organisation lediglich vor gefährlichen Hintergründen warnen und über die uns zugänglichen Hintergründe informieren.“ Manche Fragen konnten sie nicht auflösen. „Dennoch konnten wir Fakten über Ideologie und Aktion der LaRouche-Organisation zusammentragen, die ein Umdenken bei den politisch Verantwortlichen notwendig machen.“ Die Autoren wollen also vor allem Hinweise für die staatliche Verfolgung geben. Entsprechend ist das Material aufbereitet. Denn die Veröffentlichung enthält zwar eine Übersicht über die verschiedenen Institute, Verbände und Parteien, die zum Apparat der EAP gehören, und auch einiges Material über ihre politischen Absichten. Der westdeutsche Verfassungsschutz hat

über die EAP solange berichtet, wie sie als „linksextrem“ einstuft. Seit ihre faschistischen Züge eindeutig hervortreten, wird sie nicht mehr erwähnt. Warum dann aber die Autoren die Behauptung des Verfassungsschutzes einfach übernehmen, die EAP habe sich von einer „linksextremen“ zu einer „rechtsextremen“ Partei bruchlos gewandelt, bleibt rätselhaft, zumal als Beweis für den linken Anspruch nur vorgebracht wird, in den Zeitungen der EAP sei auch mal eine Berufung auf Marx zu finden gewesen. Das Buch enthüllt, daß die LaRouche über einen weltweit gut arbeitenden Nachrichtendienst verfügen, daß die Organisationen verschiedene pseudowissenschaftliche Publikationen herausgeben, daß ihre Mitgliedschaft in der BRD weitgehend aus ehemaligen Medizin-, Jura- und Journalistik-Studenten besteht, daß ein Hauptziel der politischen Aktivitäten Antikommunismus, Antisemitismus sowie die politische und militärische Stärkung der NATO ist. Die inhaltliche Kritik bleibt dennoch meist bei „verworren“ stehen. (H. Lorscheid, L. A. Müller, Deckname: Schiller, rororo aktuell 5916, 10,80 DM – uld)

### Die Celler Staatsbombe

Zehn Jahre nach dem staatlichen Bombenanschlag auf die Celler Gefängnismauer erscheint erstmals ein Buch darüber. Groß sind die Erwartungen und das Interesse. Und, um es vorweg zu nehmen, die Erwartungen werden enttäuscht. Zum einen die ersten zwei Drittel des Buches gehen nicht über bekannte Veröffentlichungen der Tagespresse hinaus. Erst im letzten Drittel, mit Berichten aus dem 11. Untersuchungsausschuß des niedersächsischen Landtags, wird es spannend. Hier gelingt streckenweise die Enthüllung der Geheimdienstoperationen.

Doch zurück zum Bombenjahr 1978. Die Geheimdienstaktionen „Feuerzauber“ (= Sprengung), „Emsland“ (= Einschleusung der als V-Leute angeworbenen Kriminellen Loudil und Berger in ‘Terroristenkreise’) und die Operation „Neuland“ (= Auslandseinsatz unter der Beteiligung der Organisation um Mauss) waren eng mit einander verknüpft. Opfer der Operation: S. Debus stirbt 1981 an den Folgen der Zwangernährung. 3 ½ Jahre Haft für Manfred Gürth wegen einer von V-Mann Loudil untergeschobenen Bombe. Der Führer der kanarischen Autonomiebewegung MPAIC, Cubillio, und eine weitere Person werden am 5.4.78 durch ein Attentat verletzt.

Betreiber oder zumindest Kontrolleure der geheimen Verbrechen sind weder der Innenminister noch das Parlament. Aber gedeckt haben die

Operationen alle: Parlament, Minister, Kabinett. Obwohl die Autoren auf die „ausdrückliche Weisung“ von Ministerpräsident Albrecht hinweisen, bezeichnen sie den Beschaffungsreferenten des niedersächsischen Verfassungsschutzes als „Motor“ der Operationen. Das Bild von sich verselbstständigenden Geheimdiensten wird nahegelegt und auch ausgesprochen (S. 129), weil darauf verzichtet wird die politischen Absichten und Tätigkeiten der Landesregierung mit den Operationen in Beziehung zu setzen. Schade ist auch, daß die fleißige Zusammenstellung von Fakten ohne Quellenverweise bleibt.

(C.Ellersiek, W.Becker: Das Celler Loch. 1.Auflage, Verlag am Galgenberg. Hamburg. 1987. 19,80 DM.  
- mak)

#### Arbeitsbedingungen in der Krankenpflege

Mit diesem Arbeitspapier hat die Projektgruppe „Humanisierung der Arbeit“ des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) des DGB eine gebündelte Faktensammlung über die – erschwert – Arbeitsbedingungen in der Krankenpflege zusammengestellt (Arbeitspapier Nr. 12):

- Arbeitsintensität und -hetze (z.B. Zunahme der Arbeitsanforderungen; geringere Verweildauer)
- Schichtarbeit (z.B. nur jedes zweite Wochenende frei)
- Überstunden (z.B. leisten zwei von drei Pflegekräften Überstunden)
- Arbeitsumgebungseinflüsse (z.B. Heben, Tragen, Betten; chemische Stoffe; Infektionsgefahren)
- Befindlichkeitsstörungen, Krankheiten (z.B. leiden zwei Drittel in der Krankenpflege an Wirbelsäulenerkrankungen)

Ebenso ausführlich werden die institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen dargestellt, die u.a. dazu führen, daß die gewerkschaftliche Solidarität im Krankenpflegebereich erschwert ist.

Im Abschnitt Krankenpflegeideologie und Frauenrolle hat sich der Einfluß von Untersuchungen von fortschrittlichen Krankenpflegeforschern ausgewirkt (Ostner, Beck-Gernsheim, Bischoff). Die Kranken„schwestern“ werden als besonders gut in die bürgerliche Frauenrolle „hineinsozialisierte“ Frauen dargestellt, so daß „schlechte“ Arbeitsbedingungen ... akzeptiert oder geduldet werden wie die einseitige Belastung der Frauen durch Haus- und Familienarbeit.“

Als Mangel muß angesehen werden, daß auch die Autoren die Krankenpflege als „Frauenberuf“ ansehen und daher u.a. fordern, „auch Müttern den Verbleib in der Krankenpflege zu ermöglichen“. Die Frage der Entlohnung wurde demgegenüber gar nicht aufgeworfen. (frw)

#### Entgelttarif Chemie

## Untere Lohngruppen abgekoppelt – Differenzierung als Leistungsstachel

Allenthalben als „gesellschaftspolitischer Durchbruch“ begrüßt wurde der im Juli 1987 abgeschlossene Entgelttarifvertrag in der chemischen Industrie. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sieht darin „einen Beitrag zur Förderung des sozialen Klimas“. Der Bundesarbeitgeberverband Chemie und die großen Konzerne halten sich zwar öffentlich recht bedeckt und vermeiden Triumphgehabe, doch drängen die Chemiekapitalisten mancherorts auf frühen Beginn der Verhandlungen über die betriebliche Umsetzung, was schon aufhorchen lassen sollte. In der Nr. 16/87 der Politischen Berichte ist bereits eine erste Bewertung des Vertrages vorgenommen worden. Die bevorstehenden betrieblichen Verhandlungen sowie die Diskussionen über Entgelttarifverträge in anderen Bereichen erfordern eine weitere Be- fassung mit dem Vertragswerk.

13 Entgeltgruppen werden ab Mitte 1988 die bisherigen Lohngruppen, kaufmännischen und technischen Gehaltsgruppen sowie Meistergruppen ersetzen. In Niedersachsen gibt es gegenwärtig beispielsweise 6 Lohngruppen (LG), je 8 K- bzw. T-Gruppen sowie 5 M-Gruppen. Der Bundes-Entgelttarifvertrag legt eine Regelübergührung fest.

Die Arbeiter waren bisher in den Lohngruppen 1 bis 6 eingestuft, denen jetzt die Entgelt-Gruppen 1 bis 8 entsprechen. Zwischen die höchste Lohngruppe der angelernten Arbeiter (LG 4) und die untere Facharbeiterlohngruppe (LG5) sowie zwischen die beiden Facharbeiterlohngruppen (LG5

und 6) wird je eine neue Entgeltgruppe geschoben, während die unteren vier Entgeltgruppen den bisherigen Lohngruppen 1 bis 4 entsprechen. Die neuen Entgeltgruppen sind durch ihre tarifliche Beschreibung (inkl. der Eingruppierungsbeispiele) deutlich voneinander abgegrenzt und eröffnen den Chemiekapitalisten weitere Differenzierungsmöglichkeiten sowie die Entwicklung eines scharfen Leistungssystems, wobei schwere körperliche Arbeit abgewertet wird, und zwar bis hinein in den Facharbeiter-/Handwerkerbereich: In Zukunft werden beispielsweise Schlosser und Meß- und Regeltechniker in verschiedenen Tarifgruppen sein, weil der Tarifvertrag unterscheidet zwischen einer dreijährigen Ausbildung (E6) und einer dreijährigen Ausbildung mit einem „größeren Abstraktionsgrad der Lerninhalte“ (E7). Aber auch die Beschreibung der Entgeltgruppe 3, wonach in E3 eingruppiert „gehört“, wer „Tätigkeiten verrichtet, für die Kenntnisse und Fertigkeiten erforderlich sind, die durch eine Berufspraxis von in der Regel 6 bis 15 Monaten erworben werden“, schränkt die Durchlässigkeit der Entgeltgruppen für sog. angelernte Arbeitnehmer stark ein und macht für einen solchen Arbeiter einen Anspruch auf eine höhere Gruppe fast unmöglich, ohne sich z.B. für einen Vorarbeiterposten „anzubieten“ und sich damit dem von den Kapitalisten entwickelten Leistungssystem unterzuordnen.

Die Angleichung der Löhne und Gehälter an die jeweils höchste Tarifgruppe findet lediglich in den mittle-



Mit dem Entgelttarifvertrag können die Chemiekapitalisten schwere körperliche Arbeit langfristig schlechter bezahlen und die Differenzierung vorantreiben.

ren und oberen Gehaltsgruppen statt. Vorteile vom Entgelttarifvertrag haben neben den kaufmännischen Angestellten ab K4 sowie Meistern auch Vorarbeiter. Im Bereich der Entgeltgruppen, die eine drei- bzw. dreieinhalbjährige Ausbildung erfordern (E6 bis E8), hat die IG Chemie allerdings die Bedingung der Kapitalisten akzeptiert: keine Angleichung der Facharbeiter an die Laboranten. Stattdessen wurden die Facharbeiterlöhne differenziert, schwere körperliche Arbeit abgewertet und die tarifliche Absicherung der Übertarife im Facharbeiterbereich in starkem Maße faktisch an die Betriebszugehörigkeit gebunden: Jeweils nach Tätigkeitsjahren in der entsprechenden Gruppe (allerdings nur im Bereich der chemischen Industrie) werden in zwei Stufen nach 5 bzw. 10 Jahren „Entgeltgarantiestufen“ eingeführt, die zwischen 5 und 20 Prozent des Tarif-Entgelts je nach Entgeltgruppe ausmachen. Ein Reparaturschlosser in E6 hat nach fünf Tätigkeitsjahren beispielsweise 8%, nach zehn Jahren 16% des Tarif-Entgelts abgesichert (das sind 1988 206 bzw. 412 DM). Dies sind ausdrücklich keine „Tarifentgelte“, d.h. alle übertariflichen Leistungen können auf die Garantiestufen angerechnet werden. Die Entgeltgarantie wird zwar bei der Jahresleistung mitberechnet, Schichtzuschläge sowie andere Erschwerniszulagen werden allerdings nur auf der Basis des Grundentgelts berechnet, was unter Erschwernis Arbeitende zusätzlich bestraft. Berücksichtigt man die Höhe des Übertarifs, der nach Angaben der WSI-Mitteilungen im Durchschnitt der Lohngruppen in der gesamten chemischen Industrie bei ca. 21% lag, bei den Facharbeitern sogar bei 27%, werden sich die Kosten der Chemiekapitalisten in Grenzen halten. In den Großbetrieben steht sogar die Verteidigung deutlich besserer betrieblicher Regelungen auf der Tagesordnung.

Durch diese Absicherung eines nicht unbedeutenden Teils der Übertarife bei den „betriebstreuen“ Facharbeitern hängen die übertariflichen Zulagen in den unteren Lohngruppen jetzt völlig in der Luft. Was die Kapitalisten an anderer Stelle zuzahlen müssen, werden sie sich u.a. hier holen wollen.

Durch die „Entgeltgarantieregelung“, d.h. wesentlich die tarifliche Absicherung von Übertarifen prozentual zum Tarifentgelt, werden sich die tariflichen Abstände zwischen den Arbeiterlöhnen bei prozentigen Tarifabschlüssen erheblich vergrößern. Der Abstand zwischen der höchsten Gruppe für angelernte Arbeiter und der Facharbeiterlohngruppe (bei zehn Jahren in der Gruppe) wird um über 400 DM wachsen und sich dann entsprechend weiter vergrößern.

Diese Abkoppelung der unteren Lohngruppen ist von der IG Chemie-

Papier-Keramik bewußt einkalkuliert worden. Dafür spricht auch das tarifpolitisch skandalöse Vorgehen, die in Niedersachsen tariflich festgelegte Zulage in Höhe von 3 Prozent für nicht im Leistungslohn tätige Arbeiter nicht mit den im Bundes-Entgelttarifvertrag zentral festgelegten Geldbeträgen abzusichern, sondern nur die „nackten“ Tarifstundenlöhne mal 174 zu rechnen. Betroffen von dem Verlust von ca. 70 bis 75 DM im Monat (ca. 1000 DM im Jahr inkl. tariflicher Jahresleistung) wären ausschließlich die Entgeltgruppen unterhalb der Facharbeiter sowie die Facharbeiter mit weniger als fünf Jahren Betriebszugehörigkeit. Sollte dieses „Versetzen“ nicht auf tariflicher Ebene in Niedersachsen durch eine Zusatzvereinbarung ausgebügelt werden, blieben nur noch betriebliche Möglichkei-

halt von 3699 DM bereits nach sechs Jahren erreicht. Selbst eine sofortige Eingruppierung in E8, worauf laut Bundes-Entgelttarifvertrag keinerlei Anspruch besteht, würde nach zehn Jahren noch einen Verlust von ca. 39000 DM auflaufen lassen. Den Industrie- und Bürokaufleuten in K3 geht es bei Einstufung in E6 nur wenig besser.

Einzig die dynamisierte Besitzstandswahrung, die für die jetzt bereits nach K3 und T3 bezahlten Angestellten ihr Einkommen inklusive Tariferhöhungen bis mindestens 1995 absichert und auf die die IG Chemie wie zum Hohn auch noch voller Stolz verweist, hat einen mittleren Aufstand der gewerkschaftlich organisierten Angestellten gegen diese gewaltige Abgruppierungswelle verhindert. Betroffen sind auch die Angestellten-

Entwicklung der tariflichen Jahreseinkommen von Berufsanfängern im Angestelltenbereich (Niedersachsen / Basis 1.8.88)

Jahr	K3	T3	E6	E7	E8	E7/T3	E8/T3	E7/K3	E6/K3
1.(88/89)	30797	33163	33475	34645	35815	1482	2652	3848	2678
2.(89/90)	30797	33163	33475	34645	35815	2964	5304	7696	5356
3.(90/91)	33904	36647	33475	34645	35815	962	4472	8437	4927
4.(91/92)	33904	36647	33475	34645	35815 - 1040 -	640	9178	4498	
5.(92/93)	37596	41665	33475	34645	35815 - 8060 -	2210	6227	1174	
6.(93/94)	37596	41665	36153	37765	39403 - 11960 -	4472	6396	- 269	
7.(94/95)	43784	48087	36153	37765	39403 - 22282 -	13156 -	375	- 7900	
8.(95/96)	43784	48087	36153	37765	39403 - 32604 -	21840 -	5664	- 15531	
9.(96/97)	43784	48087	36153	37765	39403 - 42926 -	30524 -	11663	- 23162	
10.(97/98)	43784	48087	36153	37765	39403 - 53248 -	39208 -	17682	- 30993	
11.(98/99)	43784	48087	38831	40885	42978 - 60450 -	44317 -	20581	- 35946	

Erläuterungen: Das Jahreseinkommen (in DM) ist berechnet inkl. Jahresleistung (13. Monatslohn), aber ohne Urlaubsgeld. Die 2,5% Tariferhöhung für 1988 ist enthalten, in den folgenden Jahren sind nur noch die bisherigen Gehaltsstufen (bei K3 und T3) sowie die Entgeltgarantiestufen bei den neuen Entgeltgruppen (E6 bis E8) berücksichtigt, d.h. keine Tariferhöhungen (Basis 1.8.88). In den letzten vier Spalten sind jeweils die neuen Entgeltgruppen mit den bisherigen Gehaltsgruppen verglichen und die Unterschiedsbeträge Jahr für Jahr summiert worden. Obwohl der Bundes-Entgelttarifvertrag zunächst nur bis 1995 in Kraft ist, geht unsere Berechnung bis 1999.

ten, eine Anrechnung der 2,5%igen Lohnerhöhung in 1988 auf diese Zulage – und damit direkte Lohnsenkung – zu verhindern.

Im Bereich der Angestellten haben die Chemiekapitalisten für Berufsanfänger nach der Ausbildung eine gewaltige Lohnsenkung durchgesetzt (siehe auch Tabelle). Ein Chemielaborant, der nach der Ausbildung tariflich korrekt in E7 eingruppiert wird und dort zehn Jahre verbleibt, bis er die Endstufe der Entgeltgarantie erreicht hat, verliert in diesen zehn Jahren eine Summe von über 53000 DM und damit weit mehr als ein Jahresgehalt. Bisher hätte er nach sechs Jahren und drei durchlaufenen Gehaltsstufen das Endgehalt T3 erreicht. Nach diesen zehn Jahren hat er auf Basis der Einkommen von 1988 in E7 ein Gehalt von 3145 DM, nach den jetzt gültigen Tarifverträgen hätte er in T3 ein Ge-

gruppen K4 und T4, denn zum Erreichen der entsprechenden Gruppe E9 müssen Berufsanfänger zukünftig erst die Entgeltgruppen E8 bzw. E7 und E8 durchlaufen.

Das Unternehmerblatt „aktiv“ jedenfalls bejubelt die „gründliche Entrümpelung“: Die Chemiekapitalisten haben ihr Ziel erreicht – die Anpassung der Entgeltstruktur an die Entwicklung der Beschäftigtenstruktur. Sie haben auf lange Sicht gesehen massive Gehaltssenkungen in einem Teil des Angestelltenbereichs durchgesetzt, in dem ca. ein Drittel aller Angestellten eingruppiert ist. Ferner sind die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen von der Gesamtentwicklung abgehängt worden.

(Quellenhinweis: Nachrichtenheft Chemie des BWK, div. Ausgaben; Sozialistische Zeitung v. 10.9.87; - mio)

### Demonstration gegen CSU-Aids-Politik

**München.** An dieser – insbesondere von der SPD und den Grünen – durchgeführten Aktion am 26. Oktober 1987 nahmen ca. 2000 Menschen teil. Die Veranstalter gaben bekannt, daß inzwischen 15000 Unterschriften unter die Petition an den Bayerischen Landtag zusammengekommen sind. Angesichts der Tatsache, daß am 4.4. 1987 10000 Menschen demonstrierten, wird deutlich, daß man sich auf eine längere politische Auseinandersetzung wird einstellen müssen. Die Kritik an der CSU-Politik lautete oft: „Statt über das Infektionsrisiko aufzuklären, wiegt er (der Maßnahmenkatalog des CSU-Staatssekretärs Gauweiler) die Bevölkerung in falscher Sicherheit“. Dieses Argument berücksichtigt kaum, daß nicht die Virusträger die eigentliche Gefahrenquelle sind, sondern daß auch das HIV-Virus darauf angewiesen ist, gesundheitlich vorgesäadigte Opfer vorzufinden. Deshalb müßte viel stärker auf gesundheitsschädliche Arbeits- und Lebensbedingungen als Krankheitsursache hingewiesen werden. Damit könnte für die Kranken auch etwas erreicht werden. – (dil)

### OB-Wahlen Nürnberg: SPD-Erfolg

**Nürnberg.** 27.10.87 Bei der OB-Wahl in Nürnberg scheiterte der Kandidat der SPD Peter Schönlein mit 49,8% nur knapp im ersten Wahlgang. Verglichen mit der Landtagswahl 1986 legte die SPD – bei geringerer Wahlbeteiligung – ca. 23000 Stimmen zu. Die Ergebnisse der übrigen Kandidaten: CSU 43,2%, Grüne 3,2%, Republikaner 1,7%, FDP 1,2%, DKP 0,5% und ÖDP 0,4%. Die erstaunlichen Mobilisierungserfolge der SPD gehen mit längst nicht so starken Stimmenverlusten der CSU einher. Nun kommt es am 8. November zu einer Stichwahl zwischen dem SPD- und dem CSU-Kandidaten, für die die CSU wenig hoffnungsfroh mit der Losung „Noch ist Nürnberg nicht verloren“ wirbt. Die REP hatten die OB-Wahl Nürnberg nach der Landtagswahl 1986 zu einem nächsten Schwerpunkt erklärt. Unmittelbar vor der Wahl machten sie sich einem rechten Publikum durch Hetzanzeigen kenntlich: „gegen rot-grünes Chaotentum, wachsende Kriminalität, gegen Asylmissbrauch und geplantes Ausländerwahlrecht ...“ Wie alle kleineren Parteien hatten die REP erhebliche Einbußen gegenüber der vergangenen Landtagswahl zu verzeichnen (3%). Während allerdings FDP und Grüne ihre Stimmen dritteln, gelang es dem Republikaner, mit etwa der halben Stimmenzahl verglichen mit 1986 sogar den FDP-Bewerber zu überbieten. – (mas)



**Düsseldorf.** Am 22.10.1987 demonstrierten 200 arbeitslose Lehrerinnen und Lehrer durch die Düsseldorfer Innenstadt und protestierten anschließend vor der Landesparteizentrale der SPD gegen die Bildungspolitik der SPD-Landesregierung. In NRW sind 35000 Lehrerinnen und Lehrer arbeitslos, in den Schulen fallen zahlreiche Unterrichtsstunden aus. – (gba)

### Bleiberecht für Roma und Sinti

Angesichts von zunehmenden Protesten gegen das Vorgehen von Polizei und Stadtverwaltung in Köln gegen Sinti- und Roma-Familien wird die Polizei offenbar vorsichtiger. Sie lehnte ein „Amtshilfeersuchen“ der Stadt zur Feststellung „illegal eingereister“ Sinti und Roma ab wegen rechtlicher Bedenken. Vom Polizeipräsidium hieß es, man habe den Eindruck, daß der Stadt weniger an Personalien-Feststellungen liege als vielmehr daran, die Roma und Sinti durch Polizei-Einsätze aus Köln zu vertreiben. Gegen die Vertreibungspolitik führt die Roma-Initiative (verschiedene Bündniskräfte, u.a. AWO und Grüne) eine Unterschriftensammlung für ein Bleiberecht in Köln durch und dafür, daß die Städte mit der Verjagung der oft ohne Staatsangehörigkeit hier lebenden Roma und Sinti Schlüß machen. Ca. 400 Roma wurden in letzter Zeit aus Köln abgeschoben, weitere 400 sind von Abschiebung bedroht. – (düb)

### JEF: Grenzen einreißen für's Kapital

**Schleswig.** Am 10. Oktober zersägten Mitglieder der Jungen Europäischen Förderalisten (JEF) an der Grenze zu Dänemark nach Jahren wieder mal symbolisch einen Schlagbaum. Sie sind für Abschaffung der Grenzkontrollen, europäische Währung, Binnenmarkt und Europaunion, gegen enge nationalistische Grenzen. Die Polizei könne bei ihrer Fahndung nach Terroristen ohne die Grenzen auskommen. Mit der Gründung von „Europol“ als Institution zur gemeinsamen Verbrechensbekämpfung sowie dem Recht, Flüchtlinge auch über die Binnengrenzen hinweg verfolgen zu dürfen, der Harmonisierung

im Asylrecht, Waffenrecht und der Drogengesetzgebung könne ein „Sicherheitsdefizit“ vermieden werden. Die JEF griff die dänische Regierung wegen ihrer Beschlüsse zur Begrenzung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs an, wohl weil sie westdeutsche Kapitalinteressen gefährden. – (sah)

### „Bremer gegen Neofaschismus“

**Bremen.** Etwa 3000 Menschen nahmen an der Demonstration und Kundgebung „Bremen gegen Neofaschismus“ am 13.10. teil, zu der außer verschiedenen Antifa- und Friedens-Initiativen, Betriebsräten und der Gewerkschaft, u.a. DKP, Grüne und SPD aufgerufen hatten unter den Forderungen: „Unterbindung jeglicher neofaschistischer Propaganda, keine Vergabe von Räumen und öffentlichen Plätzen an neue und alte Nazis – keine Herausgabe von Steuergeldern für die neofaschistische Propaganda über die Wahlkampfkostenerstattung – keine Schaffung von Propagandaplattformen für Neonazis in den Medien – Verbot und Auflösung von FAP, NPD, DVU und anderen neofaschistischen Organisationen“. Auf der Abschlußkundgebung sprach eine Vertreterin der Initiative „Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus“, ein Mitglied des DGB-Kreisvorstandes, der Vorsitzende des Dachverbandes der Ausländer-Kulturvereine Bremen u.a.

Der Senat wurde aufgefordert, beim Bundesinnenminister einen Verbotsantrag zu stellen. Nicht öffentlich verhandelt wurde die Frage, auf welcher Grundlage ein solcher Verbotsantrag gestellt und durchgesetzt werden soll. Das geltende Kontrollratsgesetz der Alliierten legt bindend fest, daß die NSDAP und ihre Nachfolgeorganisationen zu verbieten sind. (mal)

NF-Zentrum Bielefeld

## Demonstration zeigte Fortschritte antifaschistischer Bündnispolitik

**Bielefeld.** Weit über 2500 Leute demonstrierten am 17.10.87 gegen das Zentrum der Nationalistischen Front. Zur Demonstration aufgerufen hatte ein Organisations- und Personenbündnis, u.a. Antifaschistische Koordination, Bezirksschülervertretung, BWK, DKP, Evangelische Jugend, GEW, Die Grünen Kreisverband Bielefeld und Bundesvorstand, Internationales Begegnungszentrum, MLPD, Nachbarschaftsinitiative gegen das Nazi-Zentrum, Volksfront, VSP, VVN/BdA Kreisverband Bielefeld sowie Initiativen aus dem nördlichen Ruhrgebiet. Die Autonomen riefen mit eigenem Aufruf zur Demonstration auf.

Die Größe und Geschlossenheit der Demonstration muß als Erfolg hervorgehoben werden angesichts der Schwierigkeiten im Vorfeld der De-

DM), von der inzwischen rund 1000 Exemplare verkauft sind. Das grün/alternative Stadtblatt veröffentlichte verschiedene Artikel z.B. zur Frage der Verbotsforderung. Der Demonstrationsaufruf wurde zusammen mit verschiedenen Stellungnahmen und einer Kritik am Programm der NF als Flugblatt in einer Auflage von rund 8000 breit verteilt und von der GEW an alle Mitglieder geschickt. Am 17.10. veröffentlichten über 400 Bielefelder Pädagogen eine viertelseitige Anzeige mit einem Aufruf gegen Neofaschismus.

Während die Demonstration zum Ausdruck brachte, daß gegen reaktionäre Tendenzen und Faschisten gemeinsamer Kampf nötig ist, scheint dies Teilen der Autonomen noch nicht klar zu sein. In den vergangenen Monaten sind verschiedene antifaschi-



Über 2500 Leute beteiligten sich an der Demonstration gegen das Zentrum der Nationalistischen Front in Bielefeld.

monstration. Es war nicht gelungen, DGB und SPD in Bielefeld miteinzubeziehen (s.a. Antifa-Nachrichten, div. Ausg.). Die SPD lehnte den dritten Ratsantrag der Grünen auf Schließung des NF-Zentrums ab. Der Landesvorstand der VVN/BdA, DKP und SDAJ Bielefeld stiegen dann zunächst aus dem Bündnis aus; es wurden wilde Gerüchte über die Demonstration kolportiert, wie z.Bsp. auf einer ÖTV-Kreiskonferenz: Mit der Demonstration sei „der Sturm auf das Nazi-Haus geplant“.

Ein Fortschritt in der Bündnispolitik konnte dann erreicht werden durch eine breitere inhaltliche Arbeit. Die Antifa-Koordination gab eine Dokumentation zur Nationalistischen Front heraus (zu beziehen über Antifa-Koordination, c/o IBZ/Friedenshaus, Teuburgerstr. 106, 4800 Bielefeld, 5

winnen. Und solche Spaltungsversuche gab es:

„Wir gemeinsam gewahrleisten und schützen die mächtige Demonstration gegen Nazis und Neofaschisten. Wir gemeinsam verhindern, daß Gewalttäter diese berechtigte Demonstration mißbrauchen.“ So zu lesen in einem Flugblatt der Polizei – ein „NRW-Modellsversuch mit Schwerpunkt Bielefeld“ des SPD-Landesministers Schnoor, das in der Presse und im WDR so gewertet wurde, als sei ausgerechnet der Polizei der Verdienst zugefallen, daß die Demonstration einen politischen Erfolg darstellte. Zwar hatte die Polizei fünf NFler festgesetzt, die in ihrem Zentrum mit Wurgeschossen auf die Demonstration warteten. Gegen die Demonstration ging die Polizei jedoch mit offener Provokation vor: Etliche Teilnehmer wurden auf dem Weg zum Sammelpunkt durchsucht. Dem reaktionären Westfalenblatt reichte auch das nicht: In der Berichterstattung zur Demonstration wurde die Polizei heftig kritisiert, sie hätte mit ihrem Flugblatt politisch für die Demonstration Partei ergriffen; statt Neonazis zu verhaften hätte sie besser den „schwarzen Block“ wegen Vermummung auflösen sollen, wie in Stuttgart geschehen.

– (ads)

### Reaganbesuch

#### Untersuchungshaft als Strafe gegen Demonstranten

**Westberlin.** Nachdem die Gerichtsverfahren wegen der Demonstrationen und Aktionen anlässlich des Reaganbesuchs im Juni in Westberlin nahezu abgeschlossen sind, kritisiert die „Vereinigung Berliner Strafverteidiger“ das Vorgehen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Untersuchungsrichtern. Die Staatsanwaltschaft betreibe „durch rigide Haftanträge allgemeine Abschreckung, losgelöst vom Einzelfall“, die Richter schenken Polizeizeugen allzu leichtfertig Glauben. Tatsächlich wurden von 64 in Untersuchungshaft genommenen Reagangegnern bei 31 Urteilen in erster Instanz nur eine Strafe ohne Bewährung ausgesprochen. Selbst die Staatsanwaltschaft hatte nur in 15 Fällen Strafen ohne Bewährung beantragt. Bei den anderen hätte also sogar der Staatsanwaltschaft die Unverhältnismäßigkeit der Untersuchungshaft klar sein müssen. Am Fall eines 22jährigen Studenten, der am 21.10. freigesprochen wurde, werden Einschüchterung und Bestrafung durch Untersuchungshaft deutlich: Zweiinhalb Monate war der Angeklagte in Haft gehalten worden. Bei der Verhandlung sagte der Belastungszeuge, ein Hauptkommissar aus Dortmund,

stische Kräfte gegen Versuche aufgetreten, Autonomie aus dem gemeinsamen Bündnis auszugrenzen. Diesmal ging die Ausgrenzungspolitik eindeutig von den Autonomen aus: Der Redebetrag der Grünen, der von Antje Vollmer gehalten wurde, wurde systematisch ausgepfiffen, eine Lautsprecheranlage außer Funktion gesetzt. Der zuvor gehaltene Redebetrag der Autonomen ging so gut wie nicht auf das Anliegen der Demonstration ein. Der Redner verlas sodann eine Grußadresse „der Demonstration“ an die Stuttgarter Stammheim-Demonstration, die nicht abgestimmt war. Solche Politik trägt überhaupt nichts zu einer Politik der Frontbildung gegen Reaktion und Faschismus bei. Dazu hin macht sie es auch schwierig, Kräfte gegen die Kriminalisierungsversuche der Reaktion gegen Autonome zu ge-

aus, er habe den Studenten bereits bei der Festnahme nicht mit Sicherheit als Steinewerfer identifizieren können und das habe er auch zu Protokoll gegeben. Der Staatsanwalt, der sich daraufhin genötigt sah, Freispruch zu fordern, ging nunmehr dazu über, dem Polizeihauptkommissar mit einem Verfahren zu drohen, da dieser an der unschuldig verbüßten Untersuchungshaft Schuld sei. In einem anderen Fall bei den Unruhen im Mai in Kreuzberg gingen Polizisten sogar soweit, einem Festgenommenen Steine unterzuschieben. Entsprechende Aussagen des Verhafteten waren nicht weiter beachtet worden, und Ermittlungen gegen die festnehmenden Beamten eingestellt worden. Jetzt sind allerdings diese Aussagen vom Vorgesetzten der Polizisten bestätigt worden, der bei seiner freiwillig abgegebenen Erklärung trotz dreimaliger gründlicher Vernehmung blieb. Die Rechtsanwaltsvereinigung will als Heilmittel einen Polizeibeauftragten des Abgeordnetenhauses einführen. Der Ermittlungsausschuß, der sich um die Betreuung Inhaftierter bemüht, glaubt, daß eine solche Institution die Kritik an der Polizei eher abmildern und entschärfen als verbessern würde. –(chk)

#### Papiererzeugende Industrie

### Jahresarbeitszeit vorbereitet

**Mannheim.** Geschäftsleitung und Gesamtbetriebsrat der Papierwerke Waldfhof-Aschaffenburg (PWA) kamen 1985 überein, die Freizeit der vor allem in der Produktion Beschäftigten mehr als bisher zu „organisieren“. Im Werk Stockstadt wurde der Urlaub jedes Beschäftigten für 15 Jahre lang bis 1990 über die Jahresmonate verteilt festgelegt. In anderen Werken wurde der Urlaub während der Ferienzeit auf drei Wochen begrenzt. Die tariflichen elf Tage Altersfrei – bei Schicht 22 Tage – für über 55jährige können zusammenhängend nur außerhalb der Ferienzeit während der Tagschicht genommen werden.

Die Produktionszahlen sind bei der PWA von Jahr zu Jahr um 2-5% steigend. Innerhalb des Jahres unterliegen sie heftigen Schwankungen. Die Kurven der geleisteten Überstunden haben über mehrere Jahre betrachtet einen gleichen Verlauf. Eckpunkte der Kurve: am Jahresanfang ca. 13 Std./Monat/Beschäftigter, im Mai 9, August 15, November 8 Überstunden.

Ziel der Geschäftsleitung ist es, die Maschinenlaufzeiten mit möglichst geringer Beschäftigtenzahl zu optimieren, daher diese Reglementierung der Freizeit. Der Gesamtbetriebsrat ist im Interesse der Konkurrenzfähigkeit des

Unternehmens bereit, diese Absicht zu unterstützen. Einige Betriebsräte sprechen inzwischen vom Jahresurlaub als einem Urlaub, der über das ganze Jahr genommen wird. Doch auch durch noch so „flexible Freizeitgestaltung“ werden Produktionschwankungen nicht verhindert werden können. Weil sie wesentlich von Auftragseingängen abhängen, drängt die Geschäftsleitung zusätzlich auf mehr auftragsorientierte Produktionszeiten. In einer Gesamtbetriebsvereinbarung (GBV) „Rahmenregelung Schichtsysteme/Arbeitszeit/Altersfreiheit“ vom 9.12.85 besteht eine Regelungsverpflichtung für „Lohnglättung“ und „Jahresarbeitslohn“. Der Entwurf einer „GBV Monatslohn“ des Gesamtbetriebsrats vom 3.2.87 sieht nun in § 1, 2 vor: „die Realisierung eines Jahresarbeitslohnes als technische Voraussetzung für eine flexible Jahresarbeitszeit, mittels derer in Dachfahrbetrieben der 42 Std.-Arbeitsturnus auch bei Einhaltung einer kürzeren tariflichen Wochenarbeitszeit prinzipiell beibehalten werden kann“.

Bisherige Vereinbarungen auch in anderen Branchen: Arbeitszeitverkürzungen als freie Tage übers Jahr hinweg; Verrechnungszeiträume statt 2 jetzt 6 Monate; Monatslohn, um den Lohn von der Zeit zu entkoppeln; Zeiterfassung mittels Computer, um jederzeit das Stundenkonto feststellen zu können. Dies waren Meilensteine, um die Gewerkschaften für die Jahresarbeitszeit weizuklopfen.

In der Papiererzeugenden Industrie steht mit der Lohnrunde 1988 im Herbst auch der Manteltarifvertrag zur Kündigung an. Ob die IG Chemie sich auf die Jahreszeit einläßt, wird wesentlich davon abhängen, ob die Beschäftigten der PWA den Entwurf des Gesamtbetriebsrats vom Tisch bekommen. – (ide)

#### adidas

### Protest gegen Massenentlassungen

**Nürnberg.** Im Verlauf dieses Jahres wurden bei adidas (Herzogenaurach) bereits 450 Arbeitsplätze gestrichen. Als Gründe wurden genannt der Dolärverfall und zu hohe Eigenproduktion von Sportschuhen in der BRD. V.a. der amerikanische Konkurrent Reebok hat adidas beträchtliche Anteile auf dem US-Sportartikelmarkt weggeschwappt.

Ende Februar wurde die Verlagerung der Produktion nach Fernost angekündigt, „weil wir sonst nicht mehr konkurrenzfähig sind“. Mitte März werden drei französische Zulieferfirmen mit 573 Beschäftigten geschlossen.

Im Dae Hung Werk in Pusan in

Südkorea werden schon länger in Lizenz für adidas monatlich 200000 Paar Schuhe produziert: in neun Stunden Arbeitszeit an sechs Tagen in der Woche. Umgerechnet 94 Pfg. verdient dort ein Anfänger in der Stunde. 13- bis 14jährige Kinder arbeiten nach Abschluß der Volksschule zehn Stunden täglich in dieser Fabrik. 10 bis 15% aller Mitarbeiter in der südkoreanischen Schuhindustrie sind jünger als 16 Jahre. Kein Wunder, daß „die Gewinnsituation zufriedenstellend ist“. (H. Dassler im Februar; ehemal. Besitzer von adidas, inzwischen ver-



Am 24.9. demonstrierten in Herzogenaurach 2500 Menschen gegen die geplanten Entlassungen bei adidas.

storben)

Mitte September wurden nun von adidas weitere Massenentlassungen angekündigt. Mehr als 900 Mitarbeiter und damit über ein Viertel der in den inländischen Werken beschäftigten Arbeiter verlieren ihre Arbeitsplätze. Drei Betriebe sollen ganz geschlossen werden, in Wallhalben, in Emskirchen und in Zeegendorf mit jeweils 290, 35 und 75 Beschäftigten. In den verbleibenden drei Werken werden 40% der gewerblichen Arbeitnehmer entlassen werden. In Herzogenaurach werden ca. 120 Beschäftigte betroffen sein, in Scheinfeld über 200 und in Thüngfeld ca. 160.

Gegen diese Massenentlassungen protestieren der Betriebsrat und die Gewerkschaft Leder aufs heftigste. Sie fordern die Rücknahme der Entlassungen. Die Gewerkschaft Leder werde sich nicht an einem „internationalen Wettlauf um die Hungerlöhne der Schuh- und Lederarbeiter“ beteiligen, erklärte W. Dick, Vorsitzender der Gewerkschaft Leder. Inzwischen wurde vom Betriebsrat und der Geschäftsleitung ein Sozialplan ausgehandelt, der ein Volumen von 10 bis 20 Mio. DM beinhaltet. (hek)

Continental-Konzern

## Rationalisierung und Lohnsenkung sind Grundlage der Expansion

Hannover. Kurz nach ihrem hundertsten Geburtstag 1971 geriet die Continental Gummi-Werke AG in eine dicke Krise. Das Management hatte die Einführung der Stahlgürtelreifen „verschlafen“. Der Konkurs schien unvermeidlich. Verbunden mit einem riesigen Rationalisierungsprogramm wurde die Continental weiter geführt mit Geldern, die die Deutsche Bank und die Münchner Rückversicherung zur Verfügung stellten. Mit Erfolg: Die Continental AG hat heute über 11000 Arbeiter und Angestellte weniger als 1971, dafür liegt der pro Kopfumsatz um mehr als dreimal so hoch (siehe Tabelle); war die Continental 1971 noch im wesentlichen ein westdeutsches Unternehmen mit einem

waren jetzt nur noch zwei! Die Continental schaffte dies auch noch im großen und ganzen ohne spektakuläre Massenentlassungen.

... über große Gewinne ...

1979 war es dann soweit. Seit zwei Jahren standen in den Bilanzen wieder dicke Gewinne. Die Continental kauft die fünf europäischen Werke der amerikanischen Firma Uniroyal einschließlich der europäischen Vertriebsgesellschaften und wird damit die Nummer zwei auf dem europäischen Markt. 1982 scheitern die Verhandlungen um die französische Reifenfirma Kleber. 1985 kauft der Continental-Vorstand die Reifenfirma Semperit mit Werken in Österreich, Irland

dem amerikanischen Markt und der Absicherung gegen protektionistische Maßnahmen. Außerdem gilt generell für den Reifenmarkt, daß die großen Automobilkonzerne die Reifenpreise in der Erstausstattung diktieren. Um so mächtiger ein Reifenkonzern ist, umso eher hat er eine Chance, dagegen zu halten.

Den Kaufpreis für General Tire holt sich die Continental komplett auf dem Wertpapiermarkt – die Aktien und Optionsscheine finden rasenden Absatz. Von 1984 bis 1987 stieg der Aktienkurs von ca. 125 DM auf etwa 325 DM pro Aktie der Conti Gummi AG. Stolz verkündet der Vorstand, daß er für diese Expansion die „Kriegskasse“ (so wörtlich) von 300 Millionen DM nicht angreifen mußte und daß der Konzern mit dem Kauf von General Tire noch nicht seine endgültige Form gefunden hat.

Dem Konzern geht's gut, die Belegschaft ...

Kaum schlagender als bei Continental kann man aufzeigen, daß nichts an dem Spruch dran ist, wenn es der Firma gut geht, geht es den Beschäftigten gut. Der Jahresüberschuß der AG steigt. Trotzdem droht der Vorstand bei jedem Konflikt mit Produktionsverlagerungen in die ausländischen Werke, da der Standort Hannover am teuersten sei. Nach wie vor wird versucht, die Belegschaft zu reduzieren. Dem Konzern und der AG geht es blendend, trotzdem werden alle Jahre wieder, auch 1987, Abmachungen mit dem Arbeitsamt getroffen und Beschäftigte analog der 59er-Regelung nach Hause geschickt!

... zahlt die Zeche: Sprungbrett für Manager

Anfang dieses Jahres hat der Vorstand ein umfassendes Lohnkürzungsprogramm durchgedrückt, vorbereitet durch den Verbandswechsel von der Kautschukindustrie zur Chemischen Industrie. Diese Lohnkürzungen bewirken, daß die diesjährige Tarif erhöhung von 3,8% im Schnitt nur zu einer Effektivlohn erhöhung von 1,5% führt und daß bis 1990 Lohnneinbußen von 10-15% nicht unrealistisch sind. (siehe auch Politische Berichte Nr. 07/87)

Seit Herbst letzten Jahres verkündet der Vorstand ganz offen, daß seine Zielsetzung die Produktion rund um die Uhr an sieben Tagen die Woche ist. Verschiedene Modelle sind schon in der Praxis erprobt. Für die nächsten Wochen und Monate ist Sams tagsarbeit angekündigt.

Solche Tatkräft dient der Karriere: Vorstandsvorsitzender Hahn wechselte in den Chefessel von VW, sein Nachfolger Werner wechselt zum 1.1. 1988 in den Vorstand von Daimler-Benz. - (gea)

### Continental Gummi-Werke AG

Jahr	Beschäftigte	Umsatz in Mio. DM	Umsatz pro Besch. in DM	Steigerung in %	Jahresüberschuß in DM
1970	28 100	1 311,7	46 700		39 900 000
1971	26 500	1 301,7	49 100	5,23	21 000 000
1972	24 300	1 174,2	48 300	-1,63	-42 100 000
1973	23 400	1 264,0	54 000	31,28	-40 600 000
1974	21 500	1 453,2	67 600	25,12	-19 600 000
1975	19 600	1 369,0	69 900	3,34	3 500 000
1976	18 700	1 439,0	77 000	14,39	8 000 000
1977	18 100	1 518,9	83 900	9,06	27 726 000
1978	18 100	1 555,4	85 900	2,38	8 911 000
1979	18 100	1 692,6	93 500	8,85	11 949 000
1980	18 300	1 817,2	99 300	6,20	12 698 000
1981	17 400	1 823,9	104 800	5,54	204 000
1982	16 300	1 866,3	114 500	9,26	3 941 000
1983	15 600	1 992,7	127 700	11,53	15 069 000
1984	15 400	2 079,3	135 000	5,72	18 321 000
1985	15 500	2 312,9	149 200	10,52	37 166 000
1986	15 400	2 391,0	155 300	4,09	54 944 000

ausländischen Werk in Sarreguemines, Frankreich, und einem Runderneuerungswerk in Spanien, arbeiten heute im Continental Konzern 44000 Arbeiter und Angestellte in acht europäischen Ländern, in Werken in USA, Kanada, Mexiko, Ecuador und Marokko; ist die Continental inzwischen der zweitgrößte Reifenproduzent in Europa hinter Michelin und der viertgrößte weltweit; stehen heute zwei international beachtete neue Reifensysteme (für Pkw und Lkw) kurz vor der Einführung.

### Aus der Krise der siebziger Jahre ...

Die Krise Anfang der siebziger Jahre wurde voll auf dem Rücken der Beschäftigten gelöst. Innerhalb von nur sieben Jahren bis 1977 sank die Zahl der Beschäftigten um ganze 10000, das heißt, wo vorher drei arbeiteten,

und einer Beteiligung in Jugoslawien. Von letzterem erhofft man sich einen größeren Schritt in Richtung Osteuropa. Außerdem verfügt Semperit über mehr Kontakte nach Japan als die Continental.

### ... zur Expansion beachtlichen Ausmaßes

Dieses Jahr nun der von der Presse als spektakulärster Kauf des Jahres in den USA titulierte Erwerb von General Tire für einen Kaufpreis von 1,3 Milliarden DM, zu entrichten in bar. Bereits seit fünf Jahren besteht mit General Tire (12000 Arbeiter und Angestellte) ein Kooperationsvertrag, d.h. General Tire produziert in Lizenz Reifen der Marke Continental. Die Zielsetzung des Kaufes wird in der Presse angegeben mit den guten Wachstums- und Gewinnchancen auf

## Koalitionsvereinbarungen

### Grundlagen für ganz große Koalition gelegt

Kiel. Am 9. Oktober, zwei Tage vor Barschels Tod, einigten sich die Unterhändler von CDU und FDP in Schleswig-Holstein auf einen Koalitionsvertrag. Am 14.10. verkündete Oppositionsführer Engholm, die SPD sei bereit, eine geschäftsführende CDU-Landesregierung unter Ministerpräsident Schwarz zu tolerieren, wenn Neuwahlen stattfänden, sobald der Untersuchungsausschuß seine Arbeit beendet habe. An den Inhalten der Koalitionsvereinbarung übte Engholm keine Kritik.

Am 18.10. stimmten dann der CDU-Landesvorstand und der Hauptausschuß der FDP der Koalitionsvereinbarung zu. Beide Parteien sprachen sich für Neuwahlen im Mai oder Juni nächsten Jahres aus. Zuvor hatte sich der SSW-Abgeordnete Karl-Otto Meyer für eine „große Koalition auf Zeit“ ausgesprochen. Am 21.10. einigten sich schließlich die Fraktionsvorsitzenden von CDU, FDP, SPD und SSW darauf, „die Regierung des geschäftsführenden Ministerpräsidenten Schwarz zu unterstützen“. Dadurch, daß die Koalitionsvereinbarungen von den Oppositionsparteien mehr oder weniger stillschweigend akzeptiert sind, sind sie unter der Hand Grundlage einer Allparteienregierung auf Zeit geworden.

Kern der Vereinbarungen ist, den Konzernen Schleswig-Holstein als Standort schmackhaft zu machen. Dafür sollen Subventionen durch die Zusammenlegung von Landesgarantiekasse, Wirtschaftsaufbaukasse und Wohnungsbaukreditanstalt bereitgestellt werden, die „Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft gestärkt“ und „Forschungsorganisationen nach Schleswig-Holstein geholt werden“. Diese und ähnliche Pläne waren auch schon in den Wahlprogrammen von SPD und SSW enthalten.

Der Koalitionsvertrag verpflichtet die Landesregierung, die Auflösung von Normalarbeitsverhältnissen zu beschleunigen und die Bemühungen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit zu intensivieren: Das Land soll eine „systematische Überprüfung aller Privatisierungsmöglichkeiten ... öffentlicher Dienstleistungen und Aufgaben“ durchführen. Die Landesregierung soll „alle landesrechtlichen Möglichkeiten im Rahmen der Bundesgesetze zur Flexibilisierung des Ladenschlusses ausschöpfen.“ Die HBV hat diese Pläne bereits angegriffen, während SPD und SSW Stillschweigen üben. Weiterhin soll die Regierung „die Einrichtung eines zweiten Schiffahrtregisters vorantreiben“. Als



Wolf Dieter Zumpfort, Landesvorsitzender der FDP, ist gleichzeitig Geschäftsführer der Unternehmensverbände Westküste Heide.

Dienstherr soll die Landesregierung „im Bereich der Personalkosten weiter sparen“. „Flexible Arbeitszeiten sollen vor allem Frauen helfen, eine berufliche Tätigkeit auszuüben“.

Die SPD hat mit ihrem Tolerierungsangebot sich von diesen Absichten nicht abgesetzt, sondern trägt sie – vorerst übergangsweise – mit. CDU und FDP werden mit diesem Programm im Frühjahr wieder in den Wahlkampf ziehen. Je mehr Maßnahmen die Landesregierung über den Haushalt 1988 mit Billigung der SPD hat einleiten können, desto mehr wird die SPD auch für die nächste Legislaturperiode an diesen Kurs gebunden. – (clm)

## Hamburg

### Gewalttäter gesucht! Prozeß gegen AKW-Gegner

Hamburg. In Hamburg läuft zur Zeit ein Prozeß gegen zwei AKW-Gegner. Die Anklage wirft ihnen vor, am 8. Juni 1986 außerhalb des Hamburger Kessels an einer Barrikade mit Pflastersteinen nach Polizisten geworfen und ein NDR-Kamerateam überfallen zu haben. Zu Beginn des Prozesses erklärten die beiden Angeklagten u.a.: „... So sind in diesem Prozeß in absurder Weise die Rollen vertauscht: Unsere Ankläger sind die Betreiber einer nicht nur moralisch, sondern auch im bürgerlich-rechtlichen Sinne verwerflichen Sache, nämlich der Polizeitaktik „Hamburger Kessel“, und der Hetze in BILD und NDR. Verständlich, daß die Staatsanwaltschaft mit Hilfe dieses Prozesses der Polizei und der Presse den Rücken stärken will. Wir aber, die wir auf der Anklagebank sitzen, vertreten als AKW-Gegner nicht nur moralisch und politisch eine gerechte Sache, sondern

dürfen auch im bürgerlich-rechtlichen Sinne nicht als angeklagt gelten. Denn im Endeffekt wirft die Anklage uns doch nichts anderes vor, als daß wir dazu beigetragen haben, eine widerrechtliche Freiheitsberaubung zu beenden.“

Die Barrikade war errichtet worden, um die Verstärkung der Polizeikräfte, die den Kessel umzingelt hielten, zu erschweren, während NDR-Leute trotz Warnung sich nicht abhalten lassen wollten, Einzelheiten zu filmen und damit faktisch für die Polizei Belastungsmaterial zu erstellen. An den ersten beiden Prozeßtagen erschienen als Zeugen der Anklage vier Polizisten, außerdem der Kameramann und die Redakteurin vom NDR. Diese berichtete sehr korrekt ihre Beobachtungen, hatte aber in der Schnelligkeit der Aktion niemanden identifizieren können. Ganz anders dagegen die Polizei. Auf Fragen wie: Wo standen Sie? Wo verlief die Barrikade? Haben Sie Demonstranten verfolgt? Wann und welchen Bericht haben Sie gelegen zur Vorbereitung des Prozesses? konnten sich die Polizisten nur schwer an etwas erinnern oder machten vage und widersprüchliche Aussagen. Nur eines wußten sie „ziemlich genau“ bis „99,9% sicher“: Der in gelber Öljacke und Elbsegler Festgenommene sei identisch mit dem gesuchten Steinewerfer, der übrigens handtellergroße Pflastersteine 30 bis 50 Meter treffsicher geworfen haben soll.

Nicht schwer zu durchschauen war die abgesprochene Taktik der Polizei: Sich an möglichst wenig erinnern, um Widersprüche zu vermeiden; aber immer steif und fest behaupten: Der war's! Der „Kronzeuge“ der Anklage steht noch aus: Der Foto-Reporter der Bild-Zeitung Rudolph. Er war es, der einen der beiden Angeklagten hat festnehmen lassen. Auf die Aussagekünste dieses Denunzianten darf man gespannt sein. – (hel)



Gelbe Öljacke und Elbsegler ...

Bergbaukrise

## Zechensterben und Arbeitsplatzvernichtung – Bangemanns Energie-Programm soll durchgezogen werden

Am Freitag, 9. Oktober, schoben morgens einige Kumpel der Zeche „Consolidation“ in Gelsenkirchen einen Förderwagen auf die Straße. Aus Protest gegen die Ergebnisse der Bangemann-Gespräche über die Probleme mit der Kohle kippten sie Kohlen auf die Straße, stellten sich mit Spruchbändern vor den Verkehr. Informationen dazu brauchte die Gelsenkirchener Bevölkerung kaum, Solidarität mit ihrem Protest konnte den Kumpels in dieser Stadt sicher sein.

Auf anderen Zechen kam es ebenfalls zu Protestaktionen. Die Seifahrt wurde verzögert, die Betriebsräte schwangen markige Reden gegen Bangemann. Die Auszubildenden der Zeche in Recklinghausen demonstrierten bis vors Rathaus gegen die drohende Vernichtung tausender von Arbeitsplätzen und Ausbildungschancen im Steinkohlebergbau. Die Zeitungen schrieben am nächsten Tag von einem „Dampfkessel Ruhrgebiet“, der „zu platzen“ drohe. Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) Meyer warnte vor „Kreuzberger Verhältnissen“ in den Revieren.

Anlaß für die erneut aufflammenden Aktionen der Bergleute und der IGBE waren die Gespräche, die Wirtschaftsminister Bangemann einige Tage zuvor in Bonn mit Vertretern der Energieversorgungsunternehmen (EVU) wie VEBA, RWE, Bayerwerk usw., mit den Bergbauunternehmen (Ruhrkohle AG, Saarberg, EBV usw.), mit der IGBE-Spitze und später mit den Wirtschaftsministern der Länder geführt hatte. Die Zeitungen schrieben nach der Bonner Kohle-Runde von einer „schwarzen Zukunft für die Kohle“.

### Jahrhundertvertrag soll über Kohlepennig ausgehebelt werden

Der sogenannte Jahrhundertvertrag war bei seinem Abschluß 1980 den Kumpels als das arbeitsplatzrettende Instrument für den Bergbau vorgestellt worden. Auf der Basis von Ausgleichszahlungen (dem sogenannten Kohlepennig für Stromverbraucher) waren die EVUs bereit, bis 1995 festgelegte steigende Mengen Steinkohle zu verstromen. Die EVUs gingen dabei davon aus, daß während der Laufzeit des Vertrags die damals im Bau befindlichen Kernkraftwerke für den geplanten Stromabsatz nicht ausreichen würden, der Zusatzbedarf also mit Kohle zu decken sei. Der hohe Preis der deutschen Kohle wurde für die EVUs auf den Preis von Heizöl heruntersubventioniert, wozu der

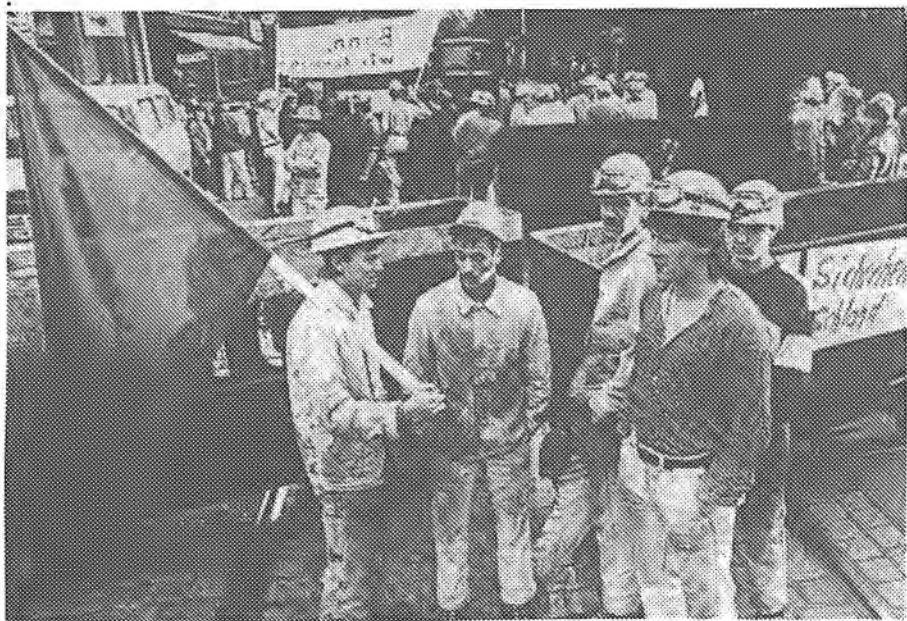
Kohlepennig in einen Ausgleichsfonds floß. Aus diesem Fonds wurden die kohleverstromenden EVUs jeweils gemäß ihrem Anteil „versorgt“ – davon profitierten in den letzten Jahren hauptsächlich VEW und RWE, die die höchsten Kohlestromanteile haben.

Nach dieser Verstromungsregelung bedeuten niedrige Ölpreise und niedrige Dollarkurse automatisch einen höheren Kohlepennig. Und daran soll nun gespart werden. Statt der rechnerisch erforderlichen ca. 10% auf die Stromrechnung wurden dieses Jahr nur 7,5% genehmigt. Bange-

von einigen EVUs schon zurückgewiesen.

### Erpressung der Atomlobby gegen die Kumpels

Gerade auch die planmäßige Schaffung von Überkapazitäten bei den Atomkraftwerken in den letzten Jahren hat dazu beigetragen, daß die EVUs jetzt die Kohleverstromungsmenge zurückzuschrauben wollen. Weil man da – nach Tschernobyl – nicht offen auftreten will, zieht die Atomlobby als Vorwand hauptsächlich die „Ausstiegsdiskussion“ und die ent-



Am 8.10. errichteten Bergleute der Zeche „Consolidation“ in Gelsenkirchen mit Grubenhunden eine zweistündige Straßensperre.

manns Ziel: Senkung des Kohlepennigs bis 1995 auf 4,5%, Begrenzung der bezuschußten Preisdifferenz auf 95 DM je Tonne statt wie im Augenblick 170 DM. Diese Forderung entspricht der Interessenlage der süd- und norddeutschen EVUs, die einen hohen Atomstrom-Anteil haben.

Die Brisanz dieser Planung liegt hauptsächlich darin, daß in §7 des Jahrhundertvertrags ausdrücklich festgelegt wird: „Sollten die gesetzlichen Voraussetzungen vorzeitig entfallen, entfallen auch die darauf basierenden Verpflichtungen beider Seiten.“ Werden aber der Verstromungsvertrag und die darin geregelten Mengen über den Kohlepennig ausgehebelt, dann sind mehr als die Hälfte der Gesamtabstammende an Steinkohle „überflüssig“. Bangemanns Forderung, die Stromwirtschaft solle am „Mengengerüst“ des Vertrags festhalten, auch wenn der Kohlepennig geändert wird, wurde

sprechenden Resolutionen der SPD von Nürnberg und Bochum heran. Die Ausstiegsbeschlüsse der SPD, heißt es von CDU und FDP, gefährdeten den Kohleeinsatz in Kraftwerken, weil die EVUs auf eine Mischkalkulation von (angeblich) billigerem Atomstrom und teurerem Kohlestrom angewiesen seien.

Dabei berufen sich diese „Freunde der Bergleute“ ebenfalls auf den Jahrhundertvertrag, dessen §8 die Basis für dieses durchsichtige Erpressungsmanöver ist. Denn eins ist klar: Würden alle Kernkraftwerke abgeschaltet, bräuchte man über Absatzprobleme der Kohle kein Wort mehr zu verlieren. Der §8(2) lautet: „EVU und Bergbauunternehmen sind sich darüber einig, daß der wachsende Energiebedarf in Zukunft nur gedeckt werden kann, wenn sowohl Kohle als auch Kernenergie in zunehmendem Maße zum Einsatz kommen. Sie wer-

den daher, insbesondere in der Öffentlichkeitsarbeit, alles unterlassen, was die Erreichung dieses Ziels beeinträchtigt.“ Die einzigen, die sich – bei den bekannten Neueinrichtungen von Kernkraftwerken – sklavisch an diese Formulierung gehalten haben, sind die Ruhrkohle AG und die IGBE, trotz der offenkundigen Widersprüche.

#### Importkohle-Poker und Abbau der Kokskohle-Subventionen

Zu Bangemanns Plänen (die er ja „im Auftrag“ entwickelt) gehört auch, die bisher gezahlten Subventionen für Kokskohle abzubauen. Hier ist der Importkohlepreis die Basis, so daß auch für Kokskohle Milliarden mehr erforderlich sind, um die teure deutsche Kohle „herunterzusubventionieren“. Das galt bisher auch für Exporte von Ruhr- und Saarkohle in die EG. Die Subventionen dafür sollen künftig fallen. Das bedeutet einen Wegfall von 6 Millionen Jahrestonnen, entsprechend drei Zechen oder rund 15000 Arbeitsplätzen. Die bisherige Regelung, daß der Abbau dieser Subventionen nur „sozialverträglich“ erfolgen soll, wird weitgehend fallengelassen.

Als Ersatz verweisen die Stahlunternehmen, die EVUs und die FDP/CDU-Strategen auf die Importkohle, die zur Zeit konkurrenzlos billig angeboten wird. Südafrika steigerte seine Exporte in die BRD innerhalb von zwei Jahren von 2,2 auf 4 Millionen Tonnen, zu Preisen von unter 100 DM. Australien, Polen und die USA bieten da ebenfalls mit. Unter diesen Umständen soll die Importbegrenzung, die in den bisherigen Gesetzen festgelegt ist, aufgehoben werden.

Hinzu kommt noch der Absatzzugang, der für die Kokskohle durch den Produktionsrückgang der westdeutschen Stahlindustrie entsteht. Darin zeigt sich die enge Verflechtung von Stahl- und Kohlekrisse, ganz abgesehen von der regionalen Zusammengehörigkeit.

Alle diese Planungen zusammengenommen bedeuten, daß fast die gesamte Kohleförderung „am Markt überflüssig“ würde. So kam das Biedenkopf-Institut auf den Abbau von 140000 der 165000 Arbeitsplätze im Bergbau. Der Poker mit diesen Planungen gehört zum Konzept der Energiekonzerne, den Kumpels die Lage als unrettbar schwierig darzustellen und eine „sozialverträgliche“ Anpassung an die Kapazitätsvernichtungspläne als das höchste erreichbare Ziel und die einzige Möglichkeit erscheinen zu lassen.

#### Das „Überbrückungskonzept der IGBE...

Alle diese Planungen deuteten sich bereits nach den Bundestagswahlen im Februar an. Die ersten Aktionen in

den Zechen liefen, die IGBE kam in Zugzwang. Der Hauptvorstand legte am 20. Juli sein „Überbrückungskonzept“ vor. Die Hauptforderungen sind:

- Beibehaltung aller kohlepolitischen Subventionen und der bestehenden Energiepolitik bis ins nächste Jahrtausend zugunsten der kohleverbrauchenden Konzerne bzw. der Bergbaukonzerne.
- Anpassung der Bergbaukapazitäten an den gesunkenen Verbrauch in Höhe von 11 Millionen Tonnen, entsprechend Aufgabe von 25000 Arbeitsplätzen im Bergbau unter Beibehaltung der geltenden Sozialpläne.
- Mehreinsatz von Kohle bei der Verstromung bis 1995 durch Reduzierung der Atomstromproduktion um 10%.

Das oberste Ziel dieses Konzepts ist erklärtermaßen die Konsensfähigkeit – mit den Elektrizitätserzeugern, den Bergbauunternehmen, den Landesregierungen und der Bundesregierung –, nicht aber die feste Absicht, um jeden Arbeitsplatz im Bergbau zu kämpfen. Der Hauptvorstand paßt sich in seiner Argumentation dem gesamtwirtschaft-

drücklich eingeräumt wird.

#### ... aber die Kumpel wollen nicht aufgeben

Die drohende Entwicklung hat zu einer steigenden Aktionsbereitschaft im ganzen Revier geführt. Die IGBE selber organisiert praktisch auf jeder Zeche Proteste. Mehrere große Demonstrationen in den Städten, die am meisten von dem Zechensterben bedroht sind, zeigten, daß außer Parolen jetzt Taten zugunsten der Bergleute verlangt werden. Insbesondere auf den Zechen, deren Namen schon mehr oder weniger unter der Hand als erste Stillegungskandidaten genannt werden (Schlägel & Eisen, Minister Achenbach, Camphausen) wächst die Wut der Kumpel auf Bangemann, aber auch die Forderung nach einem „Marsch auf Bonn“. Die Kumpel sind bereit, für ihren Arbeitsplatz, für die Zukunft auch der Söhne auf den Zechen, gegen die soziale Vereinigung in den Revierstädten zu kämpfen. Was fehlt, ist bisher eine weiterführende Alternative zu dem IGBE-Überbrückungskonzept.

Nötig wäre, die Aktionen so zu führen, daß wirklich jeder Arbeitsplatz und jede Zeche verteidigt wird. Die Zusammenhänge mit der Stahlkrise



Unterage-Arbeit

lichen und privatwirtschaftlichen Profitkalkül des Kapitals an und verlangt nur solche Maßnahmen, die einen „sozialverträglichen“ Abbau ermöglichen. Durch die kampflose Preisgabe von 25000 Arbeitsplätzen bis 1995 wurde den Absichten der protestierenden Kumpel die Spitze genommen. Bangemann aber (obwohl man ihn im Ruhrgebiet zum „Hauptfeind“ erklärte) eine Bresche offen gehalten. Insbesondere wurde der Erpressung durch die Atomlobby insoweit nachgegeben, als für die Zeit nach 1995 eine Ausweitung der Atomstromproduktion aus-

müßten zur Aktionseinheit im Revier führen. Die Energiepolitik und die dahinter stehenden Interessen der Atomindustrie müßten deutlich angegriffen werden. Das Konzept zur Verteidigung der Interessen der Bergleute müßte im wesentlichen die Punkte umfassen: Arbeitszeitverkürzung, Ausstieg aus der Kernenergie und Vergesellschaftung der Energieindustrie mit dem Ziel der Erhaltung der Arbeitsplätze für eine gesellschaftlich notwendige und umweltfreundliche Verwendung der Kohle. (A. Reuléaux, VSP)

### Gegen ungeschützte Arbeitsverhältnisse

**Stuttgart.** Die IG Druck und Papier plant als erste Gewerkschaft eine bundesweite Kampagne gegen ungeschützte Arbeitsverhältnisse, wie Teilzeit-, Abruf-, Heim- und Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge, deren gemeinsames Merkmal fehlender Arbeitsrechts- und Sozialversicherungsschutz ist. Erster Höhepunkt der zweijährigen Kampagne soll eine Großveranstaltung in Wiesbaden am 10.3.88 sein. Als Auftakt führen die Landesbezirke Funktionärskonferenzen im November durch. – (uba)

### Druckerstreiks gegen Steuerreform

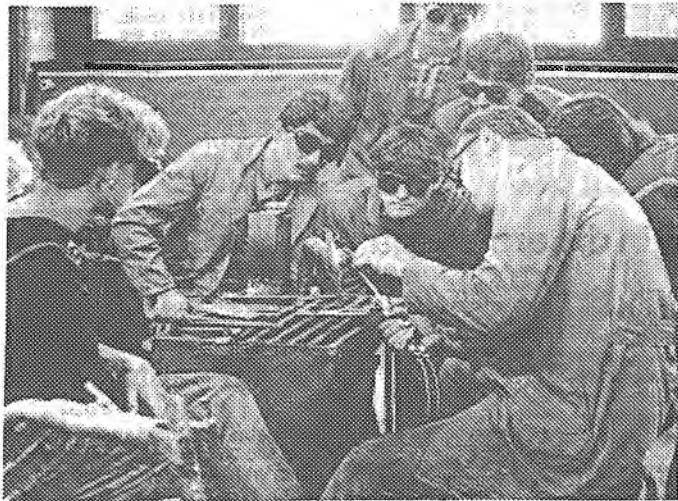
**Köln.** Aus Protest gegen die geplante Versteuerung der Erschweriszulage für Schicht-, Nacht- und Sonntagsarbeit führten Druckbeschäftigte Warnstreiks in mehreren Betrieben durch, u.a. bei der „Frankfurter Rundschau“, „Süddeutsche Zeitung“, „Bremer Nachrichten“, „Weser Kurier“, „Kölner Stadtanzeiger“ und „Bauer-Druck Köln“. Nach Berechnungen der IG Druck müßten Rotationsdrucker mit den Steueränderungen jährliche Lohn-

**Düsseldorf.** Der DGB fordert, daß der Kreis der Wahlberechtigten zur Jugendvertretung „auf alle in der Erstausbildung befindlichen Jugendlichen bis zum vollendeten 25. Lebensjahr ausgeweitet“ wird und die bisherige Grenze von 18 Jahren fällt. Von der Regierung erwartet der DGB ein Vorschaltgesetz zur Verlängerung der Amtszeit der jetzigen Jugendvertretungen und, daß in die geplante Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes die Forderung aufgenommen wird. – (gba)

einbußen bis zu 5000 DM hinnehmen. In einer Resolution, die die Streikenden am 20.10. beim „Kölner Stadtanzeiger“ verabschiedeten, wird die Besteuerung der Schichtzuschläge abgelehnt: „Dieser Anreiz der Steuerfreiheit der Schichtzuschläge war gleichzeitig als Ausgleich für die Mehrbelastungen gedacht, die der Schichtarbeitnehmer hinzunehmen hat: eingeschränkte Teilnahme am sozialen Leben, beschränkte Teilnahme im Weiterbildungs- und kulturellen Bereich, physische und psychische Anpassungsprobleme gegenüber einer völlig anders geregelten Umwelt.“ – (gba)



**USA: Nachdem die BASF-Kapitalisten die 370 Beschäftigten ihres US-Werkes in Geismar 40 Monaten ausgesperrt hatten, hoben sie jetzt für die 235 Produktionsarbeiter die Aussperrung auf und legten einseitig diejenigen Arbeitsbedingungen fest, die die Chemiegewerkschaft OCAW im Juni 1984 abgelehnt und seither zurückgewiesen hatte: Lohnsenkungen, die Produktionsarbeiter sollen jederzeit durch Zeitarbeiter ersetzt werden können, die 110 Wartungsarbeiter bleiben ausgesperrt und sollen entlassen werden, da für sie Fremdfirmenbeschäftigte weiter arbeiten sollen. Bild: OCAW-Gewerkschafter kritisierten im Juli 1987 in Ludwigshafen die BASF-Machenschaften. (gba)**



### Daimler-Benz-Abordnungen verlängert

**Mannheim.** 450 Arbeiter sind im Frühjahr und im August aufgrund schlechter Auftragslage von dem Mannheimer Daimler-Benz-Werk für Omnibusse nach Wörth abgeordnet worden. Diesmal hatten sich genug freiwillig wegen der Ablöse (400 bis 700 DM) gemeldet. Ursprünglich sollten die Abordnungen nur drei Monate dauern. Jetzt aber müssen die Arbeiter gezwungensermaßen bis März 1988 in Wörth bleiben. Dann läuft ein Großauftrag dort aus. Man munkelt, daß dann in die PKW-Werke Stuttgart und Bremen abgeordnet wird. – (scr)

### HBV-Aktionen für Ladenschluß

Zur Durchsetzung der Tarifierung des Ladenschlusses um 18.30 Uhr bereitet die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen Arbeitskampfmaßnahmen vor. Die ersten Aktionen sollen in Hamburg bereits im November stattfinden. Sie richten sich insbesondere gegen die Koalitionsvereinbarung von SPD und FDP, nächstes Jahr zusätzlich zu den schon üblichen langen Samstagen an vier Abenden im Jahr die Geschäfte bis 21.00 Uhr offen zu halten. Die Tarifverhandlungen mit den Einzelhändelsverbänden sind in allen Bundesländern gescheitert. Die HBV in NRW hat die Schlichtungsstelle angerufen. Zwischen 700 und 800 Betriebsräte im Einzelhandel haben Beschlüsse gegen

den späteren Ladenschluß gefaßt. 150000 Protestunterschriften hat die HBV an Bundeswirtschaftsminister Bangemann geschickt. Auch Bundeskanzler Kohl hat viel Post aus Betrieben erhalten – (anl)

### Verbesserung der Ausbildung gefordert

**Braunschweig.** Betriebsrat und Jugendvertretung von VW Braunschweig haben eine Verbesserung der betrieblichen Berufsausbildung gefordert. Seit dem 1.9. werde zwar nach dem neuen „Qualifizierungskonzept“ ausgebildet, ohne die notwendigen Investitionen zur Ausstattung der Werkstätten für zusätzlich notwendige Ausbildungsflächen und ohne eine ausreichende Personalbemessung sei das Konzept nicht zu verwirklichen. Das neue Ausbildungskonzept folgt der von Kapitalisten und Gewerkschaften vereinbarten Neuordnung der industriellen Metall- und Elektroberufe. – (mal)

### Siemens: Zwangsweise Freie Tage

**Westberlin.** Im Siemens-Kabelwerk wird derzeit in mehreren Abteilungen kurz gearbeitet, bis zu zwei Tagen in der Woche. Außerdem soll der Betrieb vom 21.12.87 bis 10.1.88 geschlossen werden. Neben der Anrechnung von Tarifurlaub werden für diesen Zeitraum zwangsweise Freischichten infolge der Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Std./Woche verordnet, die sonst als „Ferienstage“ in Anspruch genommen werden können. (kla)

Hamburg-Hafenstraße

## Mietvertragsbedingungen wie bei „schlimmsten Spekulanten“

Der Senat hat am 6. Oktober 1987 einen Vertragsentwurf für die Verpachtung der Häuser an der Hafenstraße an einen „Verein Hafenstr. e. V.“ vorgelegt. Dies ist der dritte Entwurf seit August: Zuerst war von einem Rechtsanwalt ein Vertragsentwurf ausgearbeitet worden, der von den Bewohnern und von Bürgermeister von Dohnanyi akzeptiert wurde. Doch dann legte von Dohnanyi einen Vertragsentwurf vor, zu dem „Mieter helfen Mietern“ äußerte: „Unter geschickter Umgehung des Mieterschutzes wird mit dem Vertragsentwurf angestrebt, ein Wohlverhalten der Bewohner durch jederzeit mögliche Kündigung zu erzwingen. Die Bestimmungen fallen weit hinter das zurück, was jeder Mieter noch beim schlimmsten Wohnungsspekulanten an gesetzlichem Schutz genießt.“ In einer Presseerklärung kritisierten 25 Rechtsanwälte das Vorgehen des Senats und der Polizei gegen die Bewohner der Hafenstraße.

Der aktuelle Entwurf verschärft die Bedingungen weiter. Neu ist die Forderung nach Erfüllung einseitiger Vorleistungen als Bedingung für das Inkrafttreten des Vertrages. Also Abbau der Befestigungen und freier Zugang für die Polizei. Zudem sind nicht alle Häuser der Hafenstraße im Vertrag eingeschlossen.

Verschiedene Gruppen und Organisationen rufen zu einer Demonstration gegen dieses Senatsdiktat auf. *Demonstration: 31. Oktober, 11 Uhr, Gerhart Hauptmann Platz.*

In mehreren Hamburger Stadtteilen wurden Wurfsendungen mit dem Briefkopf der Baubehörde verteilt, in denen behauptet wurde, die Bürgerschaft hätte beschlossen, „das Mietrecht zu vereinfachen und dem großzügigen Vertragsangebot an die Hafenstraße anzupassen.“ Nach Aufzählung der Änderungen wurde in diesem Brief besonders hervorgehoben: „Bei Verstoß gegen einen der genannten Paragraphen zieht dies eine außerordentliche Kündigung des gesamten Pachtvertrages ... nach sich. Nötigenfalls wird eine Zwangsräumung durch Ordnungskräfte vollstreckt. Dies gilt auch, wenn ein Einzelmietner gegen den Vertrag verstößt.“

Bei einem Vergleich mit einem üblichen Hamburger Mietvertrag, den dieser Brief nahelegt, wird sehr deutlich, was der Vertragsentwurf ist. Eine juristische Knebelkette. – (kam, FAU/R)

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem aktuellen Vertragsentwurf:

– „Der Pächter trägt alle mit der Unterhaltung und Bewirtschaftung des Pachtgegenstandes verbundenen Kosten, ihm stehen alle Erträge aus der Bewirtschaftung zu.“ (§2, Ziff.2)

– „Die Verpächterin hat keine Instandhaltungspflichten.“ (§5, Ziff.2b)

– „Entsteht für den Mieter nach dem Abschluß des Mietvertrages ein berechtigtes Interesse, einen Teil des Wohnraumes einem Dritten zum Gebrauch zu überlassen oder einen Dritten in seinen Haushalt aufzunehmen und ihm den Mitgebrauch der Mieträume zu ermöglichen, so kann er von dem Pächter die Erlaubnis hierzu verlangen; dies gilt nicht, wenn in der Person des Dritten ein wichtiger Grund vorliegt, der Wohnraum übermäßig belegt würde ... oder sonst dem Pächter die Überlassung oder Aufnahme nicht zugemutet werden kann. Treten diese Gründe nach Erlaubniserteilung auf, kann der Pächter die Erlaubnis widerrufen.“ (§3, Ziff.4)

„Dem Pächter ist bekannt, daß die Verpächterin beabsichtigt, die östlich und westlich neben dem Komplex liegenden Grundstücke mit Wohnungen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus gemäß dem noch zu beschließen-

den Bebauungsplan St. Pauli 35 zu bebauen. Der Pächter erhebt hiergegen keine Einwendungen. Diese Vereinbarung gilt auch für die Mieter des Pächters und andere zulässigerweise aufgenommenen Personen und ist in die Mietverträge aufzunehmen.“ (§7, Ziff.2)

– „Die Gestaltung und Farbgebung der Außenwände sowie evtl. Beschriftungen, Bemalung und Plakatierungen an den Außenwänden oder auf den nichtbebauten Grundstücksteilen haben sich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmung zu halten.“ (§7, Ziff.3)

– „Beide Parteien können den Vertrag bei Vorliegen eines wichtigen Grundes fristlos kündigen. Ein wichtiger Grund für eine solche Kündigung durch die Verpächterin liegt insbesondere vor, wenn a) der Verein sich auflöst, im Vereinsregister gelöscht, das Konkursverfahren gegen ihn eröffnet oder eine Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird; b) die Freie und Hansestadt Hamburg die Förderung der Instandsetzung des Vertragsgegenstandes gemäß dem Zuwendungsbescheid widerruft, weil die Mittel nicht zweckentsprechend verwandt worden sind ... e) der Pächter oder solche Personen, für die er nach den Bestimmungen dieses Vertrages verantwortlich ist (Mieter, mit Genehmigung des Pächters aufgenommene Untermieter, Ehegatten und Lebensgefährten oder andere im Pachtobjekt wohnende Personen) gegen eine der ... festgelegten Verpflichtungen nachhaltig verstößen ...“ (§9, Ziff.2)

– „Liegen Voraussetzungen für eine Kündigung vor, kann sie von beiden Seiten auch auf Teile des Pachtobjektes begrenzt werden.“ (§9, Ziff.4)

– „Es ist Aufgabe des Pächters, dafür zu sorgen, daß alle Häuser zur Durchführung notwendiger Amtshandlungen ohne besonderen Aufwand und ohne technische oder personelle Behinderung zugänglich sind. Er ist auch verpflichtet, darauf hinzuwirken, daß aus dem Pachtobjekt heraus keine strafbaren Handlungen begangen werden. Die Mieter werden vom Pächter mit diesen wesentlichen Inhalten des Vertrages und seiner Satzung vertraut gemacht; sie werden Bestandteile der Mietverträge.“ (§17, Ziff.1)

– „Dem Mieter ist bekannt, daß der Verein Hafenstraße e.V. nach seiner Satzung selbstbestimmtes Wohnen auf der Basis von Gewaltfreiheit nach innen und außen in jeder Weise fördert. Der Verein schließt diesen Vertrag, um damit sein satzungsgemäßes Ziel zu verwirklichen. Ein Verhalten des Mieters, daß diesem Ziel zuwiderläuft, berechtigt den Verein zur Kündigung des Mietvertrages.“ (Anlage 1, Ziff.1)

– „Die Verpächterin wird diesen Pachtvertrag nur abschließen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

Unmittelbar nach der Abzeichnung des Vertragsentwurfs durch den Senat müssen

– alle ohne ausdrückliche Zustimmung des Eigentümers vorgenommenen baulichen Veränderungen vollständig beseitigt werden, die objektiv dem Zweck dienen, staatliche Amtshandlungen zu erschweren oder zu vereiteln; dazu gehören Stacheldraht, Falltüren, Stahlplatten, Betonpfeiler, Verengungen von Durchgängen, unzulässige Antennen und unzulässige Außenlautsprecher,

– die Häuser und ihr Umfeld auch von Vertretern staatlicher Organe und öffentlicher Unternehmen problemlos, das heißt ohne Zwang zu größerer polizeilicher Präsenz, betreten werden können (das gilt z.B. für Postbeamte und Gerichtsvollzieher), die Polizei muß in den Häusern und im Bereich der Häuser zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung unter normalen Bedingungen tätig werden können, wie auch woanders in Hamburg, ohne zu polizeilichen Groß Einsätzen gezwungen zu sein.

... Die baulichen Maßnahmen müssen bis zum 31.10. 1987 abgeschlossen und von dem technischen Sachverständigen für erledigt erklärt worden sein.

Die Verpächterin wird in der Zeit zwischen der Abzeichnung und dem Abschluß des Vertrages nicht aus Räumungstiteln vollstrecken, solange die Verpflichtungen erfüllt werden.“ (§19, Ziff.1)

## Bücher

## Afrika: Entwicklung einer eigenständigen Literatur

### Kampf gegen den Kolonialismus in Kenia

Einer der bekanntesten Schriftsteller Kenias und Ostafrikas, Ngugi wa Thiong'o, veröffentlichte seinen Roman „Abschied von der Nacht“ bereits 1962 (Peter Hammer Verlag, 1986). Darin verarbeitete er die Geschichte Kenias zwischen Ende der 40er bis Mitte der 50er Jahre, darunter die Zeit des Kampfes der Mau-Mau-Befreiungsbewegung gegen den britischen Kolonialismus, sowie seine eigenen Erlebnisse zu einem beeindruckenden, lebendigen Roman. Er schildert das Leben und den Zerfall einer keniatischen Bauernfamilie. Der Vater muß bei dem britischen Landräuber arbeiten. Die Familie klammert sich an den individuellen Aufstieg des jüngsten Sohnes mittels der höheren Schulausbildung und hofft dadurch, eines Tages ihr Land zurückzugewinnen. Die Auffassung „Bildung ist alles“ erweist sich als falscher Weg zum „Licht“ und zerbricht an der Wirklichkeit. Einzelne Familienmitglieder beteiligen sich an einem Generalstreik und an den Aktionen der Mau-Mau-Bewegung gegen die Kolonialherrschaft. Der Roman propagiert die Rückeroberung des geraubten Landes. Dafür trat Ngugi wa Thiong'o in Kenia ein, wurde wegen Kritik des Neokolonialismus inhaftiert und mußte 1982 das Land verlassen. – (sie)

### Über britische Terrorherrschaft in Kenia

Der Roman „Freiheit mit gesenktem Kopf“ hat im Original den Titel „Ein Weizenkorn“. Er erschien erstmals 1967, also nur wenige Jahre nachdem Kenia 1963 die vollständige Unabhängigkeit von Großbritannien errungen hatte. Am Beispiel der Dorfbevölkerung von Thabai schildert Ngugi wa Thiong'o die Hoffnungen, aber auch Schwierigkeiten, die sich

für die Afrikaner und die ehemaligen Kolonialherren mit der Unabhängigkeit verbinden. Die Karriere der Kolonialbeamten, die die britische Herrschaft von 1952 bis 1960 nur mit Hilfe des Ausnahmezustandes und der Einkerkierung von über 80000 Kenianern in Lagern aufrechterhalten konnten, endet und ihre Aussichten, in Großbritannien zu vergleichbaren Positionen zu kommen, sind denkbar gering. Unter der



Jomo Kenyatta

Dorfbevölkerung sind viele, die in den vergangenen Jahren in der Befreiungssarmee KAU gekämpft haben, die von den Briten als „Mau-Mau“ verunglimpft wurde, und die nun hoffen, mit dem Ende der britischen Herrschaft könnten sie eine neue Gesellschaft aufbauen. Aber auch solche, die auf Vorteil hoffend mit den Briten kollaboriert oder aus Furcht vor Folter und Lagerhaft vor der Polizei ausgesagt haben, müssen im unabhängigen Kenia einen Platz finden. An verschiedenen Charakteren schildert Ngugi wa Thiong'o, wie der Terror und die Folter der Kolonialherren das Leben der Bauern zerrüttete, Personen zerbrach, manche zum Verrat trieb, manche dazu trieb, sich allein um ihre Privatangelegenheiten zu kümmern. (Ngugi wa Thiong'o, Freiheit mit gesenktem Kopf, Ullstein TB Nr. 20207, 9,80 DM – uld)

### Soziale Interessen im Biafra-Krieg

Der Nigerianer Wole Soyinka hat für den 1973 erstmals veröffentlichten Roman den Nobelpreis für Literatur 1986 erhalten. Der Roman befaßt sich mit der sich herausbildenden afrikanischen Bourgeoisie und den Emanzipationsbestrebungen von Intellektuellen, Arbeitern und Landarbeitern zu Beginn der sechziger Jahre, kurz nachdem Nigeria unabhängig geworden war. Er beschreibt als Ursache für den blutigen Bürgerkrieg, der Mitte der sechziger Jahre um die Provinz Biafra in Nigeria wütete, die Entstehung von Gewerkschaften unter den Land- und Bauarbeitern und die Entwicklung genossenschaftlicher Kooperativen in einigen Gebieten des Landes. Diese Vereinigungen der werktätigen Schichten bedrohte die Macht jener Afrikaner, die, gestützt auf die ehemaligen britischen Kolonialherren, die Verwaltung der Kakao- und Palmölkartelle innehatten und die in der Hand von Europäern verbliebenen Bergwerksgesellschaften nicht antasteten. Über die Arbeiter einer Staudammbaustelle berichtet Soyinka: „... da wurde hier in der Einsamkeit des Waldes ein neuer Stamm gegründet, der Stamm der Arbeiter, weit weg von den giftigen Greifarmen dieser almodischen Käuze, denen der Clangeist der Stammesmacht über alles geht.“ Ihr Streik wird niedergemetzelt. (Wole Soyinka, Zeit der Gerechtigkeit, Ullstein TB Nr. 20811, 9,80 DM – uld)

### Leben eines Emporkömmlings

Nkem Nwankwo beschreibt in: „Mein Mercedes ist größer als deiner“ die tragisch-komische Geschichte von Onuma, Sohn eines verarmten Gutsbesitzers. Unter der Obhut eines reichen Onkels in Lagos lernt er, worauf es ankam: „Er entwickelte sich zum Kenner von Weinen und Zigarren. Er duzte sich mit den Besitzern von sämtlichen Bordellen und Kneipen in der Stadt. Er beobachtete das Leben im Rohzustand und spürte, daß er

jeden Tag mehr über die beiden mächtigsten Kräfte des Lebens lernte, Sex und Geld.“ Er wird PR-Mann bei einer europäischen Firma. Auf Firmenkredit kauft er sich einen Jaguar und besucht nach 15jähriger Abwesenheit seine Familie. Sie gibt ein großes Fest, die Dorfbewohner preisen den Patriarchen. Pleite, nach durchzechter Nacht, fährt der Lebemann den Jaguar zu Schrott. Er muß in die Stadt zurück, „dem einzigen Ort, wo Geld gemacht werden konnte“. Er betrügt seine Firma, um sein Prestigeobjekt zurückzuerhalten, scheitert. Im Dorf stellt er sich in den Dienst von Staatspartei und Händlerkaste. Am Schluß erschießt er den Dorf-Magier, um ihm seinen Mercedes abzunehmen. Das Buch beschreibt das Verhalten der Bourgeoisie Nigers und die Zerstörung der traditionellen Strukturen. – (Ullstein, 7,80 DM, düb)

### Südafrika/Azania: Schattentage

Maria Williams liegt im Sterben. Ihr Leben hat sie als Hausangestellte bei einer weißen „Madam“ gearbeitet. Von ihrem kärglichen Lohn mußte sie ihre Familie ernähren. Die Jahre des frühen Aufstehens, das Schrubben auf gekrümmten Knien, niemals ausreichend zu essen, weil sie sich alles vom Mund absparte, was sie der Familie gab: das alles hat die Kräfte der Frau frühzeitig verzehrt. Dazu die Demütigungen, die sie hinnehmen mußte, um ihre Arbeit zu erhalten, denn „die weißen Damen beurteilten den Wert ihrer Putzfrauen nach dem Glanz ihrer Fußböden und kümmerten sich nicht sonderlich um die Schmerzen, die der Glanz verursachte.“ (S. 52) Der bevorstehende Tod stürzt die Familie in eine tiefe Krise. Die Mutter sicherte nicht nur die materielle Lebensgrundlage, sie hielt auch die Familie zusammen. Wer wird die Stelle der Mutter einnehmen können? „Das Kreuz, das (die) Mutter lange getragen hatte, mußte von einem anderen übernommen werden.“ (S. 62) Mit dem Vater ist nicht zu rechnen; er hat

schon lange resigniert und ist zum Trinker geworden. Zwei Söhne sind arbeitslos, lungern herum und betäuben sich mit Drogen. Nur Mary, die einzige Tochter, die als Näherin in einer Fabrik arbeitet, unterstützt die Mutter mit ihrem Lohn und mit Arbeit im Haus. Doch den Weg ihrer Mutter möchte sie nicht gehen; sie will einmal eine eigene Schneiderei eröffnen. Der Tod der Mutter holt die Jugendlichen aus ihren Träumen und aus ihrer Lethargie; sie sind bereit, sich den neuen Aufgaben zu stellen. – (and)

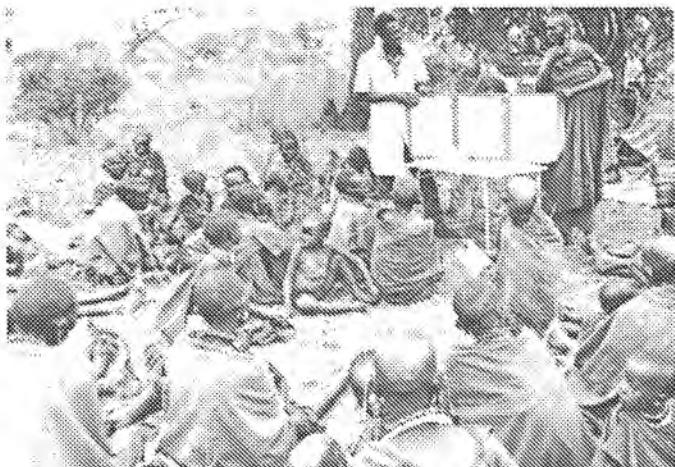
#### Probleme der Literatur in Afrika

In dem Sammelband „Verlernen, was mich stumm macht“, herausgegeben von Al Imfeld, äußern sich afrikanische Schriftsteller zu den Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben, wenn sie für afrikanische Leser schreiben wollen.

Eine schwerwiegende Folge des Kolonialsystems ist, daß viele Schriftsteller

tet und bietet den Vorteil, daß es nicht mit einer besonderen ethnischen Gruppe verbunden ist. Es wurde in den Befreiungskämpfen verwendet. Swahili entstand vor über tausend Jahren als Verständigungsmittel zwischen afrikanischen Fischern und arabischen Händlern, besitzt eine entwickelte Grammatik und eine reiche Literatur. Wissenschaftliche Sachverhalte können darin ausgedrückt werden.

Die Probleme der Verbreitung von Büchern in Afrika entstehen jedoch auch aus den hohen Kosten, vor allem in Ländern, die wenig Holz zur Papierherstellung besitzen, aus dem Mangel an Bibliotheken und ausgebildeten Bibliothekaren. Sofern die Schriftsteller im Ausland studiert haben, müssen sie sich von Maßstäben befreien, die ihnen aufgedrückt worden sind. Sie machen sich daran, sowohl das mündlich überlieferte Wissen zu sammeln, als auch Formen zu finden, die den afrikanischen Massen ver-



Mobile medizinische Station

sich genötigt sehen, auf Englisch oder Französisch zu schreiben, weil die Entwicklung einer afrikanischen Verkehrssprache und der Einzelsprachen unterdrückt worden ist. 1975 forderte die afrikanische Lehrerunion eine gemeinsame Sprache für den Kontinent Afrika und schlug Haussa, Arabisch oder Swahili vor. Zahlreiche Schriftsteller, darunter Wole Soyinka, sprachen sich seitdem für Swahili aus. Es ist in großen Teilen Afrikas verbrei-

ständlich sind. Stephen Chifunyise aus Sambia setzt traditionelle Geschichten in Tanzdramen um und versucht die heutigen Verhältnisse darin darzustellen. Rundfunk und Wanderbühnen hält er für gute Mittel, die Menschen auf dem Land mit modernen Ideen bekanntzumachen und ihnen Bildung zu vermitteln. (Al Imfeld, Hg., Verlernen, was mich stumm macht. Lesebuch zur afrikanischen Kultur, Unionsverlag, Zürich 1980 – anl.)

#### Verlagsankündigung

## Quellenheft Dokumente zur chinesischen Kulturrevolution

Der Verlag GNN (Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.) plant für Anfang 1988 die Herausgabe eines kommentierten Quellenhefts über die Kulturrevolution in der VR China.

Die 1966 beginnende Kulturrevolution unternahm den Versuch, durch die Umwälzung des gesellschaftlichen Überbaus – insbesondere des Erziehungssektors, der Wissenschaften und der Kultur – der Herausbildung einer neuen Schicht von Leitenden in der sozialistischen Gesellschaft entgegenzuwirken. Sie betrieb die bewußte Einschränkung der Widersprüche zwischen Stadt und Land und zwischen Kopf- und Handarbeit. Sie wollte die Befreiung der ersten Produktivkraft, des Menschen, vorantreiben und dadurch die gesellschaftliche Produktion steigern. Dieser Versuch, der unter den fortschrittlichen Kräften in aller Welt große Aufmerksamkeit fand und eine Ermutigung für ihren Kampf gegen Imperialismus und Reaktion bedeutete, muß praktisch als gescheitert gelten, insofern die KP Chinas heute in nahezu allen Fragen eine Politik macht, die der kulturrevolutionären Politik diametral entgegengesetzt ist.

Das Scheitern des kulturrevolutionären Versuchs sagt noch nichts aus über die Sinnlosigkeit einer Kulturrevolution (wie heute gern behauptet wird) – unter den damaligen Bedingungen in der VR China wie als allgemeingültige Maßnahme für Gesellschaften, die den Kapitalismus überwunden haben. Vielmehr sind die Voraussetzungen der chinesischen Kulturrevolution zu klären; es ist zu untersuchen, welche Ziele sie verfolgt und welche Umwälzungen sie bewirkt hat und worin die Ursachen für ihr schließliches Scheitern liegen.

#### Zum Konzept des Quellenhefts

Das geplante Quellenheft über die chinesische Kulturrevolution soll diese Auseinandersetzung erleichtern, indem es Dokumente der Kulturrevolution und ihrer Vorgeschichte zugänglich machen will, die bislang nur verstreut in verschiedenen Büchern und Zeitschriften zu finden waren bzw. nicht in deutscher Sprache vorliegen. Da der Stellenwert einzelner Dokumente sich meist nicht von selbst erschließt, sondern erst durch die Darstellung der Hintergründe ihrer Entstehung, sollen alle Dokumente kommentiert werden. Eine einleitende, chronologisch orientierte Darstellung der Kulturrevolution soll die Befassung mit den Dokumenten erleichtern und zugleich der Auseinandersetzung mit gängigen Positionen über die Kulturrevolution dienen.

Nach unserer Auffassung liegen der Kulturrevolution dieselben sozialen und politischen Widersprüche zugrunde, die schon bei der Kollektivierung der Landwirtschaft in den 50er Jahren, beim Großen Sprung und in der Phase der Restauration Anfang der 60er Jahre zutage traten. Deshalb bezieht sich ein erheblicher Teil der Dokumentenauswahl auf diese Vorgeschichte. Hierzulande kaum bekannt sind die Positionen, die verschiedene Rebellenorganisationen im Verlaufe der Kulturrevolution entwickelten und die sich nicht mit den parteiamtlichen Verlautbarungen deckten. Diese Positionen sollen im Quellenheft dokumentiert werden. Ein weiterer Schwerpunkt wird auf der Darstellung der politischen Positionen liegen, die heute die Politik der KP Chinas bestimmen und sich offenbar schon in den 60er Jahren herausbildeten.



#### *Einladung zur Redaktionskonferenz*

Der Verlag GNN lädt alle, die zu dieser Dokumentation beitragen möchten, zu einer Redaktionskonferenz Anfang Dezember ein. Die Konferenz soll das – hier nur angedeutete – Konzept der Dokumentation, das in einer der nächsten Ausgaben der Politischen Berichte veröffentlicht wird, erörtern und einen Redaktionsstab bilden.

Quellenhinweis: (1) Rainer Hoffmann, Maos Rebellen, Hamburg 1977, (2) H. Forster-Latsch, J. Noth, Das machen wir anders als Moskau, (3) Resolution zu einigen Fragen der Parteigeschichte, Beijing 1982 – (wom)

#### *Aus der Diskussion der Organisation*

### **Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen mit der VSP**

1. Die 7.o. Bundesdelegiertenkonferenz des BWK hatte den Bericht der BWK-Mitglieder über ihre Tätigkeit in der gemeinsamen Kommission von BWK und VSP gebilligt. Sie hatte damit den Beschuß des ZK des BWK bestätigt, in Verhandlungen mit der VSP zu prüfen, ob es möglich ist, eine gemeinsame politische Grundsatzzerklärung, die die Vereinigung der beteiligten Organisationen und die gemeinsame Tätigkeit in einer Partei begründen kann, zu erarbeiten. Sie hatte damit ferner den Beschuß des ZK bestätigt, Mitglieder in die gemeinsame Kommission zu entsenden, die begründete Gliederungselemente einer programmativen Erklärung zusammenstellen soll. Die Konferenz hatte die bestehende Gliederung für die Ausarbeitung eines begründeten Gliederungsentwurfs und die Ausarbeitung der Kommission zum Punkt „Für die Verteidigung und Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und der Werktätigen“ zur Kenntnis genommen.

Seit der Tagung der Delegiertenkonferenz im Februar ist folgende Entwicklung eingetreten:

Die Kommission hat zu zwei weiteren Gliederungselementen Ausarbeitungen vorgelegt. Alle drei vorliegenden Ausarbeitungen wurden in der gemeinsamen Beilage veröffentlicht.

Der Bundesvorstand des BWK und das ZK der VSP kamen überein, die Arbeit an den noch ausstehenden Gli-

derungspunkten zu beschleunigen und weitere Mitglieder in die Arbeit einzubeziehen. Dazu wurden Arbeitsgruppen zu den jeweiligen Punkten eingerichtet, die seitens des BWK mit Mitgliedern des Bundesvorstandes besetzt sind.

– Die gemeinsame Kommission hat die Beratung über das Selbstverständnis einer gemeinsamen Organisation und über Grundsätze für ein Statut aufgenommen.

– Die KG (NHT), die an der Arbeit der gemeinsamen Kommission nicht beteiligt ist, nimmt an der laufenden Programmdiskussion insofern teil, als sie zu verschiedenen Punkten Gegenpositionen zu entwickeln versucht.

– Die Volksfront, deren Arbeit BWK, VSP, die gemeinsam an der Ausarbeitung begründeter Gliederungselemente arbeiten, und die FAU/R, die am Diskussionsprozeß der Ergebnisse teilnimmt, unterstützen, konnte ihre Arbeit und ihre Organisation festigen. Der Bundesvorstand der Volksfront hat die Organisationen des Beilagenkreises davon unterrichtet, daß der Bundeskongreß der Volksfront u.a. verschiedene Entschließungen befassen wird, die sich die Aufgabe stellen, die verschiedenen am Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg beteiligten sozialen Interessen zu unterstützen und zu ihrer Einigung gegen Faschismus und Reaktion beizutragen.

Für die anstehenden Entscheidungen über eine Vereinigung sind ferner andere Entwicklungen von großer Bedeutung. Es ist erkennbar geworden, daß eine bestimmte Art von Kampagnenpolitik nicht mehr fortgesetzt werden kann, was die Klärung von bestehenden Differenzen zwischen BWK und VSP, die bisher die Zusammenarbeit oft erschwert haben, erleichtert.

– Die 35-Stunden-Wochen-Kampagne hat sich in der von ihren Initiatoren geplanten Richtung und Form als nicht fortsetzbar erwiesen und in vielen Fällen einer Befassung mit sachlich umrissenen anstehenden Aufgaben und Problemen Platz gemacht (u.a. AZO, „Qualifizierungsoffensive“ etc.).

– Die Volkszählungs-Bojkott-Kampagne hat nicht zu der von ihren Initiatoren erhofften Schwächung und Niederlage der Reaktion geführt, sondern Lähmung in der Opposition hinterlassen. Die Neuauflage einer Kampagne dieser Art scheint kaum vorstellbar. Eine Auseinandersetzung mit den zugrundeliegenden strategischen Vorstellungen, die ihren Ursprung zum mindesten teilweise in Vorstellungen der Studentenbewegung haben, ist erforderlich.

2. Auch wenn der begründete Gliederungsentwurf für eine gemeinsame programmatische Erklärung gegenwärtig noch nicht in seiner Gesamtheit vorliegt, ist eine Beurteilung des gegenwärtigen Standes der Verhandlungen durch die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK möglich und nötig. Möglich und nötig ist weiterhin eine Entscheidung über die Zielsetzung und die Zeitplanung der weiteren Verhandlungen, damit:

– die Mitglieder der beteiligten Organisationen und die anderen revolutionär-sozialistischen Organisationen erkennen können, in welcher Weise der BWK die vor knapp einem Jahr erfolgte Initiative der Leitungen bzw. von Mitgliedern der Leitungen unter den gegebenen Bedingungen weiterverfolgt und betreibt;

– Organisationen sich an den weiteren Schritten beteiligen können, wenn sie dies wollen, so die FAU/R, die Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik, deren Gründungsziel war, einen Beitrag zur programmatischen Einigung der revolutionären Sozialisten zu leisten;

– die notwendigen Kräfte für die weitere Programmdebatten aus den beteiligten Organisationen gewonnen werden können;

– die Zielsetzungen geklärt sind, unter denen der BWK die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen in an-

stehenden nächsten Aufgaben angehen will.

Die BWK-Mitglieder in der gemeinsamen Kommission halten aufgrund der bisherigen Zusammenarbeit und aufgrund der unter 1. genannten Entwicklungen die Ausarbeitung einer gemeinsamen programmatischen Erklärung für möglich, die die Einheit in einer gemeinsamen Organisation ermöglicht, die die unterschiedlichen Erfahrungen und Beiträge der beteiligten Organisationen verarbeitet, theoretische und praktische Fortschritte gegenüber den bestehenden Programmen und der bestehenden Praxis der jeweiligen Organisationen enthält, einen nützlichen Beitrag für die weitere Programmdebatte der revolutionären Sozialisten und die Unterstützung ihres Einigungsprozesses leistet.

Die BWK-Mitglieder in der gemeinsamen Kommission stützen ihre Auffassung dabei vor allem auf:

a.) die vorliegenden drei begründeten Gliederungselemente, die wichtige Fortschritte bereits enthalten:

– Eine Reihe von Fragen, die bisher jeweils von einzelnen Organisationen als wichtig erachtet wurden, aber nicht oder nicht ausreichend geklärt wurden oder werden konnten, wurde inzwischen als gemeinsam zu bearbeitende Fragen festgehalten; damit ist die Möglichkeit ihrer Klärung erschlossen. Es handelt sich dabei u.a. um die Fragen: Arbeitslosigkeit/Beschäftigungsprogramme; Verstaatlichung; Zentralismus/Dezentralismus/Kommunalismus, „neue Mittelschichten“/„neue Mittelklasse“/„werkätige Intelligenz“.

– Eine Reihe programmatischer Grundsätze wurde festgehalten, die eine positive Verarbeitung falscher Vorstellungen der Studentenbewegung und programmatischer „Kernsätze“ der K-Gruppen beinhalteten, insbesondere betreffend das Verhältnis von Unterstützung von Arbeiter- und Werktageninteressen und den Kampf für die soziale Revolution. Dabei wurden auch programmatische Grundsätze als gemeinsame Grundsätze festgehalten, die vorher umstritten schienen.

b.) auf die bisherigen Erfahrungen des BWK mit der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen. Diese lassen sich dahingehend zusammenfassen, daß der BWK, der wie alle Organisationen des revolutionären Sozialismus vor der Notwendigkeit steht, seine Theorie und Praxis entsprechend den Anforderungen des Klassenkampfes zu entwickeln, stets noch von anderen Organisationen mit anderen Erfahrungen auf Fragen gestoßen worden ist, die sich ihm so nicht oder viel später gestellt hatten, und aus Erfahrungen hat lernen können, die er so nicht oder viel mühseliger gemacht hätte. Auf die Bedeutung des antifaschistischen Kampfes ist der BWK z.B. sehr stark durch die KPD, die die Volksfront gegründet hat, und durch die Zusammenarbeit verschiedener Kräfte in der Volksfront hingestossen worden.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Ausarbeitungen des Gliederungsentwurfs ist insbesondere die Bearbeitung der folgenden Punkte noch offen:

– Antiimperialismus/Internationalismus  
– besondere Unterdrückung der Frau

Offen ist fernerhin die Bearbeitung von zwei Punkten, die in der jetzigen Gliederung nicht mehr ausdrücklich erwähnt sind (sie sollten ursprünglich unter dem Komplex mitbehandelt werden, der jetzt lautet: „Fragen der Klassenanalyse und der Bündnispolitik gegenüber den Grünen“). Es handelt sich dabei um die Punkte:

– Stellung zur Sozialdemokratie  
– Stellung zu den sozialen und politischen Bewegungen und Aufgaben ihnen gegenüber (Teil des „Selbstverständnisses“ und Bezugspunkt für Aufgaben der Publizistik).

Offen sind weiterhin die in den bisher vorliegenden Gliederungselementen und den noch auszuarbeitenden

Teilen als Differenzen bzw. offen festgehaltenen Punkte.

Für die Bearbeitung zumindest eines Teils der noch offenen Fragen sind die vorliegenden Ergebnisse des Kongresses der revolutionären Sozialist(inn)en vom November 1986 eine günstige Bedingung.

(Berichterstatter: BWK-Mitglieder in der gemeinsamen Kommission zwischen BWK und VSP – anl, chc, scc)

#### Beschluß der Bundesdelegiertenkonferenz vom 17.10.87

1. Die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK stellt fest:

- Unsere Politik seit Gründung des BWK,
  - die Entwicklung der Arbeit der gemeinsamen Vollversammlung und der gemeinsamen Beilage,
  - die Zusammenarbeit von BWK und VSP bzw. den Vorfäherorganisationen der VSP,
  - die bisherige Arbeit seit Einrichtung der gemeinsamen Verhandlungskommission und die bisher vorliegenden Ergebnisse der Kommission sowie
  - die Möglichkeit, die Praxis der Kampagnenpolitik der politischen Opposition aufzuarbeiten und zu überwinden, ermöglichen und erfordern die Entscheidung, daß der BWK die weitere Zusammenarbeit und Auseinandersetzung, die Arbeit an der Vorlage eines begründeten Gliederungsentwurfs und sodann die Ausarbeitung einer programmatischen Erklärung mit dem Ziel führt:
  - eine gemeinsame Organisation mit einem Statut,
  - mit gemeinsamer programmatischer Grundlage, die eine gemeinsame Politik ermöglicht,
  - mit gemeinsamen Publikationsmitteln
  - und einer gemeinsamen Politik gegenüber und mit allen Kräften des revolutionären Sozialismus und gegenüber allen Organisationen, deren Politik Arbeiterinteressen verpflichtet ist,
- zu schaffen.

Bestehende Differenzen, offene Fragen und Hindernisse sollen mit dieser Zielsetzung bearbeitet werden, bestehende und weiter auftretende Differenzen, offene Fragen und Hindernisse sollen unter dieser Zielsetzung beurteilt werden.

2. Die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK hält folgende Zeitplanung und folgende Maßnahmen zur Durchführung der Aufgaben für angebracht:

- a. Fertigstellung des begründeten Gliederungsentwurfs durch die gemeinsame Verhandlungskommission und die eingerichteten Arbeitsgruppen, an denen von Seiten des BWK die Mitglieder des Bundesvorstands teilnehmen, bis Jahresende.
- b. Bei arbeitsteiliger Erarbeitung unter der Mitwirkung der sachkundigen und interessierten Mitglieder der beteiligten Organisationen ist die Erstellung der programmatischen Erklärung dann eine Frage von einigen Monaten und nicht etwa von Jahren. Mit der Befassung mit den bereits vorliegenden drei Gliederungselementen kann jetzt schon begonnen werden. Ein erster Schritt soll dabei eine Literaturzusammenstellung bis Jahresende sein. Diese Aufgabe wird seitens des BWK durch Mitglieder der Bundesdelegiertenkonferenz in Angriff genommen.

3. Darüber hinaus schlägt die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK vor:

- a. Beginn der Diskussion über die anzustrebenden Publikationsmittel der gemeinsamen Organisation.
- b. Nach Vorlage von Ergebnissen zum Punkt Selbstverständnis und Grundsätze für ein Statut sollten die beteiligten Organisationen gemeinsame Ausschüsse zu einer künftigen Organisations- und Finanzpolitik einrichten.

DKP und Nation

## Nation – vom Klassenbündnis gegen den Feudalismus zur imperialistischen Zugnummer für die Expansion

Nationale Töne in der DKP sind in den vergangenen Monaten lauter geworden. In Stellungnahmen und Beschlüssen fordert die DKP: „Rettet die Stahlstandorte – Stoppt den Arbeitsplatzabbau – Sichert eine an nationalen und sozialen Interessen orientierte Stahlpolitik“ (1). In der Auseinandersetzung um die Pershing 1a appelliert vom Standpunkt angeblich vorhandenen Nationalinteresses der DKP-Vorsitzende Herbert Mies im August in einem Telegramm an Kohl: „Unser Land, das an der Nahtstelle der Systeme liegt, hat ein ureigenstes Interesse an der Beseitigung der Mittelstreckenraketen ... Die Bundesregierung darf deshalb nicht als Bremser der Abrüstung auftreten. Sie muß im Gegenteil ihr politisches Gewicht voll in die Waagschale zugunsten eines baldigen Verhandlungserfolges legen.“ (2)

Am deutlichsten tritt diese Konzeption zu Tage in der Haltung der DKP zur forcierten Gangart der Reaktion bei der konservativ-faschistischen Ideologiebildung. „Die nationale Aufgabe für alle vernünftig denkenden Deutschen in der Bundesrepublik kann nur darin bestehen, eine solche Tragödie dadurch abzuwenden, daß den Stahlhelmern und ihren Hintermännern in den Etagen der Rüstungskonzerne für alle Zeiten das Handwerk für ihre antinationale Politik gelegt wird. Das ist unsere nationale Verantwortung in der Bundesrepublik, die uns niemand abnehmen kann“

(3), heißt es zum Beispiel in einem Artikel in der UZ, der sich mit „Konsequenzen aus der Geschichte des Untergangs des Deutschen Reiches“ beschäftigt.

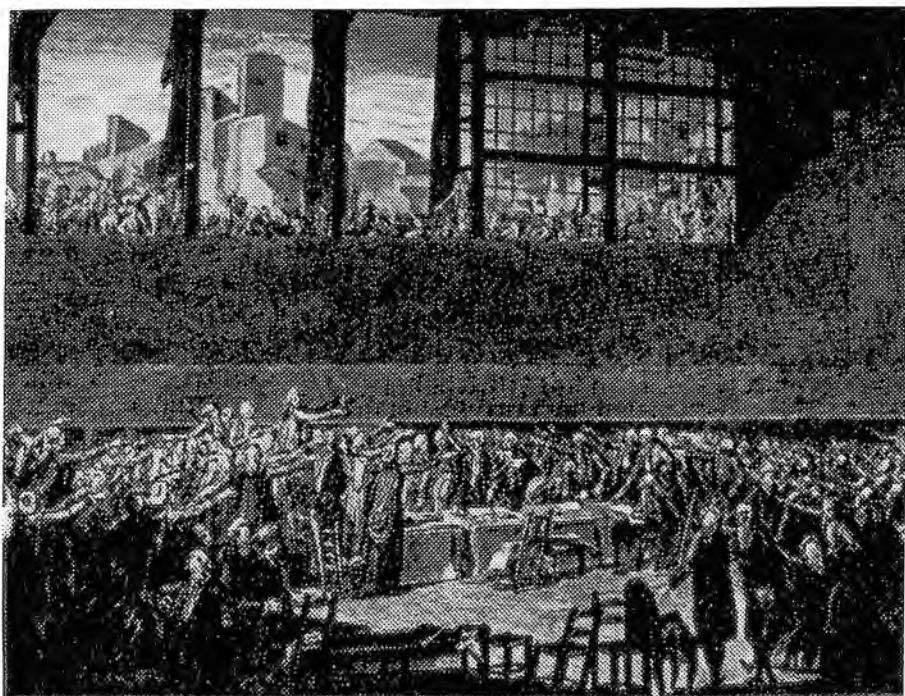
Obwohl es sicherlich kein Zufall ist, daß ein verstärkter Bezug auf die Nation mit dem ideologischen Vormarsch der Reaktion zusammenfällt – eine Kritik, die nur darauf verweist, greift zu kurz. Der DKP scheint diese Bezugnahme auf die Nation tragfähige Bündnisgrundlage gegen die Reaktion – gerade in solch einer Lage. Ebenfalls in der UZ antwortet Josef Schleifstein in einem Interview zur Historikerdebatte auf die Frage „Brauchen wir Deutschen in der Bundesrepublik eine ‚nationale‘ Identität? Oder sollten wir nur – im Gefolge der ‚negativen Dialektik‘ – aufklärerisch-zerstörend gegen rechts wirken?“: „Es scheint mir nicht darum zu gehen, ob wir sie brauchen, sondern welche wir brauchen, wie sie aussehen soll. Ich weiß, es gibt in der Linken, besonders in der linken Jugend, ein starkes Mißtrauen gegen den Begriff des ‚Nationalen‘. Das hat eine lange Tradition. Und tatsächlich ist ja auch kaum etwas so grausam und mit so verheerenden Folgen mißbraucht worden wie dieser Begriff. Nur: Abstinenz in nationalen Dingen, nationaler Nihilismus, hat noch nie der Linken, immer nur der Reaktion genützt.“ Offenbar liegt solchen Äußerungen die Vorstellung zugrunde, Aufgabe der Arbeiter-

bewegung sei es, mit der Reaktion um die Gestaltung der „Nation“ zu konkurrieren. Diese Vorstellung muß beinhalten, beim Konstrukt „Nation“ handele es sich um ein unwiderruflich gegebenes und gewissermaßen „neutrales“ Gebilde, das entweder von der Reaktion oder aber von der Arbeiterklasse und mit ihr verbundenen Kräften mit Inhalt zu füllen sei. So kann dann folgerichtig die Einschätzung zustandekommen, „Abstinenz“ führe zu Mißbrauch in Sachen „Nation“. Schleifstein fährt fort: „Aber wohin die große Masse des Volkes, die überwältigende Mehrheit der Nation geht, welches nationale Selbstverständnis (Identität) die bundesdeutschen Arbeiter, Angestellten, Intellektuellen, die lohnabhängigen Mittelschichten, die Jugend entwickeln, das darf man nicht denen überlassen, die die faschistische Vergangenheit ‚entsorgen‘ möchten, weil sie neue Großmachträume träumen.“ (4)

Um diese Vorstellungen der DKP richtig beurteilen, sie umfassend kritisieren zu können, muß eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den materiellen Grundlagen des „Nation“-Begriffs stattfinden, mit den Entwicklungsbedingungen, die ihn hervorgebracht haben, und mit der Ausformung, die er in einigen hundert Jahren der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft durchlaufen hat.

### Die Nation – politische Form zur Ausgrenzung des Feudaladels

Wie ist die Nation entstanden? Die Organisation von Gesellschaften als Nationen ist ein Ergebnis der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Die „nationale Frage“ wurde geschichtlich erst aufgeworfen, als sich in Europa etwa vom 15. Jahrhundert an die kapitalistische Warenproduktion entwickelte. Die sich entfaltende Handels- und Manufakturbourgeoisie stieß an allen Ecken und Enden an die Schranken der zersplitterten mittelalterlichen Feudalgesellschaften. Zwar bestanden größere politische Gebilde, wie etwa das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“. Dabei handelte es sich aber um ein loses (und äußerst brüchiges) politisches Dach über eine Vielzahl von feudalen Klein- und Kleinststaaten. Der erste ideologische Angriff der aufstrebenden Bourgeoisie datiert auf die Zeit zwischen dem 14. und 16. Jahrhundert. Die feudale, wie alle vorkapitalistischen Produktionsweisen, basierte nicht auf der Produktion von Waren. Sie fußte auf der Aneignung eines Teils des bäuerlich erwirtschaften



Nation als Kampfbegriff der Bourgeoisie im Klassenbündnis gegen die Feudalherrn

teten Mehrprodukts durch die herrschenden Klassen als Naturaldienste und Naturalleistungen, vermittelt durch persönliche Gewaltverhältnisse. „Die Naturalform der Arbeit, ihre Besonderheit, und nicht, wie auf Grundlage der Warenproduktion, ihre Allgemeinheit, ist hier ihre unmittelbar gesellschaftliche Form“, schreibt Marx dazu im Kapital. Das setzte diesen Gesellschaften enge natürliche und politische Grenzen. Der ideologische Haupthebel, um die feudalen Verhältnisse zu zementieren, stellte die christliche Religion dar, deren Zentralverhältnis („Hirte – Lamm“, „Vater – Kinder“ etc.) ja nur die apologetische Verklärung der feudalen Herr-Knecht-Beziehungen ist. Die Behauptung, die (feudale) Ordnung und ihre (Feudal-)Herren bzw. Dynastien seien von Gott berufen, hat also ihre materiellen Ursachen in der Produktionsweise selbst. Dagegen richtete sich der erste Angriff der aufkommenden Bourgeoisie. Die „Renaissance“ bestritt erstmals die von der mittelalterlichen Kirchenlehre verordnete Unterordnung aller Wissenschaft unter das göttliche Heilsprinzip und stellte dagegen die „Vernunft“. Dabei ging es um den Nachweis, daß Kirche und Adel überflüssig sind: nicht Unterwerfung unter göttliche Heilsprinzipien, sondern die Durchdringung der Gesetzmäßigkeiten von Natur und Gesellschaft durch die Individuen per Verstand wurden propagiert. Die „Aufklärung“ entwickelte diese Vorstellungen gesellschaftlich weiter. Gegen feudale Abhängigkeiten setzt sie das „Naturrecht“. Der Rousseau-sche „Gesellschaftsvertrag“ zum Beispiel basiert auf der Vorstellung, freie und gleiche Individuen organisieren sich mit freiem Willen auf Basis der „Vernunft“. In diesem Zusammenhang wurde der Begriff der Nation entwickelt, der von vornehmerein eng mit allerlei Staatsableitungen verknüpft war.

Eine rasche Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise erforderte die Beseitigung aller mittelalterlichen, ständischen, regionalen, konfessionellen etc. Schranken. Im Gegensatz zur feudalen beruht die kapitalistische Produktionsweise auf der Produktion von Wert und Mehrwert. An der menschlichen Arbeit, auf deren Ausbeutung die Bourgeoisie ihre Herrschaft gründet, interessiert nicht die konkret-nützliche Arbeit bestimmter sozialer Gruppen in bestimmten Regionen. Wichtig ist die abstrakte Arbeit, die deshalb weder an die Person des Arbeiters, noch naturwüchsige oder naturhistorische Grenzen gebunden ist – das Kapital ist deshalb „kosmopolitisch“, grenzen- und schrankenlos. „Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß

sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.“ (5)

Es kann aber andererseits nur bestehen, wenn es sich in der Konkurrenz auf andere Kapitale bezieht. „Da der Wert die Grundlage des Kapitals bildet, es also notwendig nur durch Austausch gegen Gegenwert existiert, stößt es sich notwendig von sich selbst ab. Ein Universalkapital, ohne fremde Kapitalien sich gegenüber, mit denen es austauscht ..., ist daher ein Unding. Die Repulsion der Kapitalien voneinander liegt schon in ihm als realisiertem Tauschwert.“ (6)

Dieser dem Kapital innenwohnende Widerspruch ist es, der dazu führt, daß die Bourgeoisie sich gesellschaftlich in Form großer, zusammenhängender Territorien organisiert, eben den Nationalstaaten. Sie muß einerseits die Enge der feudalen Gesellschaften beseitigen, „unabhängige fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen“ zusammendrängen „in eine Nation, eine Regierung, ein Gesetz, ein nationales Klasseninteresse, eine Douanenlinie“ (7). Sie muß andererseits mit anderen Bourgeoisien um den sich bildenden Weltmarkt konkurrieren, um seine Natur als Kapital zu realisieren.

Der Begriff der Nation wird dabei entwickelt, um ein Bündnis aller nichtfeudalen Klassen und Schichten unter Führung der Bourgeoisie zu umschreiben und die Überflüssigkeit des Adels zu beweisen. In der französischen Revolution nahm diese bürgerliche Idee der Nation erstmals Gestalt an. Abbé Sieyes, einer der Theoretiker der französischen Revolution bringt das in seiner berühmten Broschüre „Was ist der dritte Stand“ (der Bauern, Handwerker und Kaufleute umfaßte) 1789 auf den Nenner: „Was ist der dritte Stand? Alles. Was ist er bis jetzt gewesen? Nichts. Was verlangt er? Etwas zu werden.“ (8) Sieyes erklärt den Feudaladel und den Kleerius für überflüssig: alle nötigen Arbeiten, um die Gesellschaft zu erhalten, könnten vom dritten Stand verrichtet werden. „Der dritte Stand umfaßt also alles, was zur Nation gehört; und alles, was nicht der dritte Stand ist, kann sich nicht als Bestandteil der Nation ansehen.“ (9)

Deshalb war in dieser Frühphase der Nationbegriff keinesfalls an vorgebliche Nationalcharaktere, Ländergrenzen etc. gebunden, sondern universalistisch-kosmopolitisch. „Wo es mir gut geht, da ist mein Vaterland“ (10), verkündeten die französischen Revolutionäre als Losung. Robespierre, Vertreter der unteren Volksschichten, erklärte 1792 in einer Rede: „Ein Volk, das nicht glücklich ist, hat kein Vaterland“, „Ihr könnt dem Volk augenblicklich ein Vaterland geben, indem ihr die verheerende Inflation anhaltet, dem Volk den Lebensunter-

halt gewährleistet und also ein Glück und seine Freiheit eng miteinander verknüpft.“ (10) Und ein anderer Revolutionär, Anarcharsis Cloots, vertrat ebenfalls 1792 vor der Nationalversammlung: „Wir werden in der einzigen Nation die beste Regierung finden, die überhaupt möglich ist, unter den geringsten Kosten, die denkbar sind. Die Menschen werden uns, von ihren Ketten befreit, um unseren Rat bitten ... Wie es nur einen Ozean gibt, so wird es auch nur eine Nation geben.“ (10)

### Despotische Regelung gesellschaftlicher Widersprüche

Nach der Eroberung der politischen Macht und der Errichtung des Nationalstaats durch die Bourgeoisie und nach der Beseitigung der feudalen Produktionsweise verändert sich dieses Verständnis der Nation rasch. Zum einen machen sich früh die Klassenwidersprüche zwischen Bourgeoisie und entstehendem Proletariat geltend. Ebensofrüh zeigen sich zum anderen Tendenzen, die Nation als Vehikel für die Konkurrenz mit anderen Bourgeoisien in Anschlag zu bringen. „Wir wissen jetzt, daß dies Reich der Vernunft weiter nichts war als das idealisierte Reich der Bourgeoisie; daß die ewige Gerechtigkeit ihre Verwirklichung fand in der Bourgeoisjustiz; daß die Gleichheit hinauslief auf die bürgerliche Gleichheit vor dem Gesetz; daß als eines der wesentlichsten Menschenrechte proklamiert wurde – das bürgerliche Eigentum; und daß der Vernunftstaat, der Rousseau-sche Gesellschaftsvertrag ins Leben trat und nur ins Leben treten konnte als bürgerliche, demokratische Republik.“ (12)

Die Herstellung von wirtschaftlicher Freiheit förderte den Aufschwung der kapitalistischen Produktionsweise mit weitreichenden Folgen für die werktätigen Klassen und Schichten. Zwar erhob die handarbeitende Stadt- und Landarmut im Verlauf der Revolution zum Teil soziale Forderungen (zum Beispiel nach Preisregulierung), sie konnte sich aber gegen die Bourgeoisie nicht durchsetzen. Das von der Republik geschaffene Zensuswahlrecht machte schnell deutlich, daß sich hinter der Losung der „Freiheit“ die Freiheit des kapitalistischen Privateigentums verbarg. Per Gesetz wurden 1791 Koalition und Streik verboten, seit 1793 wurde nicht nur Wucher unter Todesstrafe gestellt, sondern auch die Löhne eingefroren. Schon in dieser frühen Phase machten sich also die Grundwidersprüche der kapitalistischen Gesellschaft geltend. Mit der Beseitigung des feudalen Parasitismus ändert sich der Charakter des über die Nation konstituierten Klassenbündnisses: Schon hier deutet sich an, daß es fortan zum Instrument der besitzenden

Klassen werden wird, deren Herrschaft jetzt der Nationalstaat garantiert.

Gleichzeitig schreitet die Abgrenzung nach außen voran. Die fröhburgerlichen Ideale der Revolution, laut denen der Widerspruch weltweit zwischen Despotie und Freiheit zu suchen sei, waren schnell vergessen. 1790 auf dem Fest der Föderation wurde noch die universelle Verbrüderung über alle Staatsgrenzen hinweg proklamiert; schon drei Jahre später hatten die Vertreter des Bürgertums unter Führung Dantons einen radikalen Wandel durchgesetzt. „Wir sind nicht die Vertreter der gesamten Menschheit. Und deshalb will ich, daß der französische Gesetzgeber einen Augenblick lang das Universum vergessen möge, um sich seinem eigenen Land zuzuwenden; ich fordere jene Art von nationalem Egoismus, ohne den wir unsere Pflichten verrieten, ohne den wir im Namen derjenigen Verfügung trafen, die uns dazu gar nicht beauftragt haben, und nicht im Namen derjenige, zu deren Gunsten wir alles verfügen können. Ich liebe alle Menschen; besonders liebe ich alle freien Menschen; doch mehr als alle anderen Menschen auf der Welt liebe ich die freien Menschen Frankreichs. Ich bin deshalb nicht auf der Suche nach der Natur des Menschen im allgemeinen, sondern nach dem Charakter des französischen Volkes“ (11), verteidigt der Dantonist Robert dieses Wandel. Und ein Vertreter des „Comité diplomatique“ erklärte ebenfalls 1793 vor dem Nationalkonvent zur Außenpolitik der Republik: „Alle politischen Maßnahmen sind legitim, wenn sie dem Wohl des Staates dienen. Ohne Zweifel ist es unser Prinzip, keinem Volks dieser Erde das Gesetz aufzuzwingen; aber ein noch grundlegenderes Prinzip ist es für uns zu verhindern, daß irgendein anderes Volk uns das Gesetz aufzwingt ... Wenn wir ein derartiges Unglück nicht verhindern können, ohne die Interessen irgendeines unserer Nachbarn zu verletzen, so liegt es auf der Hand, daß dies keine Ungerechtigkeit von unserer Seite ist, sondern strikte Pflicht.“ (11)

#### Bildung der deutschen Nation „Volksgeist“ und Expansion

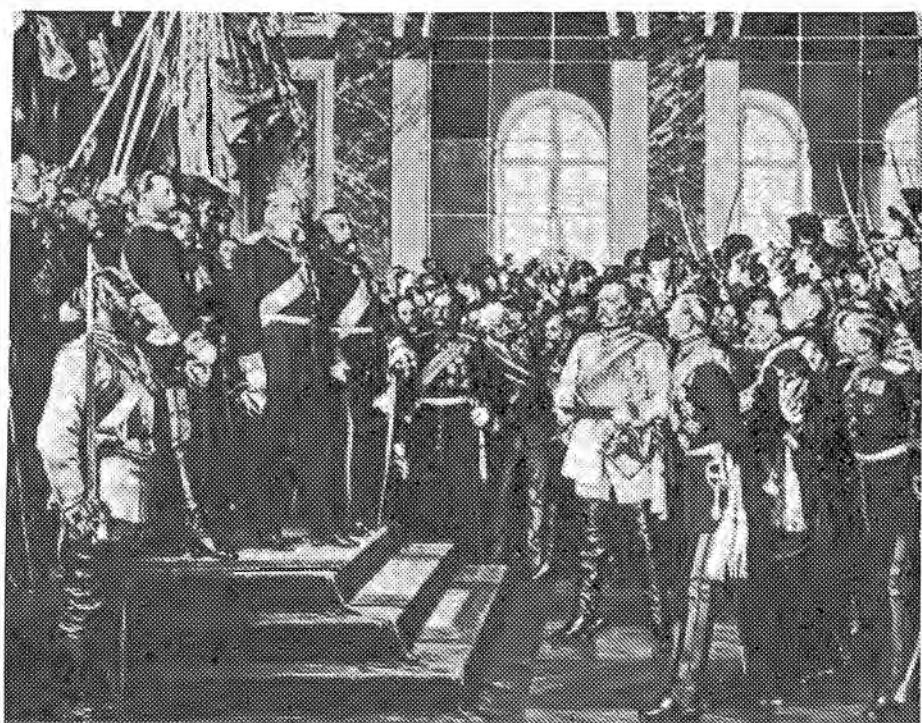
Bekanntlich brauchte die deutsche Bourgeoisie nach 1789 noch acht Jahrzehnte, bis sie einen Nationalstaat konstituierte. Das Fehlen einer absolutistischen Monarchie als Vorläufer des bürgerlichen Nationalstaats und damit eine bis weit ins 19. Jahrhundert reichende Zementierung feudalistischer Landesherrschaften, die dadurch bedingte Schwäche der Bourgeoisie waren dafür hauptsächlich verantwortlich. Die deutsche Nation wird bezeichnenderweise im Spiegelssaal von Versailles staatlich konstitu-

iert. Sie kam auf Anstoß von außen (Besetzung deutscher Länder durch Napoleon I.), nach Scheitern einer revolutionären Lösung (die niedergegeschlagene Revolution 1848/49) und erst nach einem Jahrzehntelangem Fortschleppen der Landesherrschaften zustande. Sie wurde schließlich unter Führung des expansionistischen Preußen als Bündnis der Großbourgeoisie und des Junkertums „von oben“ gebildet. Im Gegensatz zur Situation in Frankreich 1789 war die Ausbildung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse relativ weit vorangeschritten und damit die Klassenantagonismen deutlich ausgeprägt. Nicht als revolutionäres Bündnis der Bourgeoisie mit den werktätigen Massen gegen den Feudaladel konstituiert sich die deutsche Nation, sondern als „Komromiß“ zwischen Bourgeoisie und Adel zwecks Unterdrückung der Arbeiter und Bauern kommt sie zustande.

Dementsprechend begründeten die Ideologen der bürgerlichen Klasse die Nation hauptsächlich reaktionär. Nicht mehr das individuelle Glückstreben wird zur Begründung herangezogen, die Bourgeoisie formuliert die Bildung der Nation aus nacktem Geschäftsinteresse. Der führende deutsche bürgerliche Ökonom jener Zeit, Friedrich List, dazu: „Wie müßte die deutsche Industrie sich heben, stünde jedem Fabrikunternehmer die Konkurrenz unter dreißig Millionen Menschen offen! Wie müßte der Bergbau, der Ackerbau, die Viehzucht aufblühen ...! Welches Leben würde der Handel gewinnen, wenn die Landstraßen von der Ost- und Nordsee bis an das Adriatische Meer, von der Weichsel bis an den Rhein offen stünden!“

...“ (13)

Während sich die französische Revolution im Gefolge der Aufklärung der Illusion hingab, die Nation sei die weltweite Gemeinschaft gegen feudale Despotie, leiteten die deutschen Propagandisten der Nation ihre Notwendigkeit von vornherein in Abgrenzung zu anderen Gesellschaften ab. Nationen gebe es wegen einer angeblichen Vielfalt von Nationalcharakteren, die durch einen jeweiligen, irrationalen, mythischen und religiösen begründeten „Volksgeist“ geprägt würden. „Wer will jemals in Begriff oder in Worte fassen, was deutsch sey? Wer will ihn bei Namen nennen, den Genius unserer Jahrhunderte, der vergangenen und der künftigen?“ (14), schwadroniert darüber der Historiker Ranke, einer der führenden Propagandisten der deutschen Nation gegen Mitte des 19. Jahrhunderts. Solcherlei Definitionsversuche lassen natürlich von vornherein auch nicht mehr den geringsten Spielraum dafür, soziale Interessen zu formulieren. Folgerichtig vertritt Ranke: „Das Maß der Unabhängigkeit gibt einem Staat seine Stellung in der Welt; es legt ihm zugleich die Notwendigkeit auf, alle inneren Verhältnisse zu dem Zwecke einzurichten, sich zu behaupten. Dies ist sein oberstes Gesetz.“ (14) In dieser Begründung für die Nation ist die Rechtfertigung des Expansionismus schon angelegt. 1807 schrieb beispielweise der Philosoph Fichte: „Überdies will jede Nation das ihr eigentümliche Gute so weit verbreiten, als sie irgend kann, und so viel an ihr liegt, das ganze Menschengeschlecht sich einverleiben ... zufolge eines von Gott den Menschen eingepflanzten Triebes, auf



Vom deutschen Wesen zur deutschen Herrenrasse – die Reichsgründung als Abschluß des expansionistischen Krieges gegen Frankreich 1870/71.

welchem die Gemeinschaft der Völker, ihre gegenseitige Reibung aneinander, und ihre Fortbildung beruht. Da dieses nun alle wollen, so geraten sie notwendig, und wenn sie auch alle durch reine und vollendete Geister regiert würden, in Konflikt, und die Beantwortung der Streitfrage, ob dies dein oder deines Nachbarn natürlicher Alliierter sei, und wo die Grenzen eures auch gebührenden Einflusses gezogen werden sollen, wird selten in der Vernunft eine Prämisse finden ... in seinem Verhalten aber zu anderen Staaten giebt es weder Gesetz noch Recht, außer dem Rechte der Stärkeren, und dieses Verhältnis legt die göttlichen Majestätsrechte des Schicksals und der Weltregierung, auf die Verantwortung des Fürsten, nieder in seine Hände, und erhebt ihn über die Gebote der individuellen Moral in eine höhere sittliche Ordnung.“ (15)

Es liegt auf der Hand, daß sich die Schönheiten dieses Begriffs der Nation erst richtig entfalten mit der Entstehung des Weltmarktes, dem Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium. Jetzt ging es um den erfolgreichen Wettbewerb der Firma „Deutschland“ mit anderen imperialistischen Firmen. Von der Behauptung der *Ungleichheit* von Nationen ging die Monopolbourgeoisie über zur Ideologie der *Überlegenheit* des „Deutschtums“ – das völkische Element, gerechtfertigt durch rassistische Theorien, trat zu Tage und wurde von den deutschen Imperialisten planmäßig entwickelt. Der berüchtigte „Alldeutsche Verband“ setzte sich zur Aufgabe, „auf das deutsche Volk im Sinne der Ausbildung einer einheitlichen, von großen Gesichtspunkten getragenen patriotischen Grundanschauung aller Bürger, im Sinne der Schaffung einer nationalen Moral“ einzuwirken (16), „in dem Gedanken, daß die durchgeführte Einigung der deutschen Stämme nur die Grundlage einer größeren nationalen Entwicklung ist, nämlich derjenigen zu einer kulturellen und politischen Weltmachtstellung des deutschen Volkes, wie sie das englische Volk bereits erlangt hat und das russische zweifellos erreichen wird ...“ (16) Was mit der Definition der Nation als angeblich über die Klassen hinweg wesender „Volksgeist“ begonnen hat, mündet zwangslässig in die Konzeption vom „deutschen Herrenvolk“. „Wir sind bereit, auf den Ruf unseres Kaisers in Reih und Glied zu treten ... aber wir können dafür auch verlangen, daß uns ein Preis zufalle, der des Opfers wert ist: einem Herrenvolk anzugehören, das seinen Anteil an der Welt sich selber nimmt...“ (16) proklamieren die „Alldeutschen“ 1896, zum 25. Jahrestag der Reichsgründung. Ihr Vorsitzender Hasse ein Jahr später: „Eine deutsche Weltpolitik wird im schlimmsten Falle auch vor der An-



Nationalbewußtsein zur Unterwerfung der werktätigen Klassen unter die Weltmachtpläne der imperialistischen Monopolbourgeoisie

wendung von Gewalt gegenüber anderen Kulturvölkern nicht zurückseuen dürfen ... Die einzige Weltanschauung, die grundsätzlich und ihrem Wesen nach für eine Weltpolitik eintreten muß, ist der Nationalismus ...“ (17). Zweimal ist es der imperialistischen Bourgeoisie auf dieser Grundlage bisher gelungen, große Teile der werktätigen Bevölkerung für ihren Griff nach der Weltherrschaft vor ihren Karren zu spannen, die halbe Welt mit Krieg zu überziehen und das „Herrenmenschenstum“ sich in Ausrottungsfeldzügen austoben zu lassen. Die reaktionäre Offensive konservativ-faschistischer Ideologen der Bourgeoisie in Sachen „nationale Identität“ dient erneut diesem Ziel und knüpft an diese ideologische Verkleidung deutscher imperialistischer Expansion an. Man höre: „Die organisatorische Zusammenfassung eines Volkes in einem gemeinsamen Staat ist die unerlässliche Voraussetzung für die Identifizierung der Individuen mit einer deutlich abgrenzbaren, auf dauernden Bestand ausgerichteten menschlichen Gemeinschaft. (...) Die integrative Kraft des Nationalismus begünstigt eine breite Politisierung und Aktivierung des Volkes.“ (18)

#### Kampf um „Hegemonie“ oder proletarischer Internationalismus

Die Anfälligkeit der grünen Partei für den Nationalismus ist von uns häufig konstatiert und kritisiert worden. Peter Brandt, einer der „Nation“-Experten in der grünen Bewegung rechtfertigt die positive Bezugnahme auf die „Nation“ mit der Behauptung, daß die Linke „nicht nur der unterentwickelt gehaltenen Länder (Erfolge) dann und dort erzielt“ habe, „wo sie den ideologischen Kampf um (nicht gegen) die Nation, um (nicht gegen) das Volk geführt und gewonnen hat (Hervorhebung im Orig.). Die nationale Frage

in erster Linie als Hegemoniefrage zu erkennen und zu behandeln, bedeutet, sowohl eine sozial indifferente, rein außenpolitische Sicht des Problems, wie sie für die Haltung der sozialdemokratischen Deutschlandpolitiker typisch ist, als auch eine vollständige Reduktion des Nationalen auf das Soziale, die immer noch die Haltung beträchtlicher Teile der sich marxistisch verstehenden Linken ausmacht, zu überwinden.“ (19) Die Übereinstimmung dieser Aussage mit der eingangs zitierten Position Schleifsteins fällt auf (obwohl die Zielpunkte verschieden sind: Brandt will die „Wiedervereinigung“, Schleifstein meint eine „bundesrepublikanische Nation“): Kampf um die „Hegemonie“, um die Ausgestaltung der Nation, die offensichtlich als gegebene, neutrale Größe betrachtet wird. Die materiellen Grundlagen für diese Position erklären sich aus der gesellschaftlichen Stellung der werktätigen Intelligenz. Als „Verwalter“ der kapitalistischen Produktion macht sie den Eigentümern den Führungsanspruch streitig. Gleichzeitig entwickelt sie als privilegierte Klasse keine Interessen an der Aufhebung der Arbeitsteilung, namentlich der Teilung zwischen Hand- und Kopfarbeit. So formuliert sie die „nationale Frage“ im Gegensatz zur Bourgeoisie und findet damit gleichzeitig eine Form, sich vom Proletariat und dessen Emanzipationsinteressen abzugrenzen. Dabei geht es nicht um die Beseitigung, sondern um die Umgestaltung der Klassengesellschaft und des dazu gehörenden Staates, um eine beherrschende Stellung dieser Klasse, die sie für sich aufgrund von Bildung, Wissen, Kultur etc. reklamiert. Solche Positionen sollten in der DKP, die für Arbeiterinteressen kämpfen will, nichts verloren haben.

Die historische Betrachtung der Nation zeigt: Das Proletariat in den

entwickelten kapitalistischen Gesellschaften konnte nur kurzfristig und nur dann ein soziales Interesse an dem so umschriebenen Klassenbündnis entwickeln, als es der Beseitigung der feudalen Schmarotzer diente. In Deutschland wurde die Nation politisch als Kompromiß zwischen Adel und Bourgeoisie konstituiert, ideologisch von Beginn an reaktionär, später offen völkisch begründet. Die handfeste Antwort der Bourgeoisie auf die „nationale Frage“ war der Staat. Mit der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise und der Ausformung der bürgerlichen Gesellschaft wurde die „Nation“ zum Mittel der Integration nach innen und der Abgrenzung nach außen und damit zur Unterdrückung der sozialen Interessen des Proletariats. Mit der Entstehung des Imperialismus wurde sie

zum ideologischen Zugpferd für die ökonomischen und militärischen Weltmarktschlachten der Monopolbourgeoisie. Emanzipationsinteressen des Proletariats lassen sich heute und vor allem in der BRD nur gegen sie, nie mit ihr formulieren.

- (1) Kommuniqué der 7. Tagung des Parteivorstands der DKP vom 29. August 1987
- (2) UZ vom 25.7.1987
- (3) UZ vom 8.7.1987
- (4) UZ, vom 10.4.1987
- (5) Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Peking 1970, S. 37
- (6) Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Ost-Berlin
- (7) Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest..., S. 38f
- (8) Albert Soboul: Die große französische Revolution, FfM. 1973, S. 99

- (9) ZK des BWK (Hrsg.): Arbeitsmaterialien – Nationalismus und Stellung der Klassen dazu, Köln 1984
- (10) Leopoldo Marmora: Nation und Internationalismus, Probleme und Perspektiven eines sozialistischen Nationbegriffes, Bremen 1983, S. 89
- (11) Marmora, a.a.O., S. 93
- (12) Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, FfM. ?, S. 44
- (13) ZK des BWK (Hrsg.), a.a.O., S. 13
- (14) zit. nach: Marmora, a.a.O., S. 104
- (15) ebd. S. 103
- (16) ZK des BWK, a.a.O., S. 23
- (17) ebd., S. 24
- (18) Martina Koelschitzky: Die Stimme ihrer Herren – Die Ideologie der Neuen Rechten, Köln 1986
- (19) in: Marmora, a.a.O., S. 13  
– (jüg, har, maw)

## Nationaldemokraten in der DDR

In Anlehnung an die Volksfronten in einigen anderen sozialistischen Ländern wurde im Jahre 1949 auf Initiative der SED in der DDR die Nationale Front des Demokratischen Deutschlands konstituiert. Die Nationale Front sollte als das breiteste und umfassendste „Bündnis aller politischen und sozialen Kräfte des werktätigen Volkes unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei“ als gesamtdeutsche Bewegung für die „Rettung der deutschen Nation“ wirken. Das Bündnis unterschiedlicher sozialer Schichten kam formell durch die Beteiligung auch nichtsozialistischer Organisationen zum Ausdruck. So gehörten zur Nationalen Front außer der SED und den Massenorganisationen die sogenannten Blockparteien. Dies waren die beiden bürgerlichen Parteien CDU und Liberaldemokratische Partei (LDPD) sowie die Demokratische Bauernpartei (DBD) und die Nationaldemokratische Partei (NDPD).

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands war erst Mitte 1948 gegründet worden. Zu ihren Gründern zählten unter anderem Mitglieder des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ (NKFD), jener Vereinigung deutscher Offiziere, die sich während des zweiten Weltkrieges in sowjetischer Kriegsgefangenschaft von den Ideen des Nationalsozialismus lossagten. Einer von diesen ist der heute 76jährige Vorsitzende der Partei, Prof. Dr. Heinrich Homann, Sohn eines Reeders aus Bremerhaven, der 1933 der NSDAP beitrat, 1934 Berufssoldat wurde und 1943 als Major der Deutschen Wehrmacht vor Stalingrad in Kriegsgefangen-

schaft genommen wurde und dort das NKFD mitbegründete.

Erklärtes Ziel der NDPD war es, ehemaligen Anhängern der Nazi-Ideologie eine neue politische Heimat zu geben, sofern sie sich keiner Verbrechen schuldig gemacht hatten. Zu den Forderungen der NDPD gehörte: Einheit Deutschlands, Sicherung der Existenz des Mittelstandes, Verbesserung der Lage der Handwerker und Kleinhandler, Wiedereingliederung des ehemaligen Berufsbeamtenstums, Beseitigung der Diskriminierung aller kleinen Parteigenossen der NSDAP, Bodenreform und Enteignung der Konzerne und Trusts. Im Rahmen der Bündnispolitik der SED hatte die NDPD die Aufgabe, das ihr zuströmende Potential an ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und Offizieren nicht der CDU und LDPD zukommen zu lassen.

Die LDPD bezog sich dagegen eindeutig auf bürgerliche Interessen der Kleineigentümer. Bis Mitte der 50er Jahre galt sie als Sammelbecken der Gegner des Sozialismus und war deshalb bewußt klein gehalten worden. Zu Beginn der 70er Jahre wurde von der SED dann die Mitgliederquotierung aufgehoben. Von Parteitag zu Parteitag stieg die Mitgliederzahl der LDPD daraufhin um Zehntausende. Von 1982 bis 1987 waren es 36000 neue Mitglieder. Das ist bemerkenswert, denn nicht jeder DDR-Bürger kann Mitglied einer Blockpartei werden, da diese auch vom Selbstverständnis Organisationen bestimmter sozialer Schichten sind. So würde beispielsweise ein Arbeiter, der Mitglied der Liberaldemokraten werden wollte, abgewiesen. Dagegen gehören von 80000 privaten Handwerkern allein 11000 (14 Prozent) und von 25000 Einzelhändlern über 3800 (15 Prozent) der LDPD an.

LDPD-Vorsitzender, Prof. Manfred Gerlach, sieht als einen Grund für die politische Organisierung von Handwerkern und Gewerbetreibenden, aber auch von Wissenschaftlern, Ingenieuren, Ärzten und Künstlern die „Besonderheiten des Denkens, Fühlens und Handelns, der Interessen, Motive und Erfahrungen“. Die Mitgliedschaft in der LDPD sei Ausdruck dieser Interessenlage.

Die Programmatik der LDPD trägt dieser Interessenlage Rechnung. Sie bezieht neuerdings zum Beispiel Themen der Ökologie und Kultur ein. Zu ihren Forderungen gehören Unantastbarkeit der Persönlichkeit, Schutz und Förderung der Ehe und Familie, Gewissens-, Glaubens- und Bekenntnisfreiheit, Freizügigkeit und persönliches Eigentum.

Mit dieser Ausrichtung ist die LDPD zur harten Konkurrenz für die Nationaldemokraten geworden, die gleichfalls in der Verbesserung der Lage der Handwerker seit ihrer Gründung einen thematischen Schwerpunkt hatte. Auch die ehemaligen Wehrmachtsoffiziere und NSDAP-Mitglieder werden nicht mehr. Trotzdem gelang es der NDPD seit 1982 rund 30000 neue Mitglieder zu gewinnen. Die Haltung der Mitglieder sei durch „Staatsbewußtsein“ und das Bekenntnis zu „Staat und Vaterland, Nation und Demokratie“ gekennzeichnet, hieß es auf dem diesjährigen Parteitag in Leipzig. Welche Schichten mit diesem Bekenntnis offenbar erfolgreich anzusprechen sind, wurde in Leipzig ebenfalls deutlich. Man orientiere sich inzwischen an der sogenannten technischen Intelligenz, an den Beschäftigten in der Datenverarbeitung z.B. (Quellen: Frankfurter Rundschau v. 25.4.87 und 9.5.87)

## Wiedervereinigung und deutsche Nation in DDR-Dokumenten

Die DDR tut sich schwer mit dem Begriff Nation. Bis 1962 etwa vertritt sie die Stalinsche „Definition“, der die Nation als „eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart“ beschreibt und alle Kriterien als unabdingbar betrachtet. Obwohl diese als zu starr und schematisch kritisiert werden, müssen sie doch herhalten, um später die Nichtexistenz der einen deutschen Nation zu begründen. Statt die Bedeutung der „Nation“ für die Bourgeoisie geschichtlich und gegenwärtig aufzudecken (nämlich die Bindung sozialer Interessen der unterdrückten Klassen an die Interessen der Bourgeoisie unter dem Deckmantel angeblich gemeinsamer nationaler Interessen), versucht die DDR mit der Deklaration von zwei Nationen, der kapitalistischen und der sozialistischen, ideologisch an Boden zu gewinnen. Dies ist, das kann man nicht zuletzt nach dem Honecker-Besuch sagen, mißlungen. Dem Satz „Nation ist, was Nation sein will“ (und das Wollen kann man schon beibringen) hat die DDR nicht viel entgegenzusetzen.

Am 15. November 1946 legt die SED den „Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik“ vor, der für ganz Deutschland gelten soll. Dieser Entwurf wird vom 2. Deutschen Volkskongress am 22.10.48 verabschiedet. Nachdem im September 1949 Wahlen zum 1. Deutschen Bundestag und die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden haben, gründet sich die DDR durch den Deutschen Volksrat und setzt die „gesamtdeutsche Verfassung“ am 7.10.49 in Kraft. Diese Verfassung geht nicht nur von einem Alleinvertretungsanspruch aus, sondern bedient sich auch gesamtdeutscher Terminologie. So heißt es z.B. in Artikel 1, Abs. II: „Die Republik entscheidet alle Angelegenheiten, die für den Bestand und die Entwicklung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit wesentlich sind ...“ und in Abs. IV: „Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit ...“ wie auch in Artikel 25, Abs. I und II: daß die Nutzung der Bodenschätze „... der Aufsicht der Länder und, soweit gesamtdeutsche Interessen in Frage kommen, der Aufsicht der Republik“ unterstehen. Wilhelm Pieck, erste Präsident der DDR, am 11.10.49: „Diese Regierung, die die Interessen des gesamten deutschen Volkes wahrnimmt und die Legitimation besitzt, für das ganze deutsche Volk zu sprechen, wird durch ihre Arbeit sich nicht nur das Vertrauen des Volkes erwerben, sondern auch zur Stärkung der Nationalen Front aller Deutschen beitragen und so den Kampf um den Frieden, um die nationale Einheit Deutschlands und die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West auf einer höheren Ebene fortsetzen und zum Sieg führen ... Niemals wird die Spaltung Deutschlands ... von der Deutschen Demokratischen Republik anerkannt werden, und nicht eher werden wir ruhen, als bis die widerrechtlich von Deutschland losgerissenen und dem Besatzungsstatut unterworfenen Teile Deutschlands mit dem deutschen Kerngebiet, mit der Deutschen Demokratischen Republik, in einem einheitlichen demokratischen Deutschland vereinigt sind.“ Die Wiedervereinigung wird von allen in der Volkskammer vertretenen Parteien gewünscht.

Im Rahmen der „Wiederbewaffnung“ der BRD richtet 1954 der II. Nationalkongress der DDR einen Appell an die BRD gegen die Pariser Verträge: „Die deutschen Menschen aller Schichten unseres Volkes haben die vielfältigsten und auch gegensätzlichsten Anschauungen und Interessen; das kann nicht anders sein und soll auch nicht verschwiegen werden. Alle deutschen Menschen

eint jedoch der tiefe Wunsch, den nationalen Notstand zu überwinden, in Frieden zu leben und die nationale Einheit wiederherzustellen. Die Erfüllung dieses Wunsches ist möglich, sie ist notwendig.“ Im August 1957 erklärt Grotewohl: „Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik macht darum diesen Vorschlag (einer Konföderation, d. Verf.) aus tiefer nationaler Verantwortung. Sie hat niemals daran gedacht und denkt nicht daran, sich mit der Existenz zweier deutscher Staaten abzufinden. Sie kämpft gemeinsam mit allen deutschen Patrioten unermüdlich für die Erreichung des hohen Ziels der Wiedervereinigung Deutschlands ... Wer deutsch spricht, wer deutsch denkt, wer deutsch fühlt, der muß auch deutsch handeln. Deutsch handeln heißt den Zustand der nationalen Zerrissenheit überwinden und ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland herstellen.“

Die Volkskammer der DDR beschloß am 1. Oktober 1959 die Änderung des Staatswappens und der Staatsfahne. Jedoch bezeichnet Ulbricht im Dezember 1960 vor dem ZK der SED die Ansicht, daß zwei deutsche Nationen entstehen könnten, als „falsche Perspektive“. Sobald sich eine moderne Nation herausgebildet habe, sei „trotz vorübergehender Spaltung die Wiederherstellung der Einheit der Nation historisch unvermeidlich“. Noch auf dem VI. Parteitag 1963 hält die SED „unverrückbar an ihrem Ziel, der Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands“ fest. Obwohl die DDR 1967 die DDR-Staatsangehörigkeit proklamiert (ausdrücklich als Antwort auf den Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung) und die These von der gesamtdeutschen Arbeiterklasse aufgibt, hält auch die zweite Verfassung der DDR von 1968 in ihrer Präambel und vor allem in den Artikeln 1 und 8 an der Existenz einer deutschen Nation in zwei Staaten fest. Es existieren zwei Staatsvölker. Die DDR wird als „sozialistischer Staat deutscher Nation“ gekennzeichnet.

Als Reaktion auf die Deutschlandpolitik der Brandt-Scheel-Regierung, die ebenfalls in der Formel „zwei Staaten – eine Nation“ zusammengefaßt werden kann, jedoch ausdrücklich die völkerrechtliche Anerkennung der DDR ausschließt und dagegen das Fortbestehen der Vier-Mächte-Verantwortung behauptet, wird in der DDR der Sprachgebrauch „sozialistischer deutscher Nationalstaat“ üblich. Im Rahmen der Diskussion um den Grundlagenvertrag vertritt die DDR nachdrücklich, daß es keine offene deutsche Frage mehr gibt. Endlich werden am 27.9.74 mit dem „Gesetz über die Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR“ alle „deutschen Reste“ entfernt: In der Präambel wird der Hinweis auf die Verantwortung für den zukünftigen Weg der „ganzem deutschen Nation“ gestrichen, in Artikel 8 der 2. Absatz, der die „schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung“ postuliert. „Unser sozialistischer Staat heißt Deutsche Demokratische Republik, weil ihre Staatsbürger der Nationalität nach in der übergroßen Mehrheit Deutsche sind ... Staatsbürgerschaft – DDR, Nationalität – deutsch. So liegen die Dinge.“ (Honecker im Dez. 1974)

Der IX. Parteitag der SED verabschiedet ein Programm, in dem von der „sozialistischen Nation“ gesprochen wird. Sie wird beschrieben als „eine von antagonistischen Widersprüchen freie, stabile Gemeinschaft freundschaftlich verbundener Klassen und Schichten, die von der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei geführt wird. Sie umfaßt das Volk der Deutschen Demokratischen Republik und ist gekennzeichnet durch den souveränen Staat auf deren Territorium“. Und weiter wachse ein „sozialistisches Nationalbewußtsein, in dem sich sozialistischer Patriotismus und proletarischer Internationalismus organisch verbinden“.

Quellenhinweis: Die deutsche Nation. Aussagen von Bismarck bis Honecker. Dokumentation, Köln 1976



### BRD raus aus dem Mittelmeer!

Drei Kriegsschiffe hat die Bundesregierung ins Mittelmeer entsandt. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg ist der deutsche Imperialismus bzw. sein westdeutscher Nachfolger wieder mit Kriegsschiffen im Mittelmeer. US-Botschafter Burt hat dies als „ersten Schritt“ gelobt. Kanzleramtsminister Teltschik bereitet die Öffent-

lichkeit auf weitergehende Maßnahmen vor: Die Bundeswehr könnte weit häufiger im Ausland eingesetzt werden, als die Öffentlichkeit glaube. Als erste Partei hat sich die FDP förmlich zu der Flottenentsendung bekannt. Demagogisch beschwört sie zugleich eine angeblich westdeutsche „Zurückhaltung“, um die Opposition gegen diese aggressive Expansion der BRD zu täuschen.

### Österreich: Massive Proteste gegen Regierungspolitik

Der neue Haushalt der ÖVP-SPÖ-Regierungskoalition trifft Schüler, Studenten, Rentner, Lohnabhängige mit geringem Einkommen sowie die in den staatlichen Betrieben, deren Privatisierung oder Schließung die Regierung vorbereitet. Gegen diese reaktionäre Politik formiert sich Widerstand. Beschäftigte in Staatsbetrieben führen Warnstreiks und Demonstrationen durch, Studenten organisieren einen landesweiten Streik, dem sich Hochschullehrer anschließen und der von Gewerkschaften und Belegschaften aus vielen Betrieben unterstützt wird. Am 24.10. demonstrierten über 30000 Menschen in Wien. Auch innerhalb der SPÖ, insbesondere der jungen Generation, wächst der Unmut.



### Ambulante Pflege

In wenigen Jahren soll das Ziel der Hamburger Sozialbehörde – ein flächendeckendes Netz von 41 Sozialstationen in Hamburg – erreicht sein. Jetzt haben viele private Pflegedienste mit unterschiedlichen Ansprüchen den Arbeitsmarkt „ambulante Pflege“ entdeckt und schießen wie die Pilze aus dem Boden. Und noch immer



können nicht alle Patienten angenommen werden. Wie sind die Arbeitsbedingungen bei den Sozialstationen, wie bei den Privaten? Nach welchen Verträgen wird angestellt, bzw. gibt es Verträge? Wie sieht der „Arbeitsplatz“ der Schwestern, Pfleger und Altenpfleger/innen aus? Was sind die Gründe, in die ambulante Pflege zu gehen? Wie sieht die Versorgung der Patienten aus?

### Reaktionen auf den Börsenkrach

Die Unruhe an den imperialistischen Börsen dauert an: Am Montag sanken die Aktienkurse erneut, verlor der Dollar erneut vier Pfennig gegenüber der D-Mark. Unter den Kapitalisten nimmt die Sorge vor einer Verschärfung des Handelskriegs zwischen den großen imperialistischen Wirtschaftsblöcken USA, EG und Japan zu. In den USA hat Präsident Reagan „energische Schritte“ zur Verringerung des US-Haushaltsdefizits angekündigt. Erneute Angriffe auf die Lohnabhängigen, ihre Löhne, ihre Versicherungsansprüche, Verstärkung der chauvinistischen Propaganda für eine „gemeinsame Sicherung der Exporte“ scheint die Linie in allen imperialistischen Ländern zu sein.



#### Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich. Preis pro Heft

– Chemie und übrige Industrien 0,50 DM  
– Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM

#### Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1. Zulpicher Straße 7

Tel 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte mbH

5 Köln 1. Zulpicher Straße 7

Tel 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik 1,20 DM

Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91, DM Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1 · DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestellungen sind zu richten an

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte mbH

5000 Köln 1. Zulpicher Straße 7

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Guntherstr 6a. 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Helmstr 8. 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Duwelstr 55. 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7. 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldfparkstr. 9. 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str 18a. 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1. Zulpicher Straße 7. Telefon 0221/216442

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 5000 Köln. Zulpicher Straße 7. Telefon 0221/21 16 58 Verantwortliche Redakteure für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft Rudiger Lötzer, für Auslandsberichterstattung Siegmar Elieghausen, Wolfgang Müller, für Verbanden und Parteien Ulrike Detjen, für Reportagen und Berichte regional Gunter Baumann, für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge Angela Lux, für Sozialstatistik Spezialberichte Alfred Kustler Druck Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln – Beilagenhinweis Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei Vierteljährlich Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP